

SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

#1
2014

Krisen und Umbrüche

Wie wandeln sich Gesellschaften?

Krise der Solidarität – Solidarität
der Krise *Moritz Boddenberg* | Experteninterview
mit Prof. Dr. Lessenich *Claas Pollmanns und*

Benjamin Köhler | Lernen aus Krisen *Franziska Engels* |
Ausdrucksformen der Krise
um 1900 *Julia Schellnock*



Außerdem: Fachliteratur zum Thema | Buchrezension „Konspiration.
Soziologie des Verschwörungsdenkens“ | Absolventeninterview mit
Dr. Tobias Lasner | Kongress- und Veranstaltungstermine u. a. m.





Mach mit!

Schick uns deine Fotografien!

Das SOZIOLOGIEMAGAZIN erscheint zweimal im Jahr jeweils zu einem bestimmten Thema und beinhaltet soziologisch relevante Beiträge, sorgfältig lektoriert und von einem Wissenschaftsbeirat fachlich begutachtet, Interviews, Buchreviews, Termine u. v. a. m. Parallel dazu gibt es im Internet den Wissenschaftsblog des Soziologiemagazins, um Diskussionen anzuregen und auf aktuelle Anlässe reagieren zu können.

Im Herbst 2014 erscheint unsere Ausgabe zum Thema:

Emotionen

Wie sozial sind unsere Gefühle?

Hierzu möchten wir wieder zum Thema passende Fotos und deren Macher_innen im Magazin präsentieren. Selbstverständlich steht eine kurze Personendarstellung inklusive Kontaktdaten am Beginn jeder Veröffentlichung (siehe Seite 17 und 48 in dieser Ausgabe)!

Die Fotografien sowie das Fotografenportrait würden außerdem in der kostenlosen App für Tablets und Smartphones erscheinen sowie in unserem blätterbaren Onlinemagazin. Die Bildrechte blieben selbstverständlich bei dem Fotografen/der Fotografin.

Und so geht's:

Wer bei uns veröffentlichen möchte, sende einfach eine Vorauswahl von maximal fünf kleingerechneten Bildern (insgesamt bis 5MB) an unsere Bildredaktion. Wir werden zeitnah eine Entscheidung treffen und mit euch in Kontakt treten. Über Zusendungen, Tipps und Kontakte freut sich die:

bildredaktion@soziologiemagazin.de.

(Ansprechpartnerin: Katrin Gloggeniesser)

EINSENDESCHLUSS:

31.07.2014

Krisen,

liebe Leser_innen,

sind scheinbar allgegenwärtig. So wird zumindest vielerorts getitelt: Von der Europa-, Finanz- und Schuldenkrise hin zur Krise der Demokratie und schlussendlich zum Subjekt selbst angelangt, ziehen sich diese und viele weitere Krisendiagnosen durch den gesellschaftlichen Diskurs. Was ist aber dran an dieser Krisenrhetorik? Bestehen Krisen und Umbrüche nicht in jeder Epoche? Was verbirgt sich hinter dem Konstrukt der Krise im soziologischen Sinne? Wie gehen Gesellschaften mit ihrem Wandel um?

Diese Fragen berühren das Herz der Soziologie, ist doch die Entstehung der Disziplin maßgeblich mit den sozialen Umbrüchen des 19. Jahrhunderts verbunden: Die Diagnose und Analyse gesellschaftlichen Wandels ist Kernstück vieler soziologischer Grundlagentheorien, angefangen bei Karl Marx, Georg Simmel,

Franz Oppenheimer und Max Weber über Émile Durkheim und Norbert Elias bis hin zu William F. Ogburn und Ulrich Beck – um wenigstens eine kleine Auswahl zu nennen. Die Aktualität ist in der Soziologie aber auch heute nicht verblasst; so beschäftigt sich 2014 der Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) mit dem Thema „Routinen der Krise – Krise der Routinen“.

Und auch ihr, unsere Leser_innen, habt das Thema in unserer facebook-Umfrage

gewählt und die Anzahl eurer Einsendungen war so hoch wie noch nie zuvor! Euch vielen, vielen Dank – es sind wieder sehr interessante Beiträge dabei:

Nach einem Interview mit Prof. Dr. Stephan Lessenich, dem Vorsitzenden der DGS, zum Thema „Krisen“ stehen zwei Artikel im Schwerpunkt: Zum einen setzt sich Moritz Boddenberg in seinem Beitrag mit der Erosionsgefahr und neuen Formen von Solidarität im Angesicht einer starken Dominanz des Marktes auseinander. Zum anderen versucht Franziska Engels, anhand der EHEC-Epidemie in Deutschland Möglichkeiten und Grenzen institutionellen Wandels durch Krisenerfahrungen aufzuzeigen.

In unserem Serviceteil beschäftigt sich Julia Schellnock mit dem Zusammenhang von Krise, Kultur und Geschlecht um 1900 bei Simmel, Marianne Weber und Benedict Friedlaender und beleuchtet, welche Rolle dabei dem Weiblichen bei der Bewältigung der Krise zugeschrieben wurde.

Nicole Kleindienst hingegen vergleicht in einem kurzen Essay die jeweiligen pessimistischen Kulturdiagnosen Max Webers und Theodor W. Adornos, denen nur noch die Kunst als letzter gesellschaftlicher Freiraum offen steht.

Mit dieser Ausgabe wollen wir das E-Journal nicht mehr nur als bloßes Abbild, sondern als inhaltliche Erweiterung der gedruckten Ausgabe veröffentlichen, die um weitere Artikel und Fotoreihen ergänzt wird. So zeigt dort Britta Lammers in einem Beitrag, wie sich Krisen

auf der Ebene des Selbst einschreiben, die in der Diagnose psychischer Erkrankungen individualisiert werden und denen das Idealbild des „Kreativunternehmers“ entgegengestellt wird. In einem zweiten zusätzlichen Artikel arbeitet Katrin Nötling anhand von Interviewauschnitten von Burnout-Betroffenen heraus, wie sich in diesen Äußerungen Formen von Sozialkritik zum gesellschaftlichen Wandel widerspiegeln.

Nun ist es so, dass wir leider nur einige Artikel aus euren vielen Einsendungen für Print und E-Journal auswählen können. Damit die Arbeit nicht für den Papierkorb war, haben wir zusammen mit den Autor_innen die Texte weiterentwickelt und in kürzere Blogartikel umgewandelt – was durchaus eine Kunst für sich ist! Hier auch vielen Dank an die neuen Blogautor_innen, die die Mühen nicht gescheut haben! Ihr könnt gespannt sein auf die Blogartikel, die wir im Laufe dieses Semesters veröffentlichen werden. Wir freuen uns schon jetzt auf eine rege Diskussion!

Wir sind der Meinung, dass die Etablierung von Blogs in der Wissenschaft ein sinnvolles Medium für den Austausch, die Weiterentwicklung und vor allem für die Verbreitung von Wissen sein kann. Daher haben wir nun auch eine ISSN, die garantiert, dass unsere Beiträge von der Deutschen Nationalbibliothek archiviert und somit zitiert werden können. Hierzu laden wir alle Blogger_innen und Soziologieinteressierte ein, uns soziologische Be-

obachtungen oder Arbeiten in Form von Blogartikeln einzusenden!

Im März konnten wir uns dank euch, liebe Leser_innen, den zweiten Platz beim de.hypothesen-Blogaward 2014 sichern. Und nicht genug der guten Nachrichten: auf facebook durften wir den 5.000. Fan und auf twitter den 2.000. Follower begrüßen! Zudem gibt es unsere Ausgaben von nun als kostenlose Apps für Android und IOS.

Außerdem möchten wir Dr. Diana Lindner (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und Prof. Dr. Ernst von Kardoff (Humboldt-Universität zu Berlin) in unserem Wissenschaftlichen Beirat herzlich willkommen heißen. Und auch unsere Redaktion ist um viele kreative Köpfe mit interessanten Ideen angewachsen, worüber wir uns sehr freuen!

Übrigens – der Geburtstag Max Webers jährt sich dieses Jahr zum 150. Male, für den wir uns etwas Schönes haben einfallen lassen. Seid also gespannt!

Zuletzt sei an unseren aktuellen Call4Papers zum Thema „Emotionen: Wie sozial sind unsere Gefühle?“ erinnert, der am 31. Mai 2014 endet und dessen Ausgabe pünktlich zum DGS-Kongress im Oktober veröffentlicht wird. Mit einer ad-hoc-Gruppe zum Thema „Krise der Kommunikation: Wo bleibt der soziologische Diskurs?“ haben wir uns dort ebenfalls beworben – eine Gelegenheit, sich vielleicht zu sehen!

Bis dahin und euch viel Freude bei der Lektüre!

Claas Pollmanns und Benjamin Köhler

1 / 2014

Editorial	1
-----------------	---

Krisen | von Claas Pollmanns und Benjamin Köhler

Schwerpunkt

Experteninterview zum Thema	6
mit Prof. Dr. Stephan Lessenich <i>Das Interview führten Claas Pollmanns und Benjamin Köhler</i>	
FEATURE <i>Fotokampagne von Susanne Friedel</i>	18
Krise der Solidarität – Solidarität der Krise	20
Ein soziologischer Blick auf eine gesellschaftliche Kategorie im Wandel der Zeit von Moritz Boddenberg	
FEATURE <i>Krise des Selbst</i>	I
Wie sich die Ökonomisierung in jeden Einzelnen einschreibt von Britta Lammers	
Lernen aus Krisen?	40
Eine Fallstudie der EHEC-Epidemie in Deutschland von Franziska Engels	
FEATURE <i>Fotografien von Daniel Dank</i>	59
FEATURE <i>Burnout als Ausdruck von Kritik an sich wandelnden Strukturen</i>	XII
von Katrin Nötling	
Fachliteratur zum Thema	62
Buchempfehlungen der Redaktion von Daniel Ellwanger	

Teilnehmende Beobachtungen

Das utopische Potenzial der Kunst	66
Ein Vergleich der Kulturdiagnosen Max Webers und Theodor W. Adornos von Nicole Kleindienst	
FEATURE <i>Fotografien von Susanne Friedel</i>	XXX
Ausdrucksformen der Krise um 1900	72
Interferenzen der Krisenwahrnehmungen mit einer <i>Weiblichen Kultur</i> von Julia Schellnock	
Rezension zu „Anton/Schetsche/Walter (Hrsg.): Konspiration“	87
Soziologie des Verschwörungsdenkens von Alan Schlink	
Und was machst du so?	95
Über Stipendien, Berufseinstiege und biografische Übergänge <i>Das Interview mit Dr. Tobias Lasner führten</i> <i>Anett Ring und Eva-Maria Bub</i>	
Lesetipp: Ecopreneurship in der Aquakultur	102
Die Übernahme umweltgerechter Innovationen. Lasner, Tobias (2013) von Nina Weiler	

Nachschlag

Tagungen und Termine	104
Das Redaktionsteam/Dank	106
Impressum	108
Soziologiemagazin online	109
Call4Papers	110

Aufklärende Rationalisierung

Ein Versuch, Max Weber neu zu interpretieren

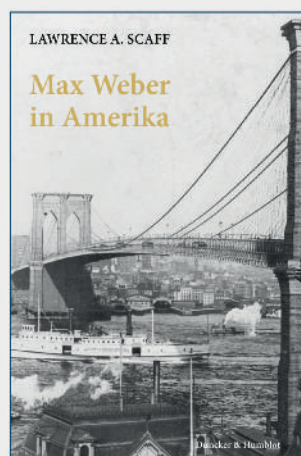
Von Wolfgang Hellmich

Erfahrung und Denken, Band 7

278 S. 2013 (978-3-428-13906-4) € 68,90

Auch als E-Book

Die Studie bringt Weber anhand ausgewählter Texte und Textpassagen in neuer Weise zum Sprechen. Weber wird als ungemein vielseitiger, offener, auch widersprüchlicher, den Phänomenen zugewandter Denker porträtiert, der auf die Umbrüche der Zeit reagiert. Mit einem Begriff aus der Musikwissenschaft lässt sich sein Denken als „polyphon“ charakterisieren. Im Mittelpunkt der Studie steht das Phänomen der Rationalisierung, deren einseitiges und zweckorientiertes Verständnis Weber zu erweitern, „aufzuklären“ versucht.



Max Weber in Amerika

Von Lawrence A. Scaff

Aus dem Englischen von Axel Walter

Mit einem Geleitwort von Hans-Peter Müller

Geb. mit Schutzumschlag; 2 Tab., Abb.; XVI, 375 S. 2013

(978-3-428-13891-3) € 39,90

Auch als E-Book

Max Weber bereiste 1904 gemeinsam mit seiner Frau Marianne die Vereinigten Staaten von Amerika. Er setzte sich während seines Aufenthaltes mit vielen Themen auseinander, auf die er in der Neuen Welt stieß, etwa Immigration, Kapitalismus, Bildung, Protestantismus und der „Rassenfrage“. Die vielfältigen Eindrücke der

Reise sollten Webers Werk nachhaltig prägen, insbesondere auf dem Gebiet der Religionssoziologie. Ein detaillierter Blick auf die Rezeptionsgeschichte Webers in Amerika rundet das Werk ab.

Diese Klassiker von Max Weber sind seit 2010 in Neuauflage erschienen:

Politik als Beruf — Wissenschaft als Beruf — Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte — **Staatssoziologie.** Soziologie der rationalen Staatsanstaalt und der modernen politischen Parteien und Parlamente — **Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland.** Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens

Nähere Informationen zu allen Titeln auf unserer Homepage

www.duncker-humblot.de

Schwerpunkt Krisen und Umbrüche

5

Interview zu Krisen und Kongressen

mit Prof. Dr. Stephan Lessenich

Zum Einstieg in unsere neue Ausgabe haben wir ein Interview mit Professor Stephan Lessenich geführt. Wir sprachen mit ihm darüber, wie die Krise auf uns wirkt und welche Rolle die Soziologie als Krisenwissenschaft dabei spielt. Erfährt im folgenden, wie die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) ihre Tore für Student_innen öffnete und warum ihr den nächsten Soziologiekongress auf keinen Fall verpassen dürfte. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen.

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Sehr geehrter Herr Professor Lessenich, vielen Dank, dass Sie heute Zeit für uns gefunden haben.*

LESSENICH: Die Freude ist ganz meinerseits.

Herr Lessenich, heute sind Sie Professor für Soziologie an der Universität Jena. Erzählen Sie uns, wie sah Ihr Weg bis dahin aus?

Ich habe 1983 in Marburg angefangen zu studieren – Soziologie, Politikwissenschaft und Neuere Geschichte. Ich bin danach nach Bremen gegangen und wurde am Graduiertenkolleg „Lebenslauf und Sozialpolitik“ promoviert. Anschließend war ich von 1994 bis 2004 an der Universität Göttingen am Institut für Sozialpolitik. In Göttingen bin ich auch habilitiert worden und beschäftige mich seither inhaltlich mit der Wohlfahrtsstaatsforschung, mit vergleichender Wohlfahrtsstaatsforschung und Wohlfahrtsstaatstheorie, aber auch mit Fragen von gesellschaftlicher Transformation

und Sozialkritik. Empirisch setzen wir uns hier am Arbeitsbereich seit einigen Jahren mit soziologischer Alters- und Altersforschung auseinander – wir untersuchen also Handlungsorientierungen, Strukturwandel im Alter und während des Alterns.

Daneben sind Sie seit einiger Zeit Vorsitzender der DGS...

Ja, das stimmt. Ich bin vor circa drei Jahren in den Vorstand der DGS gewählt worden und seit knapp einem Jahr ihr Vorsitzender.

Wie funktioniert das? Wurden Sie gewählt?

Ja, selbstverständlich. Die DGS ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein mit derzeit etwa 2.500 Mitgliedern. Und seit einiger Zeit hat die DGS durch die Verdienste der damaligen Vorsitzenden Jutta Allmendinger auch studentische Mitglieder. Das war nicht immer so. Die DGS war lange eine Honoratiorenvereinigung,



Stephan Lessenich, 48, ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Vergleichende Gesellschafts- und Kulturanalyse an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie Vorsitzender der DGS. Zu seinen wissenschaftlichen Interessengebieten zählen: Theorie des Wohlfahrtsstaats, Politische Soziologie und institutioneller Wandel und gesellschaftliche Transformation.

in der Lehrstuhlinhaber, auch hauptsächlich männlichen Geschlechts, Mitglieder waren. Damals war die Mitgliederzahl verhältnismäßig gering. Sie ist dann vor allem in den 2000er Jahren stark angestiegen, da ab dann auch Studierende der Soziologie Mitglieder werden konnten. Für die Wahl der/des Vorsitzenden findet unter den Mitgliedern eine allgemeine, gleiche und geheime Wahl in der Regel zwischen zwei Kandidat_innen statt. Dieses Mal fanden zum ersten Mal elektronische Wahlen statt, aus denen ich als Gewählter hervorgegangen bin.

Sie sagen studentische Mitglieder – wie viele von den 2.500 Mitgliedern sind derzeit Studierende?

Es sind in etwa 500, also kein unerheblicher Teil. Studierende, die in den letzten Jahren auf den Soziologiekongressen anwesend waren, können dies auch an dem Sozialbild dieser Veranstaltungen ablesen: Die Teilnehmer_innen, die dort in den Vorlesungssälen und Seminar-

räumen sitzen, sind deutlich jünger und deutlich studentischer geworden in den vergangenen zehn Jahren. Die Öffnung hat sich also nicht nur in der Mitgliederstruktur der DGS niedergeschlagen, sondern ist in der sozialen Welt der Soziologiekongresse ganz deutlich sichtbar.

Das heißt, wenn man als Studierende_r zum Soziologiekongress kommen möchte, ist das gerne gesehen?

Absolut! Es wird gern gesehen und es wird zunehmend praktiziert. Es ist nicht nur in der Lehre ein zentraler Aspekt, dass Dozierende oder sozusagen schon professionelle Wissenschaftler_innen – dokumentiert durch ihren jeweiligen Studienabschluss – mit Studierenden ins Gespräch kommen.

Wir haben natürlich bei den Studierenden einen sehr großen Anteil der gastgebenden Hochschule, jetzt im Oktober wird das Trier sein. Aber die Teilnahme von Studierenden hat seit den letzten Kongressen stark zugenommen. Speziell

Auch die Fachgesellschaft lebt von der Dynamik studierender Mitglieder, welche nicht nur die reduzierten Beiträge bezahlen und die Zeitschrift der DGS (*Soziologie*) lesen, sondern sich gerade bei den Kongressen aktiv einbringen und den Diskurs mitgestalten wollen.

8

für Studierende gibt es daher die Fachschaftskarte für fünf oder zehn Studierende zu einem sehr moderaten Preis von 35 Euro pro Person.

Warum sollten Studierende den Kongress besuchen?

Meiner Meinung nach bietet der Kongress für Studierende eine sehr gute Gelegenheit, einerseits bei speziellen Soziologien oder Fachgebieten den Stand der Forschung kennenzulernen. Andererseits kann man sich ein breiteres Bild davon aneignen, wer derzeit in der deutschen Soziologie forscht und was erforscht wird. Der Kongress ist für Studierende eine sehr gutes Angebot in dieser Hinsicht.

Aber auch die Fachgesellschaft lebt von der Dynamik studierender Mitglieder, welche nicht nur die reduzierten Beiträge bezahlen und die Zeitschrift der DGS (*Soziologie*) lesen, sondern sich gerade bei den Kongressen aktiv einbringen und den Diskurs mitgestalten wollen.

Es hat also auch eine gewisse rekrutierende Wirkung...

Wenn sie es so sehen wollen – selbstverständlich. Die Kongresse sind die Anlässe, durch die die Fachgesellschaften am meisten nach außen wirken können. Sowohl auf die Fachöffentlichkeit als auch auf die außerfachliche Öffentlichkeit. Es sind die Orte, an denen die DGS als Fachgesellschaft für die Studierenden greifbar wird in dem, was sie tut, wofür sie steht und was sie für Angebote macht. Und es ist natürlich auch so, dass sich um die Kongresse herum die Mitgliedschaft erhöht. Das ist durchaus teilnahmebedingt, da von den Referent_innen erwartet wird, dass sie DGS-Mitglieder sind oder ihr beitreten, bevor sie auf dem Kongress referieren. Aber auch für die Studierenden ist es, denke ich, eine gute Möglichkeit, die DGS kennenzulernen – und für die DGS Studierende zu rekrutieren, selbstverständlich. Aber es geht hier nicht um Mitgliedsbeiträge. Sondern darum, dass die Struktur der

DGS nicht nur von Professor_innen und fertigen Akademiker_innen getragen wird, sondern auch von Studierenden und deren Lebendigkeit profitiert.

Sie sprechen von den Referent_innen: Was muss man als Nachwuchswissenschaftler_in mitbringen, um auf einem solchen Kongress einen Vortrag halten zu dürfen? Wie wird so ein Beitrag ausgewählt?

Das ist ganz unterschiedlich und der Weg zu einem Vortrag hängt vor allem von den unterschiedlichen Formaten ab, die es auf dem Kongress gibt. Zunächst gibt es die Plenen an drei Vormittagen, in denen sich die Teilnehmer_innen in wenigen Veranstaltungen konzentrieren. Für die Plenen gibt es Call for Papers, welche mittlerweile bereits in der *Soziologie* veröffentlicht wurden. Auf diese bewirbt man sich ganz klassisch mit einem Abstract. In den insgesamt neun Plenen gibt es jeweils eine kurze Einführung zum Thema und circa vier bis fünf Plätze, um die ein Wettbewerb stattfindet, sodass die besten Beiträge ausgewählt werden. Das zweite Format findet an den Nachmittagen und am Freitag statt. Dies sind die speziellen Sektionsveranstaltungen,

von denen die Sektionen im Laufe der Woche zwei Veranstaltungen durchführen dürfen. Und dann gibt es die Ad-Hoc-Gruppen. Dabei handelt es sich um Wissenschaftler_innen, die sich für die Dauer des Kongresses zusammenschließen, um dort eine Veranstaltung zu organisieren. Während in den anderen beiden Formaten Vorträge ausgeschrieben werden, auf die man sich bewerben kann, bewerben sich die Ad-Hoc-Gruppen mit einem selbst aufgestellten Programm.

Gibt es Platz für studentische Initiativen?

Oh ja! Bei den letzten Kongressen hat es auch immer Studierende gegeben, die Ad-Hoc-Gruppen beantragt und durchgeführt haben. Auf diesem Weg lade ich hiermit alle interessierten Studierenden ein, diese Chance zu nutzen. Bei diesem Format war es bisher meistens so, dass sich die Gruppen inhaltlich mit den Themen Studium, Lehre, Hochschulorganisation oder Didaktik beschäftigt haben. Aber das ist keineswegs vorgeschrieben. Studierende können genauso eine Ad-Hoc-Gruppe zu ganz klassischen, fachwissenschaftlichen Themen beantragen. Also: herzlich willkommen.

Bei den letzten Kongressen hat es auch immer Studierende gegeben, die Ad-Hoc-Gruppen beantragt und durchgeführt haben.

Wie kritisch muss ein Beitrag sein – oder wie kritisch darf ein Beitrag sein?

Die Maßstäbe werden von der einen oder anderen Person sicherlich unterschiedlich gesetzt. Aber ich glaube nicht, dass Beiträge zu kritisch sein können. Woran man sich halten muss, sind die Regeln der Wissenschaftlichkeit sowie die thematische Relevanz und Aktualität. Wenn der Beitrag einen Begriff, ein Konzept oder die Soziologie selbst kritisch in den Blick nimmt, dürfte das für gewöhnlich kein Hinderungsgrund für eine Auswahl sein, solange wissenschaftlich argumentiert wird.

Im kommenden Oktober findet der nächste Soziologiekongress statt. Wie weit sind die Vorbereitungen? Gibt es schon einige Hinweise darauf, wen wir erwarten dürfen?

Da gibt es nicht nur ein oder zwei, sondern gleich eine ganze Reihe Namen zu nennen: Michele Lamont, Bettina Heintz, Randall Collins, Susanne Baer halten jeweils Mittags- oder Abendvorlesungen. Gesine Schwan wird den Eröffnungsvortrag halten. Daneben dürfen wir uns auf Zygmunt Bauman freuen, den wahrscheinlich bedeutendsten polnischen Soziologen der Nachkriegszeit.

Zudem haben wir inzwischen auch das Rahmenprogramm festgezurr.

Wie entstand überhaupt das diesjährige Kongressthema? Gibt es da mehrere Vorschläge oder entscheidet der Vorstand die Themenwahl?

Sobald sich ein Institut in Deutschland bereit erklärt, den Soziologiekongress zu organisieren, beginnt die Themensuche. Dieses Jahr in Trier wird der Standort für den Kongress 2016 bekannt gegeben. Das Thema wird also gut zwei Jahre vor dem Kongress diskutiert und entschieden. Das lokale Organisationsteam, in diesem Fall die Trierer Kolleg_innen um Martin Endreß, unterbreitet dann der DGS einen Vorschlag für das Kongress-thema. Die Initiative geht also von

den lokalen Organisator_innen aus, die den Kongress letztlich ja auch planen und umsetzen müssen. Da wäre es etwas schräg, wenn der DGS-Vorstand das Thema vorschreiben würde.

Der Vorschlag des Krisenthemas war also die Idee der Trierer Kolleg_innen. Die Frage, die wir uns gemeinsam gestellt haben, war dann: „...Krise... noch ein Kongress zur Krise,... ist da nicht vielleicht schon alles gesagt? Kann man zur Krise noch irgendetwas sagen, das

Daneben dürfen wir uns auf Zygmunt Bauman freuen, den wahrscheinlich bedeutendsten polnischen Soziologen der Nachkriegszeit.

nicht schon anderweitig in Feuilletons oder Kongressen beleuchtet wurde?“ So hatte zum Beispiel die Österreichische Gesellschaft für Soziologie bereits zum Krisenthema eingeladen und generell fanden sich viele Kongresse zu der Thematik.

Das Organisationsteam in Trier schlug daher vor, statt einfach nach „der Krise“ zu fragen, die Ausrichtung auf Krisen und Routinen bzw. das Brechen von Routinen durch krisenhafte Phänomene und Erscheinungen zu thematisieren. Aber auch gleichzeitig die derzeitige Krisenkonstellation selbst nach einem routinehaften Ablauf- und Verhaltensmuster zu untersuchen. Die momentan zu beobachtende anhaltende Präsenz des Krisenbegriffs in der Gesellschaft kann dabei als Indikator gesehen werden, dass die Krise zu einer „strukturellen Signatur der Neuzeit“ geworden ist und damit zur Routine – wie es Reinhart Koselleck ausdrückt.

Hui, das ging jetzt ganz schön schnell. Können Sie uns vielleicht zuerst erklären, was wir unter dem Begriff „Krise“ überhaupt verstehen können?

Generell spricht man von Krise, wenn eine schnelle Veränderung oder ein grundlegender Wandel stattfindet. Speziell im soziologischen Kontext wird der Begriff dann genutzt, wenn sich soziale

Systeme rapide wandeln und einen Umbruch im gesellschaftlichen Zusammenleben hervorrufen. In erster Linie ist eine Krise also eine Erschütterung der Normalität.

Sind Krisen dann generell etwas Negatives? Oder stimmt es, dass wir jede Krise als Chance nutzen sollten?

Weder noch. Krisen sind weder notwendig noch ausschließlich als Katastrophe zu begreifen. Niedergang, Auflösung oder Untergang sind nicht immer die Folge. Krisen sind als Transformations-

In erster Linie ist eine Krise also eine Erschütterung der Normalität.

prozesse ebenso in ihrer Produktivität zu begreifen. Krisenszenarien schaffen Momente, in

denen ein ambivalentes Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität entsteht und sich die Möglichkeit für etwas Neues auftut. Krisen sollten daher vor allem als das begriffen werden, was sie sind: Konstellationen oder Phänomene, die schon die Pfadabhängigkeiten für zukünftige Entwicklungen beinhalten.

Sie sprechen von Transformationsprozessen und Wandel. Wo sind die Unterschiede zur Krise?

Sozialer Wandel und Krise sind hier nicht synonym zu verwenden. Sozialer Wandel findet ständig statt, jederzeit. Nur eben auf einem Niveau, welches wir

nicht als Erschütterung unserer Normalität betrachten. Krisen haben jedoch immer etwas Akutes, Rapides an sich, wo Gewohntes erschüttert wird.

Es heißt, wir leben in Krisenzeiten. Welche Krisen bestehen überhaupt?

Sagen wir so: Es mangelt derzeit nicht an Krisendiagnosen und -szenarien. Wir sprechen hier auf der einen Seite über Makrophänomene, wie die Finanz-, Schulden- und Staatskrise in einigen Teilen Europas. Daneben finden wir die Krise der Rentensysteme und alternden Gesellschaft oder Probleme auf der Mesoebene von

Organisationen, etwa Betrieben oder Parteien. Aber auch die Krise der Demokratie finden wir in den Diskursen, gewissermaßen als eine Systemkrise. Schließlich ist das Subjekt auf der Mikroebene selbst nicht ausgeschlossen von der Krisendiagnostik, sodass wir auch hier biografische Krisen oder die Krise des Selbst finden.

Sind diese Krisen miteinander verbunden?

Sicherlich besteht hier eine Verbindung zwischen den Erscheinungen. Nehmen wir das Beispiel Spanien: Durch das Platzen der Immobilienblase und der darauf folgenden Bankenkrise ist das Land

12

ANZEIGE

Kriminalisierung von Armut



Loïc Wacquant Bestrafen der Armen

Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit

2., durchgesehene Auflage 2013.
359 Seiten. Kart.
36,00 € (D), 37,10 € (A)
ISBN 978-3-8474-0121-6



Verlag Barbara Budrich • Barbara Budrich Publishers

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich.de
www.budrich-verlag.de

in eine tiefe ökonomische Problemlage gerutscht. Die Optionslosigkeit der Regierung führte zu einem Verlust des Vertrauens in das demokratische System und zu einer Regierungskrise. Gleichzeitig sind viele Menschen in Griechenland durch die Krise arbeitslos geworden, was die Abhängigkeit auch von familiären Versorgungsstrukturen und den Verlust materiellen Wohlstands mit sich bringt. Eine Krise kann sich also bis zum Subjekt durch die Gesellschaft ziehen.

Bei so viel Krise, wie verhält es sich da eigentlich: Leben wir heute in krisenreicheren Zeiten als früher, sagen wir vor 40 Jahren?

Das ist eine sehr gute Frage. Ich erinnere mich an eine ähnliche Debatte, als es damals um Ulrich Becks Werk zur Risikogesellschaft ging. Dort wurde diskutiert, ob die Menschen nicht schon immer Risiken ausgesetzt waren. Ähnlich ist es mit dem Krisenbegriff auch. Die Frage danach, ob wir in krisenreicheren Zeiten leben, stellt sich also auch in der Perspektive, ob wir es nicht viel eher mit einer erhöhten Krisenwahrnehmung zu tun haben. Und es gestaltet sich hier durchaus ambivalent, dass sich der subjektive Eindruck der Außeralltäglichkeit der eigentlichen Krisensituation an

der objektiven Alltäglichkeit bricht. Die öffentliche Dauerpräsenz des Themas verwandelt damit die Krise der Routine in die Routine der Krise – und damit zu einem lohnenden Ansatzpunkt für die Soziologie.

Das anhaltende Krisenbewusstsein hat hier womöglich längst zu einer Wahrnehmungskrise geführt: nämlich, dass bei der allgegenwärtigen Krisenrhetorik die tatsächlichen Gefahren verkannt bleiben.

Die öffentliche Dauerpräsenz des Themas verwandelt damit die Krise der Routine in die Routine der Krise – und damit zu einem lohnenden Ansatzpunkt für die Soziologie.

Ist damit das Konzept der Krise denn noch haltbar?

Zugegeben, der Begriff ist in der Soziologie nur schwach ausgeleuchtet und die

Gefahr ist groß, dass er sich durch die häufigen Krisenzuschreibungen abnutzt und das Konzept unbestimmbar macht. Das ist auch etwas, was auf dem Kongress diskutiert werden soll. Die analytische Trennschärfe der Krisenbegrifflichkeit lässt sich nur dann verbessern, wenn die Disziplin die als krisenhaft bezeichneten Situationen empirisch ausleuchtet und daraus vergleichende Perspektiven herausarbeitet, um so Besonderheiten oder Verläufe aufzudecken.

Sie sagen, der Krisenbegriff ist in unserem Leben so allgegenwärtig. Woher kommt



Soziale Onlinenetze und die Mediatisierung der Freundschaft

Eine qualitative Studie zur Bedeutung von Facebook für das Freundschaftskonzept Jugendlicher

Von Kai Erik Trost

2013, 184 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8487-0683-9

(Online-Medien-Management, Bd. 3)

www.nomos-shop.de/21460

Was bedeutet es für die Freundschaft, wenn Jugendliche digitale Medien und insbesondere Soziale Netzwerke wie Facebook nutzen, um mit ihrer Clique und ihren Freunden zu kommunizieren? Mittels einer qualitativen Studie untersucht diese Arbeit das Medienhandeln der „Digital Natives“ im Kontext von Freundschaft und zeigt, was diese unter Freundschaft verstehen.



Politische Soziologie

Eine Einführung

Von Boris Holzer

2014, ca. 300 S., brosch., ca. 22,99 €

ISBN 978-3-8252-3945-9

Erscheint ca. April 2014

www.nomos-shop.de/21024

Die politische Soziologie fragt nach dem Verhältnis von Politik und Gesellschaft: Wie beeinflussen gesellschaftliche Strukturen das politische System? Wie wirken sich politische Entscheidungen auf andere Gesellschaftsbereiche aus?

Boris Holzer führt in die Welt der politischen Soziologie ein, inklusive aktueller Begriffe wie Risiko oder Globalisierung.

Bitte bestellen Sie die UTB-Nomos Titel ausschließlich bei Ihrer Buchhandlung oder bei www.utb-shop.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de



Nomos

das? Werden die Krise bzw. der Krisenbegriff mit seiner ständigen Heraufbeschwörung instrumentalisiert?

Nun, dass Begriffe und Konzepte ideell oder politisch beladen sind, findet sich immer wieder. Betrachten wir zum Beispiel den Begriff der Konjunktur: Dieser taucht wiederholt in Argumentationen um Wirtschaftswachstum auf und wird für politische Zwecke genutzt. Die Verwendung von Begriffen auf einer politischen Ebene ist geläufig. Aber ich glaube nicht, dass es hier bestimmte Gruppen gibt, die das Konzept der Krise bzw. den Begriff prägen oder zumindest bewusst instrumentalisieren, um daraus einen Vorteil zu schlagen. Nehmen wir das Beispiel einer subjektiven Krise: Es ist eher unwahrscheinlich, dass der Bundesverband der Psychologen und Therapeuten diesen Begriff instrumentalisiert, um mehr Kundschaft zu bekommen.

Wann ist denn überhaupt eine Krise beendet?

Das kommt ganz darauf an, welchen Maßstab man einerseits an die Krise und andererseits an die Lösung des Problems anlegt. Ein einfaches Beispiel: Eines der Institute für Wirtschaftsforschung sagt ein geringes Wirtschaftswachstum voraus, welches sich zu einer Konjunkturkrise ausweiten könnte. Hierbei spielen vor allem die messbaren Faktoren eine Rolle – denn die Krise definiert sich

über ihre Abbildbarkeit –, in dem Fall der Konjunktur zum Beispiel durch Umsatzzahlen oder Gewinnerwartungen. Sobald sich diese messbaren Faktoren ändern und in einen Rahmen zurückkehren, der nicht mehr als „krisenhaft“ definiert wird, kann die akute Krise als beendet betrachtet werden. Generell muss also von einer gesellschaftlichen Instanz ausgegangen oder in einem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess eine Faktorenkonstellation festgelegt werden, die als nicht mehr krisenhaft definiert wird. Damit verläuft der Diskurs auf einer normativen Ebene.

Nehmen wir ein anderes praktisches Beispiel, an dem dieser Prozess deutlich wird: eine Partnerschaftskrise. Wie sieht das Ende einer solchen Krise aus? Hier gibt es durchaus mehrere Möglichkeiten, die eine Krise beenden. So kann sie dadurch beendet werden, dass man nicht mehr miteinander spricht und sich daher nicht mehr streitet. Oder die Krise findet ihren „messbaren Faktor“ darin, dass man wieder miteinander schläft. Oder gar sich voneinander trennt. Sie sehen also, dass der Lösungsrahmen hier sozial und situativ konstruiert wird. Dies steht für die Krisen, denen wir derzeit gegenüberstehen, noch aus.

Welche Rolle nimmt die Soziologie in diesem Diskurs ein?

Die Soziologie ist historisch eng mit der Krise und gesellschaftlichen Wandlungs-

prozessen verbunden. Ihre disziplinäre Entstehung gegen Ende des 19. Jahrhunderts steht in direkter Verbindung zu den damaligen gesellschaftlichen Veränderungen. Die Soziologie versuchte schon immer, gesellschaftliche Veränderungen zu deuten und manchmal auch vorherzusagen, und durch den Austausch zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft gelangt soziologisches Wissen stets in das öffentliche Bewusstsein. Somit nimmt die Soziologie direkt an dem gesellschaftlichen Geschehen teil.

16 *Tut die Soziologie derzeit genug im Rahmen einer Krisenwissenschaft?*

Auch hier gilt: Der diesjährige Soziologiekongress lädt dazu ein, dies zu fragen. Es ist jedoch tatsächlich zu beobachten – wie bereits angemerkt –, dass systematische Untersuchungen des Krisenbegriffs durch die Soziologie selbst derzeit noch ausstehen. Es fehlt eine klare Eingrenzung, worauf der Krisenbegriff angewendet werden kann und welche Konstellationen als krisenhaft angesehen werden können. Was wir brauchen, ist eine Systematisierung des Begriffs, um ihn besser empirisch nutzen zu können und die unterschiedlichen Krisen zu vergleichen. Daneben wollen wir jedoch auf dem

Kongress auch über die Interdisziplinarität der Soziologie sprechen, da Anknüpfungspunkte an andere Wissenschaften durchaus förderlich für die Disziplin sein können.

Und wie verhält es sich mit der Soziologie als Sprachrohr? Man bekommt den Eindruck, dass die Soziologie sich teils entpolitisiert und zum Beispiel während der Zeit der 68er stärker eingemischt hat.

Das sehe ich nicht so. Ich sehe heute viele, insbesondere unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs, die sich aktiv einmischen. Soziologie sollte sich nicht unter allen Umständen als werturteilsfreie Wissenschaft verstehen. Und auch

wenn die Soziologie in den 1960er Jahren oft als Leitwissenschaft stilisiert wurde, war die Realität natürlich komplexer. Nicht jede/r Soziolog_in

Soziologie sollte sich nicht unter allen Umständen als werturteilsfreie Wissenschaft verstehen.

war Marxist_in. Ich würde sogar behaupten, dass in dieser Zeit sich eher eine Minderheit von Soziolog_innen wirklich aktiv eingemischt hat.

Heute ist es mit vielen soziologischen Begriffen und Analysen so, dass sie stark durch Politik und Medien in die Gesellschaft diffundieren. Die Öffentlichkeit ist daher, anders als noch vor 50 Jahren, immer stärker mit soziologischem Wissen versorgt und kann auf dieses zurück-

Das bedeutet, dass wir unsere scheinbar bloß private Krise danach befragen sollten, inwieweit diese Krise durch soziale Erwartungen und durch uns umgebende gesellschaftliche Prozesse von anderen mit produziert und ausgelöst wird.

greifen. Somit besitzt die Soziologie sehr wohl die Funktion eines Sprachrohrs.

Bei so viel Krise, sollte man sich da einschüchtern lassen? Wie sollte man auf eine Krise reagieren? Gerade die „Krise des Selbst“ im Zeichen von Selbstoptimierung für den Arbeitsmarkt macht vielen Studierenden zu schaffen – was ist Ihr Rat?

Ich bin eigentlich nicht in einer Position, um gute Ratschläge zur Lebensführung zu geben. Jeder von uns steht hin und wieder vor einer schwierigen Phase. Seien es Prüfungen, Stress mit dem/der Partner_in, die Angst vor der Arbeitslosigkeit nach dem Studium oder generelle Zukunftsängste. Natürlich ist es schwer, in den kritischen Momenten einen klaren Kopf zu bewahren und oftmals hilft erst einmal nur ein „Augen zu und durch“. Wichtig scheint mir jedoch zu sein, nach – oder, wenn möglich, während – einer solchen Phase auch die soziale Konstruktion und Konstitution der Ängste und der durchlebten Krise zu hinterfragen. Das bedeutet, dass wir unsere scheinbar bloß private Krise danach befragen sollten, inwieweit diese Krise durch soziale Er-

wartungen und durch uns umgebende gesellschaftliche Prozesse von anderen mit produziert und ausgelöst wird. Wenn wir es schaffen können, die sozialen Kontexte unserer eigenen Krisen zu erkennen, können wir auch die individuelle Bedeutung einer Krise problematisieren und gegebenenfalls feststellen, dass das eigentliche Problem nicht im Selbst zu suchen ist, sondern sich mitunter aus Erwartungshaltungen anderer oder gesellschaftlichen Normierungen entwickelt. Durch diese Reflexion können wir möglicherweise Krisen verstehen, entschärfen und daraus lernen. Vor allem für Studierende der Soziologie sollte dies eine lohnende und erhellende Übung sein, um ihr Fachwissen praktisch anzuwenden.

Ein Rat, den sich sicherlich viele Studierende zu Herzen nehmen werden. Herzlichen Dank für dieses Interview.

INTERVIEW:

Das Interview wurde geführt von **Claas Pollmanns und Benjamin Köhler**, Mitglieder der Soziologiemagazin-Redaktion.

"I had two children before I was widowed when my husband died in a fire at the factory where we both worked. I got no maternity leave during my pregnancy, and no compensation for the death of my husband."

Farzana, garment worker in Bangladesh



Blouse
€ 0,15

Fotoabdruck mit der freundlichen Genehmigung von **Susanne Friedel**. „Ich wurde 1980 in Süddeutschland geboren. Mein Studium in der Soziologie, Ethnologie und Politikwissenschaft habe ich 2009 mit einer Arbeit zur Konstruktion und Repräsentation von Weiblichkeit im israelischen Militär abgeschlossen. Mit meinem Wissen über die Macht der Bilder habe ich mich der Fotografie als Mittel für Gesellschaftsanalyse und -kritik zugewandt und arbeite seit 2011 als freie Fotografin.“

Susanne A. Friedel: *beyond fashion*

Über 90 Prozent aller in Deutschland verkauften Textilien werden importiert. Auch H&M, Mango, New Yorker und Zara lassen ihre Kollektionen in Ländern wie China, Bangladesch, Indien, Kambodscha, Marokko und der Türkei fertigen. Mindestlöhne, die nicht zum Leben reichen, sind dabei nur ein Teil der massiven Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen, denen die vornehmlich weiblichen Arbeiterinnen in den Textilfabriken ausgeliefert sind. Die Arbeit „beyond fashion“ thematisiert die Schattenseiten der globalisierten Modeindustrie. Dazu wurden verschiedene Kleidungsstücke der genannten Unternehmen im Stil klassischer Fashion-Shootings inszeniert. Zitate von Arbeiterinnen über die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken bestimmten die jeweilige fotografische Inszenierung. In Anlehnung an die von diesen Firmen verwendete Werbe-Ästhetik zielt die Arbeit darauf, den/die Betrachter_in als Konsument_in der „beworbenen“ Kleidung anzusprechen und gleichzeitig jenen eine Stimme zu verschaffen, die den wahren Preis im heutigen „Fast Fashion-Business“ bezahlen.

Scarf
€ 0,09



"When workers try to form or join a trade union, they loose their job. This is the way to keep us quiet."

Alexandra, garment worker in Rumania

19

"I leave home at six in the morning and come back home at nine in the evening. I leave when my daughter is still in her dreams and come back home to see her gone to sleep again. She sees my face only one day of the week."

Amanthi, garment worker in Sri Lanka

Bodysuit
€ 0,09



Krise der Solidarität – Solidarität der Krise.

Ein soziologischer Blick auf eine gesellschaftliche
Kategorie im Wandel der Zeit

von Moritz Boddenberg

20

abstract

Solidarität spielt als soziologische Kategorie für das Verständnis sozialer Ordnung eine wichtige Rolle. In ihrer Verbindung einer deskriptiven und einer normativen Dimension ist sie bei der soziologischen Analyse stets im Kontext gesellschaftlicher Veränderungsprozesse zu betrachten. Von einer stärker werdenden Dominanz des Marktes in allen Lebensbereichen ausgehend, scheinen die Solidaritätsnormen gesellschaftlicher Akteure einer gesteigerten Erosionsgefahr ausgesetzt, die durch individuell wahrgenommene Krisenerfahrungen der Menschen verstärkt wird. Und dennoch – so die These – deutet die Entwicklung neuer solidarischer Praktiken jenseits der kapitalistischen Funktionslogik auf das Entstehen einer neuen formveränderten Solidarität hin. Das hier als Solidarität der Krise zu bezeichnende Phänomen ist charakterisiert durch die gemeinsam geteilte Ablehnung des Konkurrenzprinzips der liberalen Marktwirtschaft und schafft durch ihre deviante Dimension eine neue Verbundenheit individualisierter Akteure.

Solidarität in der Krise?

*Und wer ein Schöpfer sein muß im Guten
und Bösen: wahrlich, der muß ein Ver-
nichter erst sein und Werte zerbrechen.*

(Nietzsche 1954: 372,
Also sprach Zarathustra)

Die politische Rhetorik in Zeiten der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise ist geprägt von einer Kategorie des moralischen und politischen Denkens, deren

Existenz von verschiedenen Seiten als bedroht, deren verhaltensregulative Wirkungskraft aber von nicht wenigen als existenziell für das menschliche Zusammenleben beschrieben wird. Die Rede ist vom Begriff der Solidarität. Aktuell ist die politische und gesellschaftliche Debatte in Europa bestimmt von der Angst vor einer Zersplitterung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie einer immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich. Damit

verbunden scheinen Solidaritätsappelle im politischen Alltag beinahe zu einem rituellen Sprachspiel geworden zu sein. So appellieren Politiker_innen an die Solidaritätsbereitschaft der „Starken“ gegenüber den „Schwachen“ innerhalb und außerhalb der Nationalstaaten, debattieren, ob der berühmte Solidaritätspakt d'Artagnans und der drei Musketiere – einer für alle und alle für einen – auch in einer Gemeinschaft heterogener Staaten mit den unterschiedlichsten Wirtschaftsleistungen Gültigkeit besitzen kann und spezifizieren darüber, ob wohlfahrtsstaatliche Programmformeln die Herausbildung gesellschaftlicher Solidaritätsnormen noch gewährleisten können. Unklar bleibt in den verschiedenen Solidaritätsdiskursen doch allzu oft der theoretische Status des verwendeten Solidaritätsbegriffes. So scheint dessen Verwendungsweise, wie es Niklas Luhmann (vgl. 1984: 80) ausdrückte, zuweilen eher von dessen Dignität als von dessen Klarheit dominiert zu sein.

Trotz der fehlenden analytischen Klarheit des Begriffes ist die Auseinandersetzung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Entsolidarisierungstendenzen im Zuge des gesellschaftlichen Wandels seit Ferdinand Tönnies (2005 [1887]) ein fester Bestandteil der soziologischen

Analyse. Eine entscheidende Rolle spielt bei diesen Debatten und der Frage nach dem Wandel solidarischer Gesellschaftsnormen die Entstehung einer arbeitsteilig und funktional ausdifferenzierten Gesellschaft, wie sie prozessoziologisch von Norbert Elias (1997) erfasst und für das Verständnis von Solidarität aber insbesondere von Émile Durkheim (1972) herausgearbeitet worden ist.

Dieser Aufsatz stellt zur Diskussion, die Fragen nach der Bedeutung und Rolle der Solidarität für die soziale Ordnung

Hieraus ergibt sich die Frage, ob ... der Wunsch nach neuen Formen solidarischer Umgangsformen entsteht.

in einer marktdominierten Gesellschaft wieder aufzunehmen und sie in einen neuen Kontext zu setzen. Der Vorschlag zur Neuverhandlung dieser Fragen erfolgt nicht

zufällig zum jetzigen Zeitpunkt; denn die aktuelle theoretische Auseinandersetzung mit Solidaritätskonzepten wird begleitet von Debatten zur Solidarischen Ökonomie (vgl. zum Beispiel Altwater/Sekler 2006) sowie der Entstehung alternativer Wirtschaftsmodelle, die in ihrer Fokussierung auf solidarische Werte ein materielles Gegenmodell zum kapitalistischen Gesellschaftskonzept darstellen können. Gemeint sind beispielsweise genossenschaftlich organisierte Unternehmensformen, die zunehmend neue Branchen für sich erschließen (vgl. Kleinsch/Boddenberg 2012), oder innovati-

ve Modelle wie das Konzept der Solidarischen Landschaft (vgl. Kraiß/van Elsen 2008), die sich den Wert der Solidarität auf ihre Fahnen geschrieben haben. Hieraus ergibt sich die Frage, ob im Zuge einer wahrgenommenen „neoliberalen Nichtgesellschaft“, wie sie von Zygmunt Baumann (2000: 41) beschrieben wird, der Wunsch nach neuen Formen solidarischer Umgangsformen entsteht – eine Solidarität der Krise, die auf die Entsolidarisierungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft eine Antwort zu geben versucht. Die These, die im Folgenden entfaltet werden soll, lautet, dass jenseits staatlicher Steuerung und konträr zur konventionell kapitalistischen Produktionsweise (neue) Wirtschaftsformen entstehen, die als eine Reaktion auf die fortschreitende Erosion von Solidaritätsnormen verstanden werden können. Der Gedanke einer entstehenden formveränderten Solidarität soll durch die folgenden Schritte entfaltet werden: Zunächst wird der Solidaritätsbegriff näher beleuchtet, um im Anschluss daran das Verhältnis von Solidarität und sozialer Ordnung aufzeigen zu können und der Frage nachzugehen, warum die Solidarität entgegen der Auffassung ihrer Kritiker_innen weiterhin eine wichtige Rolle für die gesellschaftliche Integration spielt, jedoch einer gesteigerten Erosionsgefahr ausgesetzt ist. Abschließend soll eruiert werden, welche Chancen sich im Sinne einer „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter 1946: 137) aus

der Krisenerfahrung gesellschaftlicher Akteure hinsichtlich der Entstehung einer neuen gesellschaftsintegrierenden Solidarität ergeben und wie diese sich in Formen solidarischen Wirtschaftens ausdrücken.

Gesellschaftliche Solidarität

Innerhalb des moralischen und politischen Denkens ist die Solidarität eine der jüngsten und zugleich vielschichtigsten Kategorien des menschlichen Daseins (vgl. Bayertz 1998: 11). Ihr Bedeutungshorizont reicht von der Rolle eines sozialen Verhaltensregulativs über den Status einer anthropologisch begründbaren menschlichen Verbundenheit und einer inklusions- und integrationsfördernden wohlfahrtsstaatlichen Programmformel des politischen Steuerungssystems bis hin zur paradigmatischen Antwort auf die gesellschaftstheoretischen Fragen nach den Ordnungsmechanismen sozialen Zusammenlebens (vgl. Göbel/Pankoke 1998: 463). Nachdem der analytische Wert der Solidarität in der Soziologie lange Zeit nicht hinreichend Würdigung in Form wissenschaftlicher Auseinandersetzungen fand, wird dem Begriff in der jüngeren Forschung wieder vermehrt Aufmerksamkeit zuteil. Zu nennen sind unter anderem der von Kurt Bayertz (1998) herausgegebene Sammelband zum Begriff und Problem der Solidarität sowie die Versuche von Jens Beckert und anderen (2004), Verbindungslinien

zwischen den Konzepten zur Transnationalität und zur Solidarität herzustellen. Erwähnung finden müssen auch Markus D. Zürcher (1998) sowie Ursula Dallinger (2009), die den Solidaritätsbegriff im Kontext der rationalen und normativen Sozialtheorie beleuchten.

Was bedeutet nun Solidarität als soziologische Kategorie?

Der etymologische Ursprung des Begriffes ist in der Wissenschaft nicht ganz unumstritten, doch lassen sich die sprachgeschichtlichen Wurzeln der Solidarität wohl in erster Linie in einem juristischen Kontext ausmachen. Demnach stammt der Solidaritätsbegriff ursprünglich aus dem römischen Recht, wo der Ausdruck *obligatio in solidum* als gemeinschaftliche Solidarhaftung für das gegenseitige Entstehen von Gesellschaftsmitgliedern kodifiziert wurde (vgl. Metz 1998: 172; vgl. Fiegle 2002: 32). In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebt der Begriff, der in der Französischen Revolution in enger Verwandtschaft zur Revolutionskategorie *fraternité* diskutiert wird (vgl. Schmelter 1991: 9), durch den französischen Sozialtheoretiker Pierre Leroux einen Bedeutungswandel (vgl. Fiegle 2002: 89): Leroux charakterisiert Solidarität nun weniger im juristischen Sinne als Rechtsanspruch, sondern sieht in ihr den Ausdruck eines altruistischen Gefühls, durch das er die wechselseitige Verantwortlichkeit der Menschen innerhalb der Gemeinschaft anthropologisch

zu begründen versucht (vgl. Wildt 1998: 206; vgl. Zürchner 1998: 56).

Nachdem die Solidarität in der westlichen Welt lange Zeit etwas in Vergessenheit geraten war, gewann sie im Kontext der internationalen Umwelt- und Friedensbewegung sowie dem Bedeutungsgewinn einer solidarisch ausgerichteten Armuts- und Gesundheitspolitik seit den 1970er Jahren im öffentlichen Diskurs wieder verstärkt an Bedeutung (vgl. Schröder 2014: 73). In Literatur und sozialer Praxis stellt sich der Solidaritätsbegriff daher heute sehr vielschichtig dar. So kann solidarisches Handeln als Gefühl der Mitmenschlichkeit verstanden werden, welches sich zum Beispiel in Form hoher Spendenbereitschaft bei Naturkatastrophen ausdrückt oder sich in ehrenamtlichem Engagement in Tafeln und anderen sozialen Bewegungen widerspiegelt. Wie aber ist der Solidaritätsbegriff im Spannungsfeld gesellschaftlicher Krisen soziologisch einzuordnen?

Den Gedanken Leroux' aufgreifend und gleichzeitig der Herkunft des Wortes Rechnung tragend, versuchen Claudia Koch-Arzberger und Karl Otto Hondrich (1992: 13, Hervorhebung im Original) den Solidaritätsbegriff definitionistisch wie folgt zu erfassen:

„Solidarität ist Verbundenheit trotz Differenzen, trotz Ungleichheit (und setzt insofern soziale Differenz voraus). Zugleich ist sie aber Verbundenheit wegen Differenz, nämlich wegen ungleicher Beeinträchtigung der als

gleich empfundenen Interessen.“

In ihrer Mehrdeutigkeit bewegt sich Solidarität somit zwischen dem Erhalt sowohl eines auf Gleichheit als auch eines auf Diversität beruhenden Ganzen. So versöhnt das Solidaritätskonzept zwei scheinbar diametrale Elemente: Es schließt ebenso auf persönliche Sympathievorstellungen beruhende Sorgepflichten gegenüber Freund_innen und Bekannten wie Solidaritätspflichten gegenüber unpersönlichen Empfänger_innen, also unbekannten Individuen, Gruppen oder Kollektiven, mit ein (vgl. Preuß 1998: 402; vgl. Zoll 2000: 12).

Die Solidarität ist analytisch und empirisch jedoch nicht als starre und unveränderliche Kategorie zu erfassen, sondern muss stets im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen betrachtet werden. Konstitutiv für eine spezifisch soziologische Perspektive auf den Wandel von Solidaritätsnormen und entscheidend für das Verständnis einer neuen Form der Solidarität sind hierbei die Arbeiten Durkheims, der den Solidaritätsbegriff in der Auseinandersetzung mit den ökonomisch-rationalistischen Vorstellungen sozialer Ordnung in das Zentrum seiner Studie zur Arbeitsteilung stellt (vgl. Dallinger 2009: 47). Im

In ihrer Mehrdeutigkeit bewegt sich Solidarität somit zwischen dem Erhalt sowohl eines auf Gleichheit als auch eines auf Diversität beruhenden Ganzen.

Durkheim'schen Gesellschaftsmodell wird die normative Integration des Individuums zum qualitativen Kriterium für die Abbildung zweier Gesellschaftstypen erhoben, denen jeweils eine spezifische Form der Solidarität zugeordnet wird (vgl. Kiss 1977: 46). Primitive Gesellschaften zeichnen sich durch eine starke

Segmentierung und ein atomistisches Nebeneinander der einzelnen Gesellschaftsmitglieder aus, in denen die innere Verbundenheit auf der Homogenität der Gefühle und Wertorientierungen sowie der relativen Gleichheit der Le-

bensweisen basiert (vgl. Durkheim 1972: 185; 232; 237). Diesen Gesellschaften ordnet Durkheim die Solidaritätsform der *mechanischen Solidarität* zu, die aus „Ähnlichkeiten erwachsend, das Individuum direkt an die Gesellschaft bindet“ (ebd.: 156). Jene sozialen Affinitäten der Menschen führen zur Harmonisierung partikularer Individualinteressen, einer geringen individuellen und funktionalen Differenzierung und der Ausbildung eines starken Kollektivbewusstseins (ebd.: 156; 181f.; 399). Individual- und Kollektivbewusstsein unterscheiden sich in diesem gesellschaftlichen Stadium der Homogenität kaum voneinander (ebd.: 248) – ein Zustand, der sich durch die

einsetzende funktionale Differenzierung in Form der Spezialisierung der beruflichen Tätigkeiten ändert.

Die Steigerung der materiellen und dynamischen Dichte der Bevölkerung und die Zunahme der aus der arbeitsteiligen Differenzierung folgenden Interdependenzen führen für Durkheim zur Herausbildung neuer moralischer Bindungen, denn diese implizieren einen Wandel der Solidaritätsform von der *mechanischen* hin zur *organischen Solidarität*. Ihre Voraussetzungen und ihre Charakteristik unterscheiden sich von der vormodernen Solidaritätsform, denn anders als die Solidarität primitiver Gesellschaften beruht die *organische Solidarität* nicht auf den Ähnlichkeiten, sondern auf Unterschieden der Individuen:

„Während die vorherbesprochene Solidarität beinhaltet, daß sich die Individuen ähnlich sind, setzt diese voraus, daß sie sich voneinander unterscheiden. Die erste ist nur in dem Maß möglich, in dem die individuelle Persönlichkeit in der kollektiven Persönlichkeit aufgeht. Die zweite ist nur möglich, wenn jeder ein ganz eigenständiges Betätigungsfeld hat, wenn er also eine Persönlichkeit hat. Das Kollektivbewußtsein muss also einen Teil des Individualbewußtseins freigeben, damit dort spezielle Funktionen entstehen, die es nicht regeln kann“ (Durkheim 1992: 183).

Der moralische Wert der *organischen Solidarität* besteht in ihrer Interdepen-

denz, im Bewusstsein jedes Einzelnen, vom Anderen abhängig zu sein. Dies drängt nicht nur das egoistische Individualinteresse zurück, es führt gleichzeitig zu einer normativen Aufwertung der beruflichen Tätigkeit, indem die Menschen begreifen, „dass ihre Handlungen ein Ziel haben, das nicht in ihnen selbst liegt“ (ebd.: 142). Differenz ist für Durkheim also mit der integrierenden Wirkung von Solidarität kompatibel (vgl. Dallinger 2009: 52).

Geprägt wird der Solidaritätsbegriff bei Durkheim somit durch die Verbindung eines deskriptiven und eines normativen Gehalts (vgl. Bayertz 1998: 11f.). Der deskriptive Kern der Solidarität erklärt die Identität des Individuums „als durch die Gemeinschaft bedingt“ und verpflichtet somit jedes Gesellschaftsmitglied dazu, die Gesellschaft „sogar auf Kosten des individuellen Eigeninteresses mitzutragen und zu fördern“ (Khushf 1998: 126, Hervorhebung im Original). Beschrieben wird also die Idee des reziproken Zusammenhangs zwischen dem oder der Einzelnen und dem Kollektiv (vgl. Bayertz 1998: 11). Die normative Dimension besteht hingegen im emotionalen Bewusstsein des Individuums, ein Mitglied der Gruppe zu sein und von dieser im Bedarfsfall Hilfe entgegengebracht zu bekommen (vgl. ebd.: 12). Durkheim operiert zunächst mit einem deskriptiven Solidaritätsbegriff, indem er die Interdependenzen zwischen den Menschen als solidaritätsstiftende

Instanzen beschreibt und Solidarität als sozial koordinierte Organisationsform betrachtet. Jedoch trägt er auch dem normativen Solidaritätsgehalt Rechnung, da er die Begriffe Solidarität und Moral kongruent verwendet, also eine Moral entwickelt, die im „mit einer Gruppe solidarisch [S]ein“

(Luhmann 1992: 24) besteht. Solidarität ist somit als eine Form des sozialen Zusammenhalts im Sinne von aufeinander abgestimmten Moraltypen zu verstehen und geht über

den Status einer sozialen Norm hinaus. Welche Rolle spielt dieses Solidaritätsverständnis nun für gesellschaftstheoretische Betrachtungen sozialer Ordnung?

Solidarität und soziale Ordnung

Die Debatte über die normative und funktionale Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität ist zugleich eine Auseinandersetzung zweier unterschiedlicher gesellschaftstheoretischer Perspektiven auf die Konstruktion und die Zentrifugalkräfte moderner Sozialordnungen. Beide Theorieansätze haben hierbei das gemeinsame Ausgangsproblem der Frage, wie die Abstimmung und Koordination heterogener Akteure in Interdependenzsituationen zur Stabilität einer sozialen Ordnung führen kann.

Trotz der zugestandenen hohen Kontingenz des Handelns erwartet die utilitaristische Austauschtheorie sozialer Ordnung, dass sich die Komplementarität von Erwartungen und Handlungen beim Austausch von Waren und Dienstleistungen zwangsläufig aus den rationalen

Nutzenkalkulationen der Vertragspartnerinnen ergebe (vgl. Münch 1982: 285). Diese Vorstellung einer auf individuellen Interessen basierenden So-

Die Debatte ... ist zugleich eine Auseinandersetzung zweier unterschiedlicher gesellschaftstheoretischer Perspektiven auf die Konstruktion und die Zentrifugalkräfte moderner Sozialordnungen.

zialordnung führt zur Skepsis gegenüber der normativen Kraft geteilter Werte und verschafft dem instrumentellen Verständnis von Rationalität insbesondere innerhalb der Theorie über die Bewältigung von Koordinationskonflikten eine gewisse Prominenz (vgl. Lohmann 1998: 21f.). Das dahinter stehende Modell des *homo oeconomicus* kommt in der Konzeptualisierung des freien Marktes für die moralische Integration der Gesellschaft daher gänzlich ohne solidarisch motivierten Verzicht auf Partikularinteressen der Individuen aus. Denn die klassische Exposition des Marktes nach Adam Smith (2009 [1776]) geht von frei verantwortlichen Individuen aus, die ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgen. Der so entstehende Wettbe-

werb zwingt jede_n Marktteilnehmer_in dazu, brauchbare Waren und Dienstleistungen anzubieten und führe indirekt – da von den Marktteilnehmer_innen nicht notwendigerweise intendiert – zur Steigerung des Gemeinwohls. Wenn das Individuum im Nachgehen seiner persönlichen Interessen also stets zugleich das Wohl aller fördert, löse sich der moralische Konflikt zwischen einer individualistischen Handlungsmotivation zum Eigen- und einer kollektivistischen Handlungsmotivation zum Gemeinwohl auf (vgl. Khushf 1998: 116). Dieser Logik folgend wird das Gemeinwohl dann untergraben, wenn sich die Marktstrukturen der liberalen Gesellschaft so verändern, dass die Gemeinwohlorientierung des Individuums nun tatsächlich und auf Kosten der eigenen Partikularinteressen eingefordert wird, wie es die Solidaritätsnorm verlangt (ebd.: 121f.).

Die Negierung einer nichtkontrakturellen Grundlage von Tauschbeziehungen, wie sie vom Regelutilitarismus vertreten wird, hat – wie unter anderem Richard Münch in seiner Rezeption von Durkheim und Talcott Parsons (vgl. Münch 1982: 286ff.) deutlich macht – jedoch zumindest ein Erklärungsproblem: In einer auf zweckrationalem Handeln der Individuen basierenden Sozialordnung wäre die Missachtung von Regeln für die oder den Einzelne_n oftmals rationaler als deren Einhaltung. Denn die eigene Regelkonformität würde sich aufgrund fehlender Informationen über

die Regelkonformität der anderen in vielen Fällen als weniger nützlich erweisen. Die Akteure befinden sich unter diesen Strukturbedingungen schließlich in einem spieltheoretischen „Gefangenendilemma“ (Münch 1988: 287), einer Situation, die in ähnlicher Weise von Parsons mit dem Problem der „doppelten Kontingenz“ beschrieben wurde (Parsons 1951: 16). Hinter diesem Begriff steht die Parson'sche Annahme, dass kein Handeln zustande kommen kann, „wenn Alter sein Handeln davon abhängig macht, wie Ego handelt und Ego sein Verhalten an Alter anschließen will“ (Luhmann 1987: 149). Im Problem der „doppelten Kontingenz“ modelliert Parsons also situative Interdependenzen zwischen Individuen, die aufgrund der Unsicherheit wechselseitiger Erwartungen den eigenen Optionsraum zusätzlich zur notwendigen individuellen Selektionsleistung zur Reduktion der Situationskomplexität weiter beschränken und Kooperation erschweren (vgl. Dallinger 2009: 100f.). Eine Sozialordnung, in der Vertragstreue die Ausnahme und Vertragsbruch die Obligation bedeuten würde, wäre jedoch sehr instabil, würde große Unsicherheiten für die Vertragspartner_innen generieren und, folgt man Durkheim, gar zu Unmöglichkeit dauerhafter Vertragsbeziehungen führen. Denn diese basieren nicht nur auf einer temporären Interessenharmonie der Vertragspartner, sondern bedürfen darüber hinaus einer nichtkontrakturellen Grundlage in Form

einer „Reglementierung des Vertrages, die *sozialen* Ursprungs ist“ (Durkheim 1972: 272, Hervorhebung M. B.). Andernfalls droht ein Zustand, der an Thomas Hobbes' Naturzustand der Regellosigkeit erinnert, in dem präventiver Machtgebrauch, Gewalt und Täuschung unter dem Mantel der Rationalität dazu dienen, für sich selbst Vorsorge zu leisten (vgl. Münch 1982: 287). Wird die Einhaltung geschlossener Verträge jedoch über den rationalen Eigennutz hinaus zu einer moralischen Verpflichtung jedes Gesellschaftsmitgliedes, so impliziert dies zugleich, dass jeder Akteur, der durch einen Vertragsbruch geschädigt wird, mit der Unterstützung Dritter rechnen kann, da deren Interessen im dauerhaften Vertrauen der Vertragsverbindlichkeiten bestehen (vgl. ebd.: 290). Hier wird die normative Dimension des Solidaritätsbegriffes für den Zusammenhalt einer marktdominierten Gesellschaft in besonderer Weise sichtbar.

Kritik an der Annahme einer vollständigen Informiertheit handelnder Akteure auf einem Markt wird bereits in der auf Herbert A. Simon (1955) zurückgehenden Theorie der *bounded rationality* formuliert. Auf dieser Grundlage hebt die subjektive Werterwartungstheorie, eine Variante des Rational-Choice-Ansatzes, den Einfluss von subjektiv als bedeutsam oder unbedeutsam eingeschätzter Informationen hervor, die von Akteuren bei der Entscheidungsfindung selektiert werden müssen (vgl. Esser 1993: 92). Die

Arbeiten von Georg Akerlof (1970) bilden hieran anschließend den Ausgangspunkt der neuen Informationsökonomie, die von der Annahme der vollständigen Informiertheit der Akteure abrückt und die Lösung des Informationsproblems in der Einführung von Sicherheitsinstitutionen zur Risikominderung des Käufers beschreibt (vgl. Beckert 2007: 8). Die Institutionen dienen dann zur Begrenzung von Freiheitsgraden der Akteure, beschränken somit Interdependenzen und ermöglichen die Kooperationsbereitschaft (vgl. Priddat 2005: 25). Doch selbst wenn man von dieser zentralen Annahme des Gleichgewichtsmodells abrückt, bleiben die Akteure mit dem Dilemma des Kollektivhandelns konfrontiert, da auch institutionalisierte „Spielregeln“ keine ausreichend kalkulativen Grundlagen in Interdependenzsituationen bieten können (vgl. Beckert 2007: 8). Denn auch die Institutionstheorie geht davon aus, dass die geschaffenen Kontextbedingungen als Kumulation rationaler Entscheidungen zu betrachten sind (vgl. Deutschmann 2007: 80). So gerät die Solidarität weiterhin in den Konflikt mit der Effizienz des Marktes und somit in die „Sackgasse von Liberalismus und Kommunitarismus“ (Khushf 1998: 111ff.).

Johannes Berger nimmt dies zum Anlass, die Wirkungskraft von Solidarität in kapitalistischen Sozialordnungen in Zweifel zu ziehen (vgl. Berger 2004: 257). In Anlehnung an eine Unterschei-

dung von Siegwart Lindenberg (1998), der zwischen starker und schwacher Solidarität differenziert, führe letztere, bei der das Kollektivinteresse vor dem Individualinteresse Vorrang hat, zur Dekonstruktion moderner kapitalistischer Gesellschaften, denn „strong solidarity is bad for business“ (ebd.: 257). Hat die Solidarität ihre Wirkungskraft in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der Märkte die zentrale Institution darstellen (vgl. Beckert 2007: 5), also eingebüßt?

Zweifellos ist diese These entlang der traditionellen und modernen soziologischen Kritik am Kapitalismus

angreifbar. So hat schon Georg Simmel, dessen soziologisches Interesse stets um die Frage nach gesellschaftlichen „Bindemitteln“ (Simmel 1908: 662) kreiste, vor der „Vergegenständlichung des Geistes“ gewarnt (Simmel 1989: 627), die im reinen Marktkapitalismus heute zuweilen Wirklichkeit geworden zu sein scheint. Doch auch wenn man von der Vorstellung des kapitalistischen Systems als eine reine Marktgesellschaft abrückt, wie es von Klaus Dörre (2009: 28) vorgeschlagen wird, kann die Wirkmächtigkeit von Solidaritätsnormen auch aus der Funktionslogik der marktvermittelten Konkurrenz heraus aufgezeigt werden. So rekurriert Dörre auf die Studien Pierre Bourdieus (2000), der empirisch

gezeigt hat, dass die Betätigung im Wettbewerb für Individuen kooperative und solidarische Verhaltensweisen voraussetzt. Hinter dieser Annahme steckt die Notwendigkeit eines „ökonomischen Habitus“, der sich für Bourdieu durch eine rational-kalkulierenden Denkweise und Lebensführung charakterisiert (Bourdieu 2000: 7ff.). Für ihn ist jene Art der Habitualisierung rationalen Denkens und Handelns jedoch erst unter den Voraussetzungen sozialer Stabilität möglich.

Denn erst diese ermöglichte ein Zukunftsbewusstsein, welches dann zur Quelle einer rational-kalkulierenden Verhaltensweise

werden kann. Stabilisierende Strukturmechanismen, die in ihrer kooperativen Ausrichtung also eigentlich das Gegenteil der Marktkonkurrenz beinhalten, müssen der Funktionslogik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach dieser Lesart zwangsläufig vorgeschaltet sein (vgl. Dörre 2009: 29).

Die unterschiedlichen Kritikvarianten laufen in einem Konsens zusammen, der konstatiert, dass soziale Integration nicht rein über Märkte erfüllbar ist. Solidarität bleibt für das soziologische Denken von sozialer Ordnung ein Schlüsselbegriff. Gemeinschaftliches Zusammenleben erfordert ein gewisses Maß an solidarischem Verzicht zugunsten anderer Gesellschaftsmitglieder – ohne Solidari-

Solidarität bleibt für das soziologische Denken von sozialer Ordnung ein Schlüsselbegriff.

tät als sozialmoralische Grundlage der Gesellschaft droht der sozialen Ordnung der Zerfall. Die Solidarität scheint in einer zunehmend auf Konkurrenz ausgerichteten Gesellschaft jedoch in die Krise geraten zu sein.

Erosion der Solidarität

Spätestens seit Ferdinand Tönnies ist die Zukunft der Solidarität auf der theoretischen Ebene immer wieder aus der Erosionsperspektive heraus diskutiert, zum Teil aber auch scharf zurückgewiesen worden. So wirft Helmut Plessner (2002 [1924]) Tönnies sozialen Radikalismus vor und kritisiert dessen romantische Illusionierung der Gemeinschaft, wenn dieser der gesellschaftlichen Entwicklung den Zusammenbruch tradierter Gemeinschaftsformen, fehlende Mitmenschlichkeit und die Zunahme von Konkurrenzsituationen – kurz: den Mangel an Solidarität – attestiert. Die Tendenz zur Entsolidarisierung wird hierbei auf die Zunahme der Individualisierung und das Fehlen gemeinsam geteilter Werte zurückgeführt. In aktuellen Debatten wird eine mögliche Erosion der Solidarität insbesondere im Zusammenhang mit dem Rückgang sozialstaatlicher Leistungen (vgl. Anhut/Heitmeyer 2006: 145) sowie der Kritik am Neoliberalismus thematisiert. So ist für Bauman die gesellschaftliche Solidarität das größte Opfer der neoliberalen Praxis geworden (vgl. Bauman 2000: 49). Stellte die Solidarität für ihn lange

Zeit eine Instanz dar, die Gesellschaften Schutz bot, Vertrauen in sich selbst und andere generierte, Experimentierfreude förderte und somit erst die Ausübung der individuellen Freiheit ermöglichte, so sei es eben die neoliberale Idee der Deregulierung, die diese Errungenschaften konterkariere. Dies schaffe vor allem eines: Unsicherheit. Wenn Bauman in diesem Zusammenhang von der Existenz einer „neoliberalen Nicht-gesellschaft“ spricht, bewegt er sich zwar in der Argumentationslinie Ferdinand Tönnies', betont jedoch im Unterschied zu dessen Erosionsthese besonders die Entmachtung politischer Institutionen als entscheidende Triebfeder einer fortschreitenden Entsolidarisierung der Gesellschaft. Baumanns Kritik an der deregulierten Gesellschaft fokussiert sich somit stark auf die Rolle des Staates als solidaritätsstiftende Kraft und trägt dem diskutierten Solidaritätsverständnis Durkheims Rechnung. Die staatliche Wirkungsmacht hat für Bauman durch den Bedeutungszuwachs des Marktes als ordnungsstiftende Organisation an Bedeutung verloren. Dies habe auch sozio-psychologische Auswirkungen auf den Menschen. So führe die Flexibilisierung von Arbeitsprozessen (Ersetzung unbefristeter durch befristete Verträge, latente Leistungsbewertung, Wettbewerbsdenken innerhalb eines Unternehmens) zu einer permanenten Ungewissheit. Bauman drückt diese Wechselwirkung zwischen der Unsi-

cherheit des Menschen und dem Funktionieren des Marktes so aus:

„Der Markt gedeiht auf der Grundlage von Ungewißheit (auch Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung, Flexibilität etc. genannt), indem er selbst in wachsendem Maße Ungewißheit als seine Hauptnahrung reproduziert. Weit davon entfernt, der Ruin markttypischer Rationalität zu sein, stellt Ungewißheit vielmehr deren notwendige Bedingung und ihr unausweichliches Produkt dar. Die einzige Gleichheit, die der Markt befördert, ist ein gleicher oder annähernd gleicher Zustand existenzieller Ungewißheit für beide – die Sieger (die definitionsgemäß immer Sieger bis auf weiteres sind) wie die Besiegten“ (Bauman 2000: 51).

Nach dieser Lesart nimmt die staatliche Souveränität über die Kontrolle ökonomischer Prozesse immer mehr ab, sodass die Staaten nun mehr als „Moderatoren der nationalen Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb“ fungieren, da sie ihre makroökonomische Steuerungsfähigkeit weitgehend eingebüßt haben (Altvater/Mahnkopf 2002: 45). Problematisch ist diese Entwicklung dann, wenn man den Solidaritätsbegriff in seiner deskriptiven Bedeutung der arbeitsteilig entstehenden Interdependenz ausweitet und Solidarität normativ – so wie es auch bei Bauman anklingt – unter dem Aspekt von Hilfeleistungen zur Sicherung universeller Rechte

versteht. Denn auch die Sicherung von Menschenrechten ist untrennbar mit dem Begriff der politischen Ressource Solidarität verbunden; sie kann in dieser Hinsicht bisweilen gar als „Quelle des Rechtsfortschrittes“ (Bayertz 1996: 309f.) verstanden werden. Versteht man die Gewährleistung der elementaren Individualrechte also primär als Aufgabe der staatlichen Macht, birgt der Rückgang staatlichen Einflusses die Gefahr der Entsolidarisierung hinsichtlich eines fehlenden Garanten für die Sicherung der Menschenrechte, insbesondere für Gruppen, denen diese aus religiösen, ethischen oder politischen Gründen vorenthalten werden. Begleitet wird diese Form der „kulturellen Entsolidarisierung“ durch eine diskursive Skepsis gegenüber der normativen Wirkungskraft des Sozialstaats, an dessen Stelle das Recht des Stärkeren und Leistungsfähigeren gerückt ist (vgl. Anhut/Heitmeyer 2006: 145).

Wie aber begegnen Akteure diesen veränderten Strukturbedingungen im Hinblick auf die Notwendigkeit der Solidarität als Kategorie des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des sozialen Friedens?

Solidarität der Krise

Solidarität spielt für die soziale Integration in einer marktdominierten Gesellschaft eine wichtige Rolle, ist jedoch einer steigenden Erosionsgefahr ausgesetzt. Die Solidarität scheint in eine

Doch kann die Auflösung alter Formen der Solidarität auch einhergehen mit der Entstehung einer ... neuen Form der Solidarität, die als Solidarität der Krise bezeichnet werden kann.

32

Krise geraten zu sein. Doch kann die Auflösung alter Formen der Solidarität auch einhergehen mit der Entstehung einer spezifisch gearteten neuen Form der Solidarität, die als Solidarität der Krise bezeichnet werden kann. Die Bezeichnung Krise ist hierbei zwar zunächst problematisch, da die analytische Brauchbarkeit durch den inflationären Gebrauch des Begriffes in Zweifel gezogen werden muss (Luhmann 1981: 59). Mit Blick auf die oben von Baumann formulierte Gefahr einer existenziellen Ungewissheit gesellschaftlicher Individuen kann der Terminus *Krise* mit Jürgen Habermas als eine gesellschaftliche Zustandsbeschreibung verstanden werden, bei der „die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch *erfahren* und ihre soziale Identität bedroht fühlen“ (Habermas 1973: 12, Hervorhebung im Original). Hiervon ausgehend lässt sich nun auf verschiedenen Ebenen beobachten, wie der Erosion tradierter Solidaritätsnormen begegnet wird: In erster Linie geschieht

dies auf einer politisch-pragmatischen Ebene in Form der Entwicklung globalisierungskritischer Konzepte, die unter dem Begriff der „Solidarischen Ökonomie“ (Altvater/Sekler 2006) subsumiert werden. Gemeinsam ist den dort diskutierten Ansätzen, „dass diese ein ideelles und/oder materielles Gegenmodell zu einem neoliberalen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem entwerfen, in dem der Profitlogik idealtypisch andere Prinzipien des Wirtschaftens gegenübergestellt werden“ (Kerber-Clasen 2012: 283). Der Solidaritätsbegriff dient hierbei als Kontrastfolie zu den wahrgenommenen Werten der kapitalistischen Produktionsweise wie der „Sucht nach Erfolg“, die von Sighard Neckel (2010: 6) dem modernen Finanzmarktkapitalismus zugerechnet wird. Oder auch dem Druck der Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit, der von Hartmut Rosa (2009: 96f.) zum Sargnagel einer selbstbestimmten Lebensführung erklärt wird.

Der gemeinsame Ausgangspunkt der verschiedenen Ansätze einer Solidari-

schen Ökonomie (eine Übersicht findet sich bei Kerber-Clasen 2012) liegt also darin, dass Solidaritätsprinzip den Prinzipien von Äquivalenz und Reziprozität entgegenzustellen. In Anlehnung an die oben beschriebene Definition von Koch-Arzberger und Hondrich setzt diese Form der Solidarität gemäß Elmar Altvater ein kollektives Bewusstsein von Gemeinschaftlichkeit und innerer Verbundenheit voraus (vgl. Altvater 2006: 17), das auf pathologischen Entwicklungen des Sozialen basiert (vgl. dazu Honneth 1994). Attestiert man gesellschaftlichen Krisen im Zuge der Individualisierung von Lebenssphären jedoch die Tendenz zu einer fehlenden gemeinschaftlichen und einer zunehmenden individualpsychologischen Wahrnehmung, wie es von Ulrich Beck an prominenter Stelle beschrieben wurde (vgl. Beck 1983: 59), so steht diese Solidaritätsform vor neuen Problemen. Beck prognostiziert in seinem Aufsatz „Jenseits von Stand und Klasse“ daher die Entstehung einer neuen Form der Solidarität, die in ihrer Charakteristik an die *mechanische Solidarität* der segmentierten Gesellschaftsform erinnert:

„Damit folgt – Durkheim weitergedacht – auf die „organische Solidarität“ in einer dritten Phase wiederum eine neue Art „mechanischer Solidarität“: Auf dem Hintergrund fortgeschrittener Individualisierung kommt es erneut zu einer „unverbundenen Gleichartigkeit“ jetzt allerdings

in Gestalt einer unmittelbaren Subjektivierung gesellschaftlicher Krisen“ (Ebd.).

Hinsichtlich einer auf gesellschaftlichen Krisen beruhenden Solidaritätsform hat sich Becks Prognose aus den 1980er Jahren bestätigt. Die derzeit zu beobachtende Entwicklung wirtschaftlicher Organisationsformen, die auch Gegenstand der theoretischen Debatten zur Solidarischen Ökonomie sind, scheinen jedoch weniger auf dem Prinzip der „unverbundenen Gleichartigkeit“, sondern stattdessen auf einer neuen Art der „verbundenen Andersartigkeit“ zu basieren. Diese drückt sich dadurch aus, dass Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus zusammenkommen, um neue alternative Formen des solidarischen Wirtschaftens zu erproben. Betrachtet man beispielsweise die Entwicklung genossenschaftlicher Organisationsformen, so erlebt derzeit eine explizit dem Solidaritätsprinzip verpflichtete wirtschaftliche Akteurskonstellation eine Renaissance (vgl. Klemisch/Boddenberg 2012). Das genossenschaftliche Solidaritätsprinzip umfasst unter anderem „die Gleichheit der Mitglieder, unabhängig von der Höhe ihrer Kapitalbeteiligung“ (Klemisch/Vogt 2012: 24) und rekurriert somit auf das bisher angeführte Verständnis von Solidarität.

Nun ist der genossenschaftliche Wert der Solidarität nicht neu und findet auch nicht in jeder genossenschaftlichen Ausgestaltung von Organisationen eine

sozialreformerische Ausgestaltung der Verallgemeinerungsfähigkeit (vgl. Mersmann/Novy 1991: 29f.). Doch kann die Wiederentdeckung einer Wirtschaftsform, die das Prinzip der Solidarität höher stellt als das des *Shareholder-Value*, in Verbindung gebracht werden mit der Erosion von Solidaritätsnormen im Zuge der gesellschaftlichen Verallgemeinerung des marktförmigen Tausches (vgl. dazu grundlegend Polanyi 1995). In der genossenschaftlichen Praxis drückt sich solidarisches Handeln unter den Mitgliedern auf unterschiedlichen Ebenen aus: So unterstützen sich die Mitglieder finanziell beispielsweise durch die gemeinsame Nutzung und Investition in Autos, Büromaterialien und notwendigen Maschinen. Der genossenschaftliche Wert zeigt sich zudem in der sozialen Unterstützung in Form von Nachbarschaftshilfe, Wohnungstausch, der Vermittlung von Arbeitsplätzen und einer spezifisch solidarischen Genossenschaftskultur (vgl. Schröder 2014: 78f.). Hinzu kommt die gegenseitige fachliche Hilfe, die insbesondere bei kleineren Genossenschaften sehr ausgeprägt ist. Neben dieser Dimension der gegenseitigen Unterstützung steht bei Genossenschaften idealtypisch aber auch das Schaffen gemeinsamer Werte im Vordergrund. So verbinden sich wirtschaftliche und soziale Aspekte genossenschaftlicher Kooperationsformen und bilden eine spezifische Form der Solidarität.

Ähnlich geartete Formen solidarischen Handelns lassen sich auch im Konzept der „Solidarischen Landwirtschaft“ (SoLawi) finden. Hierbei handelt es sich um eine ursprünglich aus den USA stammende Idee (dort bekannt unter dem Label *Community Supported Agriculture, CSA*), bei der eine Gruppe von Menschen einem landwirtschaftlichen Betrieb gemeinsam nachgeht und sich die Ernte teilt. Die Mitglieder, die für ein ganzes Wirtschaftsjahr in Vorfinanzierung treten, geben dem Hof eine Abnahmegarantie, wodurch das Risiko von Ernteausfällen gemeinsam getragen wird (vgl. Wildt 2012: 57). Das Solidaritätsprinzip besteht somit zum einen zwischen den Hofbetreiber_innen und den Mitgliedern eines SoLawi-Betriebes und zum anderen zwischen den Mitgliedern untereinander. So arbeiten einige Höfe mit einem solidarischen Finanzierungsmodell. Dieses sieht vor, dass diejenigen mit einem geringeren Einkommen weniger Mitgliedsbeiträge zahlen müssen als Mitglieder mit einem höheren Einkommen (vgl. ebd.: 41). Diese Prinzipien, die in einer aktuell durchgeführten Studie von Studierenden der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main aus einer innovationssoziologischen Perspektive untersucht werden, zeigen, dass die Solidarische Landwirtschaft ein echtes Gegenmodell zur konventionellen Herstellung von landwirtschaftlichen Produkten darstellen kann. Diese Bewegung erlebt derzeit einen Gründungs-

boom. Denn obwohl bereits Ende der 1960er Jahre einige Initiativen für eine kollektiv getragene Landwirtschaft entstanden, fand das Konzept erst in den letzten drei Jahren gesellschaftlichen Anschluss. Waren es im Jahr 2012 noch 19 SoLawi-Höfe und elf Initiativen, so liegt die Anzahl der Höfe in Deutschland nach Angaben des „Netzwerkes Solidarische Landwirtschaft“ (<http://www.solidarische-landwirtschaft.org>) derzeit bei 42 bestehenden und weiteren 47 sich in der Initiierungsphase befindenden SoLawi-Projekten (Stand November 2013). Ähnlich, wie der Aufstieg der *Community Supported Agriculture* in den USA seit den 1970er Jahren in Verbindung mit der Wahrnehmung ökonomischer und ökologischer Krisen steht (DiVito Wilson 2013: 720), kann auch die Entwicklung der Solidarischen Landwirtschaft im Kontext von Krisenerfahrungen gesellschaftlicher Akteure betrachtet werden.

Sowohl die Mitglieder sozialreformerscher Genossenschaften, bei denen das Solidaritätskonzept von entscheidender Bedeutung ist, als auch die Aktiven der Solidarischen Landwirtschaft können die Charakteristik der *Solidarität der Krise* exemplarisch noch einmal verdeutlichen: Das von Beck genannte So-

Die Andersartigkeit besteht hierbei in der Devianz zur konventionell kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise.

lidaritätsmerkmal der „unverbundenen Gleichartigkeit“ basiert auf dem Gedanken, dass im Zuge der fortschreitenden Individualisierung Krisenerfahrungen als individuelle psychische Erscheinungen wahrgenommen werden. Die Menschen stehen trotz der Gleichartigkeit ihrer Probleme daher unverbunden nebeneinander. Die *Solidarität der Krise* drückt sich hingegen durch eine neue Art der Verbundenheit aus, die sich trotz der zugestandenen Heterogenität gesellschaftlicher Akteure aus dem gemeinsam geteilten Gefühl der Andersartigkeit speist. Die Andersartigkeit besteht hierbei in der Devianz zur konventionell kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise und kann als Konsequenz einer gemeinsam geteilten Erfahrung der fortschreitenden Erosion von Solidarität verstanden werden. So finden Menschen in der Abweichung vom Konkurrenzprinzip der liberalen Marktwirtschaft zurück zu einer gemeinsam geteilten Solidarität.

Aus soziologischer Sicht wäre es interessant, die Entwicklung der Solidarität der Krise theoretisch und empirisch weiter zu verfolgen. Bestehen weitere empirische Evidenzen für eine formveränderte Solidarität? Zu denken wäre zum Beispiel an solidarische Miethausyndikate oder gemeinschaftsgetragene Wis-

sensproduktion. In welchem Verhältnis steht die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten, wie lokale Parteiarbeit oder das Engagement in Nichtregierungsorganisationen zum skizzierten Verlust des Staates als solidaritätsstiftende Instanz? Haben solidarische Projekte dauerhaft die Chance, als soziale Innovationen Eingang in einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu finden und damit in eine Diskussion über die Erosion und Neuentstehung von Solidaritätsnormen zu treten? Möglichkeiten, die Solidarität im Kontext gesellschaftlicher Krisen zu analysieren, werden wohl weiterhin gegeben sein. Das Ausbleiben gesellschaftlicher Krisen ist schließlich kaum zu erwarten.

ZUM AUTOR

Moritz Boddenberg, 25, studiert Soziologie (Master) an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zu seinen wissenschaftlichen Interessengebieten zählen: Soziologie des Ökonomischen, Emotionssoziologie, Soziologische Theorie und Methodologie, Arbeitssoziologie, Innovations- und Genossenschaftsforschung.

LITERATUR

Akerlof, Georg A. (1970): The Market for "Lemons": Quality Uncertainty and the Market Mechanisms. In: *Quarterly Journal of Economics*, Jg. 84/3, S. 488–500.

Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2002): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Altwater, Elmar / Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): *Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac*. Hamburg: VSA.

Altwater, Elmar (2006): Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ? In: Altwater, Elmar / Sekler, Nicola (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac*. Hamburg: VSA, S. 9–21.

Anhut, Reimund / Heitmeyer, Wilhelm (2006): Folgen gesellschaftlicher Entsolidarisierung. In: Bremer, Helmut / Lange-Vester, Andrea (Hrsg.): *Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur*. Wiesbaden: VS., S. 141–165.

Bauman, Zygmunt (2000): *Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit*. Hamburg: Hamburger Edition.

Bayertz, Kurt (1996): Staat und Solidarität. In: ders. (Hrsg.): *Politik und Ethik*. Stuttgart: Reclam, S. 305–330.

Bayertz, Kurt (1998): Begriff und Problem der Solidarität. In: ders. (Hrsg.): *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 11–53.

Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, Rainard (Hrsg.): *Soziale Welt, Sonderband 2. Soziale Ungleichheit*, Göttingen: Schwartz, S. 35–74.

Beckert, Jens u.a. (Hrsg.) (2004): *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*. Frankfurt am Main: Campus.

Beckert, Jens (2007): *Die soziale Ordnung von Märkten*, MPIfG Discussion Paper 07/6, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Online verfügbar unter: www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp07-6.pdf (23.03.2014).

Berger, Johannes (2004): Expandierende Märkte, schrumpfende Solidarität? Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte. In: Beckert, Jens u.a. (Hrsg.): *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*. Frankfurt am Main: Campus, S. 246–262.

Bourdieu, Pierre (2002): Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft. Konstanz: UVK.

Dallinger, Ursula (2009): *Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative*

Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Wiesbaden: VS.

Deutschmann, Christoph (2007): Unsicherheit und soziale Einbettung: Konzeptionelle Probleme der Wirtschaftssoziologie. In: Beckert, Jens u.a. (Hrsg.): Märkte als soziale Strukturen. Frankfurt am Main: Campus, S. 79–94.

DiVito Wilson, Amanda (2013): Beyond Alternative. Exploring the Potential for Autonomous Food Spaces. In: Antipode, Jg. 45/3, S. 719–737.

Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzkapitalismus. In: Dörre, Klaus/ Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 21–86.

Durkheim, Émile (1992) [1893]: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Elias, Norbert (1997): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Band 2: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Amsterdam: Suhrkamp.

Esser, Hartmut (1993): Soziologie – Allgemeine Grundlagen. Frankfurt am Main: Campus.

Fiegle, Thomas (2002): Von der Solidarité zur Solidarität. Ein französisch-deutscher Begriffstransfer. Münster: Lit-Verlag.

Göbel, Andreas / Pankoke, Eckart (1998): Grenzen der Solidarität. Solidaritätsformeln und Solidaritätsformen im Wandel. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 463–494.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsproblem im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Honneth, Axel (1994): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie. Frankfurt am Main: Fischer.

Kerber-Clasen, Stefan (2012): Produktivgenossenschaften und solidarische Ökonomie als Forschungs- und Praxisfeld. WSI-Mitteilungen, Jg. 65/4, S. 281–288.

Khushf, Georges (1998): Solidarität als moralischer und als politischer Begriff. Jenseits der Sackgasse von Liberalismus und Kommunitarismus. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Begriff und Problem der Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 111–145.

Kiss, Gabor (1977): Einführung in die soziologischen Theorien II. Vergleichende Analyse soziologischer Hauptrichtungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Klemisch, Herbert / Boddenberg, Moritz (2012): Zur Lage der Genossenschaften – Renaissance oder Wundschmerzen? In: WSI-Mitteilungen 8/2012, S. 570–580.

Klemisch, Herbert / Vogt, Walter (2012): Genossenschaften und ihre Potenziale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise. WISO-Diskurs Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Koch-Arzberger, Claudia / Hondrich, Karl-Otto (1992): Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Fischer.

Kraiß, Katharina / van Elsen, Thomas (2008): Community Supported Agriculture (CSA) in Deutschland – Konzept, Verbreitung und Perspektiven von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgemeinschaften. In: Lebendige Erde, Jg. 15/2, S. 44–47.

Lindenberg, Siegwart (1998): The Microfoundations and Macropence. A Framing Approach, in: Dorain, Patric/Fararo, Thomas (Hg.): The Problem of Solidarity. Theories and Models. New York: Gordon and Breach, S. 61–112.

Lohmann, Karl Reinhard (1998): Konkurrenz und Solidarität. Rationale Entscheidungen in den Grenzen sozialer Strukturen. Frankfurt am Main: Campus.

Luhmann, Niklas (1981): Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München: Olzog.

Luhmann, Niklas (1984): Die Differenzierung von Interaktion und Gesellschaft. Probleme der sozialen Solidarität. In: Kopp, Robert (Hrsg.): Solidarität in der Welt der 80er Jahre. Leistungsgesellschaft und Sozialstaat. Basel: Helbing & Lichtenhahn, S. 79–96.

Luhmann, Niklas (1987): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1992): Arbeitsteilung und Moral. Durkheims Theorie. In: Durkheim, Émile [1893]: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 19–38.

Mersmann, Arno / Novy, Klaus (1991): Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinwirtschaft. Hat eine Ökonomie der Solidarität eine Chance? Köln: Bund.

Metz, Karl-Heinz (1998): Solidarität und Geschichte. Institutionen und sozialer Begriff der Solidarität

in Westeuropa im 19. Jahrhundert, in: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Begriff und Problem der Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 172–194.

Münch, Richard (1988): Theorie des Handelns. Zur Rekonstruktion der Beiträge von Talcott Parsons, Emile Durkheim und Max Weber. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Neckel, Sighard (2010): Refeudalisierung der Ökonomie: Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. MPIfG Working Paper 10/6. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Nietzsche, Friedrich (1954): Also sprach Zarathustra: ein Buch für Alle und Keinen. Frankfurt am Main: Fischer.

Parsons, Talcott (1951): The Social System. New York: Macmillan.

Plessner, Helmut (2002) [1924]: Grenzen der Gemeinschaft: eine Kritik des sozialen Radikalismus. In: Dux, Günter u.a. (Hrsg.): Macht und menschliche Natur. Helmut Plessner Gesammelte Schriften, Band 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Polanyi, Karl (1995) [1944]: The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, übersetzt von Heinrich Jelinek. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Preuß, Ulrich K. (1998): Nationale, supranationale und internationale Solidarität. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 399–410.

Priddat, Birger P. (2005): Strukturierter Individualismus. Institutionen als ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis.

Rosa, Hartmut (2009): Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik. In: Dörre, Klaus/Stephan, Lessenich/Rosa, Hartmut (Hrsg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 87–125.

Schmelter, Jürgen (1991): Solidarität: Die Entwicklungsgeschichte eines sozialetischen Schlüsselbegriffes. München.

Schröder, Carolin (2014): Neue Formen städtischer Solidarität: Das Beispiel Genossenschaften. In: Schröder, Carolin/Walk, Heike (Hrsg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte. Wiesbaden: Springer VS, S. 73–91.

Schumpeter, Joseph A. (1946): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: UTB.

Simmel, Georg (1989) [1907]: Philosophie des Geldes. In: Frispy, David P./Köhnke, Klaus Christian (Hrsg.): Georg Simmel Gesamtausgabe, Band 6: Philosophie des Geldes. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Simmel, Georg (1992) [1908]: Soziologie. Über die Formen der Vergesellschaftung. In: Rammstedt, Otthein (Hrsg.): Georg Simmel Gesamtausgabe, Band 11: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 652–670.

Smith, Adam (2009) [1776]: Wohlstand der Nationen, Köln.

Tönnies, Ferdinand (2005) [1887]: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Wildt, Stephanie (2012): Sich die Ernte teilen. Einführung in die Solidarische Landwirtschaft. Heimsheim: Satzweiss.

Wildt, Andreas (1998): Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Begriff und Problem der Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 202–216.

Zoll, Rainer (2000): Was ist Solidarität heute? Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zürchner, Markus Daniel (1998): Solidarität, Anerkennung und Gemeinschaft. Zur Phänomenologie, Theorie und Kritik der Solidarität. Tübingen: Francke.

Feature E-Journal

Die im folgenden mit römischen Ziffern gekennzeichneten Artikel und Bildbeiträge sind als FEATURE nur in diesem E-Journal veröffentlicht, nicht im gedruckten Magazin. Zitate sollten folglich den Hinweis auf dieses Format beinhalten.

Besucht zum Thema auch unseren →Blog!

> Soziologieblog /Artikel /Kategorie: **Krisen, Umbrüche und Wandel**

- Krisen – Eine Sammelrezension von Henning Tümmers | *Posted on 06/10/2013*
- Kultur der Ökonomie. Materialisierungen und Performanzen des Wirtschaftlichen in kulturwissenschaftlicher Perspektive – Ein Tagungsbericht von Silke Meyer | *Posted on 18/09/2013*
- Vom Buchdruck zum Social Web: Medien zwischen Subversion und Reproduktion – Von Benjamin Köhler | *Posted on 18/07/2013*
- Ostdeutschland: Blockierter Umbruch? – Von Benjamin Köhler | *Posted on 15/07/2013*
- Die Ausgrenzung Jugendlicher maghrebinischer Herkunft im urbanen Raum Frankreichs – Von Von Nadja Boufeljah | *Posted on 08/07/2013*

Entdeckt unseren YouTube-Channel!

→ YouTube

IN KÜRZE: Zum 150. Geburtstag von Max Weber

- Interview mit Prof. Dr. Dr. Wolfgang Schluchter (Uni Heidelberg)

außerdem:

- Prof. Dr. Michael Hartmann im Interview (16.11.2013)

- Soziologische Theorien der Gegenwart und Zeitdiagnosen (16.06.2013)

Die Vorlesung aus dem SoSe 2009 an der TU Berlin stellen wir euch mit freundlicher Genehmigung von Prof. Dr. Hubert Knoblauch (TU Berlin) als Podcast zur Verfügung.

Oder nutzt unsere Apps!

→ iTunes

→ Google play

kostenlos für Tablets und Smartphones

Ausgabe 1/2014 zum Download bereit ab 30.04.2014

Krise des Selbst

Wie sich die Ökonomisierung in jeden Einzelnen einschreibt

von Britta Lammers

abstract

Aktuelle Krisensymptome lassen sich derzeit nicht einzig auf der Ebene von Politik und Gesellschaft ausmachen, sondern manifestieren sich mit ebenso großer Wirkmacht auf der Ebene des Selbst. Als ein bedeutender Faktor für die angenommene Krise des Selbst, die ihr Sinnbild in der Zunahme psychischer Erkrankungen wie der Depression findet, wird die Infiltrierung des Einzelnen durch die mittlerweile nicht mehr allein im Erwerbsleben vorherrschende Wettbewerbs- und Konkurrenzlogik eines zugespitzten Kapitalismus mitverantwortlich gemacht. Dabei verkörpert der Kreativunternehmer in besonderer Weise die anzustrebende Subjektform unserer Zeit, wobei in diesem ‚Ideal-Ich‘ mannigfaltige Paradoxien angelegt sind, sodass es dem Einzelnen schwer fällt, vor dem Hintergrund der hohen Anforderungen eine kohärente Vorstellung von der eigenen Person zu entwickeln sowie Räume der Selbstwirksamkeit, Entschleunigung und Resonanz zu behaupten. Dennoch könnte der Krise, trotz oder gerade wegen dieser pessimistischen Zeitdiagnose, die Chance zur Veränderung innewohnen, wenn neue Wege der Unabhängigkeit vom Wachstumsparadigma erprobt würden.

Müde, leer, schwermütig, erschöpft, apathisch, überfordert, antriebslos – diese Reihung von Adjektiven beschreibt eine rapide zunehmende, geradezu inflationär diagnostizierte (Mode-)Erkrankung, die wie keine andere symptomatisch für die Paradoxien unserer Zeit steht: die Depression. Auch wenn das heutige Individuum sich darüber glücklich schätzt, aus den traditionellen, einengenden Wertekorsetts und Abhängigkeiten befreit zu sein und über das Recht verfügt, sich sein Leben – einschließlich Beruf, Partner oder sogar Lebensform – selbst

zu wählen, bezahlt es für diese spätestens seit Ende der 1960er Jahre erkämpfte Emanzipation einen hohen Preis (vgl. Ehrenberg 2008: 19). Lag der Zweck des Daseins zu jener Zeit vornehmlich darin begründet, ‚sich selbst zu erfahren‘, wird dem Selbst seit etwa der Jahrtausendwende die Aufgabe angelastet, ‚sich selbst zu erschaffen‘. Das Selbst ist nun machbar, egal ob im Fitnessstudio, beim Schönheitschirurgen oder beim ‚lebenslangen Lernen‘. Parallel zu dieser Entwicklung nehmen psychische Störungen wie Selbstverletzungen, Depressionen,

Die aufregende Freiheit, im Leben jedes nur denkbare Ziel verfolgen zu können, trifft in der Spätmoderne auf die verwirrende Unsicherheit darüber, welches der möglichen Ziele es überhaupt wert ist, verfolgt zu werden.

Ess- und Persönlichkeitsstörungen dramatisch zu (vgl. Verhaeghe 2013: 74). Kein Zufall, so die Hypothese dieses Artikels, denn die Verpflichtung, man selbst zu werden, erwächst nicht zuletzt aus der krisenhaften Zuspitzung einer Form des Kapitalismus, die Konkurrenz und Wettbewerb zum Leitziel nicht allein im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich erhebt. Die Verantwortung für das eigene Leben liegt in der individualistischen Gesellschaft allein in uns selbst und der Depressive scheint an eben jener Verantwortung gänzlich gescheitert zu sein (vgl. Ehrenberg 2008: 15). Als positiver Gegenentwurf steht dem Depressiven die Subjektform des Kreativ-Unternehmers gegenüber, der wie kein anderer die spätmodernen Anforderungen des Erwerbsleben zu meistern vermag und sich selbst als nie enden wollendes, zu optimierendes Projekt begreift (vgl. Sennett 1998: 57). Die kaum erfüllbaren, widersprüchlichen Erwartungen offen zu legen, die heute an das Subjekt in der Spätmoderne und insbesondere das ‚Ideal-Ich‘ des Kreativ-Unternehmers gerichtet werden, ist

das Ziel dieses Beitrags. Ob dieser Krise des Selbst auch ein positives Momentum respektive eine Chance innewohnt, ist eine Frage, der abschließend nachgegangen werden soll.

Verunsicherung total? Leben in der Spätmoderne

Die aufregende Freiheit, im Leben jedes nur denkbare Ziel verfolgen zu können, trifft in der Spätmoderne auf die verwirrende Unsicherheit darüber, welches der möglichen Ziele es überhaupt wert ist, verfolgt zu werden (vgl. Bauman 1995: 5). Zugegeben, die angesprochene Freiheit wird in erster Linie denen zu Teil, die sich nicht direkt von existenziellen Bedrängnissen bedroht sehen. Doch das allseits empfundene Unbehagen an den herrschenden Zuständen ist nicht nur ein schichtspezifisches Phänomen, sondern lässt sich ursächlich unter anderem auf folgenden ‚Januskopf‘ des sozialen Wandels zurückführen: Litt man in der Moderne an der diffusen Empfindung eines Mangels an Freiheit bei gleichzeitigem Übermaß an Ordnung, tauschten die ‚Kinder der Spätmoderne‘ diese der

III

Ordnung geschuldete Sicherheit gegen eine Freiheit ein (vgl. ebd.: 11), die paradoxerweise nicht gleichbedeutend mit einem gefühlten Mehr an Einfluss auf die Welt einherging. Was fehlt, ist das Gefühl, das im Bourdieuschen Sinne aufgezwungene ‚Spiel‘ und die diesem zugrunde liegenden ‚Spielregeln‘ tatsächlich beeinflussen zu können (vgl. Bauman 2007: 109).

Doch die simple Feststellung, einzig die vermeintlich überbordende Freiheit bereite dem so ständig vor die Wahl gestellten Subjekt unserer Zeit Schwierigkeiten, griffe zu kurz. Ein Blick zurück erhellt die Problematik: Alle Versuche, mittels der Rechtfertigung durch Ideologie ein Gesellschaftsideal in die Realität zu überführen, endeten im 20. Jahrhundert in einem Desaster, wie der Nationalsozialismus und der real existierende Kommunismus auf schaurige Weise vorführten. Statt sich weiter daran zu versuchen, die Gesellschaft zu formen, wurden die Anstrengungen in das Individuum verlagert, welches sich nun selbst zu erschaffen hatte (vgl. Verhaeghe 2013: 73). Die durch die Unbestimmtheiten der Spätmoderne entstehende ‚Sinnelücke‘ nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz seit 1989 wurde sodann von einem neoliberalen Paradigma gefüllt, dem der Individualisierungsschub gerade recht kam. Es folgte eine Zuspitzung der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsform, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu Transformationskrisen

auf der Ebene von Politik, Gesellschaft, aber auch und vor allem der Subjekte selbst führte (vgl. Demirović u.a. 2011: 8). Letztere sind in einer Zeit, die das Kollektive nicht länger kennt und der Individualisierung frönt, auf sich selbst zurückgeworfen (Bourdieu 1998: 112): „Und jeder weiß, daß dieses *Selbst* wenig ist.“ (Lyotard 1986: 54, Hervorhebung im Original)

Markt wohin man sieht. Die Allgegenwärtigkeit des Unternehmerischen

Seine enorme Kraft bezieht der Neoliberalismus zuvorderst aus seiner Ubiquität; soll heißen: Die Ökonomisierung und Übertragung des ‚Kosten-Nutzen-Kalküls‘ beschränkt sich keineswegs auf Staat und Wirtschaft, sondern infiltriert alle erdenklichen Lebensbereiche, die sich nach den Prinzipien betriebswirtschaftlicher Effizienz und Konkurrenz restrukturieren lassen (vgl. Butterwegge 2010: 236). In der Folge finden sich die Subjekte in einer „Winner-take-all-Gesellschaft“ (ebd.) wieder, in der nicht nur die Maximen der Individualisierung und der Flexibilisierung die Beschäftigungsverhältnisse dominieren, sondern auch private Beziehungen mitunter zum Tauschverhältnis degradiert werden. Das somit vorrangig dem Eigennutz verpflichtete Wesen muss erst selbst zur Ware werden, um in der Konsumgesellschaft bestehen zu können und trägt folglich auch im Sinne ‚individueller Le-

Das somit vorrangig dem Eigennutz verpflichtete Wesen muss erst selbst zur Ware werden, um in der Konsumgesellschaft bestehen zu können und trägt folglich auch im Sinne ‚individueller Lebenspolitik‘ das Risiko für seine lediglich scheinbar frei getroffenen Entscheidungen.

benspolitik‘ das Risiko für seine lediglich scheinbar frei getroffenen Entscheidungen (vgl. Junge 2006: 110).

Das Selbst wird zum *unternehmerischen Selbst*, in das sich die Wettbewerbslogik eingeschrieben hat. Nicht nur Güter und Ressourcen, selbst Anerkennung, Freunde oder Lebenspartner_innen werden nach der Logik der Konkurrenz verteilt. Und so gilt es stets, etwas mehr Energie zu investieren als der Nebenbuhler – eine Entwicklung, die sich insbesondere am Beispiel der Erziehungspraktiken oder auch der Arbeit am eigenen Körper nachvollziehen lässt (vgl. Rosa 2014: 66). Es entgeht kaum eine Regung „dem Gebot der permanenten Selbstverbesserung im Zeichen des Marktes. Keine Lebensäußerung, deren Nutzen nicht maximiert, keine Entscheidung, die nicht optimiert, kein Begehren, das nicht kommodifiziert werden könnte. [...] Und jeder Misserfolg belegt nur, dass man sich cleverer hätte anstellen können“ (Bröckling 2007: 283).

Zugegeben, die von Ulrich Bröckling als *unternehmerisches Selbst* titulierte Subjektform existiert wohl kaum in Rein-

form, sondern wirkt eher als Realfiktion und Als-Ob: „Ein unternehmerisches Selbst ist man nicht, man soll es werden.“ (ebd.: 47). Für die damit verbundene Ausrichtung der Individuen an den Maximen unternehmerischen Handelns lässt sich allerdings nicht alleinig das ‚Schreckgespenst‘ des Neoliberalismus verantwortlich machen. Hegemoniale Kraft konnte diese Subjektform nur entfalten, da sie an die Wünsche der Menschen nach stärker eigens bestimmter Arbeit, Autonomie und Selbstverwirklichung anschließt (vgl. ebd.: 58) – und dennoch hadern viele mit den unerfüllbaren Anforderungen, die die Prozesse der Ökonomisierung und Ästhetisierung des *spätmodernen Selbst* an sie stellen (vgl. Reckwitz 2010a: 126).

Die Kehrseite: Das depressive Selbst

Wer sich dem spätmodernen Subjektmodell annähern will, versucht es am besten über seine Kehrseite, dem *depressiven Selbst*, welches als konstruierter ‚kultureller Anderer‘ der Unternehmertum und Kreativität vereinenden hegemonialen

v

Subjektform diametral gegenübersteht (vgl. Lemke u.a. 2000: 30). Bemüht man sich, dem ‚Ideal-Ich‘ ein wenig näher zu kommen, tut man gut daran, das eigene Selbst als Projekt zu denken, an dem es beständig zu arbeiten gilt; denn im Bereich von Rationalität, Emotionen, intimen Beziehungen oder gar dem Verhältnis zum eigenen Körper lassen sich stets noch Optimierungen vornehmen (vgl. Bröckling 2007: 278f.). Der Einzelne gerät hierbei in ein Verhältnis zu sich selbst, für das der Begriff *Patchworkidentität* noch euphemistisch anmutet: Das kaleidoskopische ‚Projekt Ich‘ muss ein höchst fluides, plurales Ego aushalten, um sich selbst als individuelle ‚Marke‘ auf dem Basar von Arbeit, Freundschaft oder Partnerschaft erfolgreich anbieten zu können (vgl. Reckwitz 2010b: 132). Flexibilität bedeutet in diesem Sinne, sich ständig neuen Umständen anpassen zu können, ohne dabei gebrochen zu werden (vgl. Sennett 1998: 57).

Als Unternehmer des eigenen Lebens gehen ökonomischer Erfolg und Selbstverwirklichung Hand in Hand: Das aktive Subjekt übernimmt die Verantwortung für sein Leben, trägt die Risiken selbst, maximiert die Arbeitskraft ebenso wie das eigene Selbstwertgefühl und die Gesundheit (vgl. Bröckling 2007: 61). Was in der Arbeitswelt mithilfe von flachen Hierarchien, internen Wettbewerbsstrukturen und Anreizen für risikoreiches Handeln eingeübt wird, kann auf andere Lebensbereiche ausgeweitet

werden, sodass die „Parallelisierung von Individuum und Unternehmen“ (ebd.: 66) keinen Halt an den Toren zu Feierabend und Privatsphäre macht. Individualität gereicht dem *Ich-Unternehmer* zum Wettbewerbsvorteil, da die Identifikation mit sich selbst als Ware den Zwang zur Unterscheidung stets mit sich bringt (vgl. ebd.: 68). Hat man sich selbst und seine Biografie dann erst einmal eingehend optimiert, geht dem Individuum auf, dass der Zustand dauerhafter Überforderung den unliebsamen Begleiter des unternehmerischen Selbst nicht vergessen macht: „Die dauernde Angst, nicht genug oder nicht das Richtige getan zu haben, und das unabstellbare Gefühl des Ungenügens [...]. Keine noch so große Anstrengung gewährt Sicherheit, doch wer es an Härte gegenüber sich selbst mangeln lässt, dem ist das Scheitern gewiss.“ (ebd.: 74).

Vom Laufen im Hamsterrad

Als Maßstab im allgegenwärtigen Wettbewerb gilt Leistung, definiert als „Arbeit pro Zeiteinheit“ (Rosa 2012: 54). So verwundert es kaum, dass sich unter dem Eindruck einer nie schlafenden Konkurrenz auch unser Zeitgefühl grundlegend wandelt. Hartmut Rosa wähnt den heutigen Menschen entsprechend im Hamsterrad gefangen. Unter dem Eindruck, immer noch schneller rennen zu müssen, um nicht abgehängt zu werden, wird ‚der Schnellste sein‘ zum unfreiwilligen Selbstzweck erhoben (vgl. ebd.: 49).

Das Subjekt sucht nach Möglichkeiten ästhetischer Erfahrung und authentischer Entfaltung im Sinne eines ‚Künstlerideals‘, das sich von der Bürokratie, der sozialen Statussicherung und der Routine der Angestelltenkultur abgrenzt – eben authentisch sein will.

Krank macht dabei nicht unbedingt das Zuviel an Arbeit, sondern in erster Linie das Fehlen jeglicher Zielhorizonte. Wozu stetig beschleunigen, wachsen, innovieren, wenn eine Verbesserung der Lebensqualität doch ausbleibt? Depression oder Burnout sind dieser Lesart gemäß als eine Extremform der Entfremdung zu verstehen, bei der die Arbeit oder das Leben ‚nichts zurückgeben‘, die ‚Resonanz‘ beziehungsweise die Anerkennung versagt bleiben. Wenn Erfolge nicht mehr genossen werden können, sondern nur als Zwischenstufe erscheinen, auf der man nicht verharren darf; sobald persönliche Beziehungen nicht mehr gepflegt werden können oder instrumentalisiert werden und man kaum noch Räume vorfindet, wo man sich bedingungs- und vorbehaltlos als Selbst angenommen fühlt, schlittert die Selbst- und Weltentfremdung immer öfter in die psychische Störung (vgl. Rosa 2014: 67f.).

Unternehmer trifft Künstlertum: Das Ideal der Kreativität

In der postfordistischen, projekt- und teamförmig organisierten Arbeitskultur würde das ausschließlich rational

und zweckgerichtet agierende Subjekt allerdings wie eine ‚arme Krämerseele‘ wirken, weshalb das *unternehmerische* mit dem *kreativen Subjekt* eine Liaison eingeht (vgl. Reckwitz 2010b: 500). Das Subjekt sucht nach Möglichkeiten ästhetischer Erfahrung und authentischer Entfaltung im Sinne eines ‚Künstlerideals‘, das sich von der Bürokratie, der sozialen Statussicherung und der Routine der Angestelltenkultur abgrenzt – eben authentisch sein will (vgl. ebd.: 504). Nonkonformistisch, dynamisch und intrinsisch motiviert durch die individuelle Herausforderung, kreierte das Kreativsubjekt beständig Neuartiges und strahlt dabei idealerweise eher Jugendlichkeit denn Seriosität aus (vgl. ebd.: 508), sodass gilt: „Der Unternehmer ist kreativ, und der Kreative ist Unternehmer.“ (ebd.: 516f.).

Dieses Ideal des *Kreativunternehmers* büßt seine Wirkmacht außerhalb der Arbeitswelt kaum ein: Marktalog werden Menschen für persönliche Beziehungen wie Freundschaft oder Partnerschaft mit kalkulatorischem Blick ‚gewählt‘, weil man möglichst sicher gehen möchte, dass sich im gemeinsamen Kontakt die

Verwirklichung des Selbst voranbringen lässt und sich die Erlebnis- und Erfahrungsmöglichkeiten in der Gemeinsamkeit potenzieren (vgl. ebd.: 528). Wer sich demgegenüber zur Expressivität unfähig zeigt, nicht gern kommuniziert, einengt, emotions-, lust- und wenig experimentierfreudig wirkt, taugt wenig als Knotenpunkt eines Netzwerkes und muss sich mit sozialer Isolation abfinden (vgl. ebd.: 529). Um sicherzustellen, dass das Gegenüber die eigene Attraktivität und Popularität auch wahrnimmt, tut man stattdessen gut daran, einen individualästhetischen Konsumstil zu pflegen, für die ‚Fitness‘ des eigenen Körpers Sorge zu tragen und den Anschluss an digitale Technologien nicht zu verpassen (vgl. ebd.: 555).

Künstler und Unternehmer: Kann das gut gehen?

Wenig überraschend, dass sich die Beziehung zwischen Künstler und Unternehmer im Subjekt eher spannungsreich als harmonisch darstellt: Allein der Widerspruch zwischen dem Ästhetischen, Expressiven, Authentischen und der Innengewandtheit des Künstlers auf der einen Seite sowie der Kontingenz, Selbstoptimierung, Zweckrationalität und der Außenorientierung des Unternehmers auf der anderen Seite kann kaum zur Vorstellung eines kohärenten Selbst geschweige denn zu einem Gefühl von Selbstwirksamkeit beitragen (vgl. ebd.: 610). Letztere ist dem Selbst auf dem

Weg vom Konsumenten zum Käufer abhandengekommen, da zwar möglichst viele Waren und Erlebnisse in das Leben integriert werden, allzu oft aber die Zeit oder die Fähigkeit zum Genuss des Konsums fehlen.

Krise: Anlass und Chance zur Veränderung

In der so beschriebenen ‚Krise‘ steuert das Selbst, gemäß des griechischen Wortsprungs *krísis*, auf eine entscheidende Wendung zu, die sich massiven Störungen, Spannungen und Widersprüchen innerhalb der sozialen Ordnung verdankt (vgl. Dreher 2005: 497). In genau diesem Moment der Wendung liegt zugleich die der Krise inhärente Chance: In Zeiten der Stabilität und des Stillstandes vermag der Diskurs eindeutig zu regeln, was als das Denkbare, Sagbare, Machbare gilt (vgl. Landwehr 2009: 21). Eben dieses kann jedoch während einer Krise auf den Prüfstand gestellt und gänzlich neu verhandelt werden. Was bis dato als selbstverständlich, geradezu naturwüchsig erschien, offenbart nun seine soziale ‚Gemachtheit‘ und zeigt sich als das Ergebnis menschlicher Handlungen. Gerade noch unangefochtene Glaubenssätze, wie etwa die neoliberale Denkungsart, werden dementsprechend im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder diskutabel, ohne dass sich der Infragestellende einem ideologischen Generalverdacht ausgesetzt sieht (vgl. Hedtke 2010: 2). Die Lust an der Kritik kann sich

entfalten; die Fähigkeit, in Alternativen zu denken und Utopien zu entwickeln, kann erprobt werden – nicht die schlechteste Aussicht mit Blick auf die Zukunft. Ein so oder so ähnliches Nachdenken über Möglichkeiten zur Entschleunigung, einen größeren Raum für Resonanz- und Selbstwirksamkeitserfahrung sowie Denkanstrengungen zur Dekonstruktion eines Mythos des Wachstums als dem zivilisatorischen Projekt der Moderne (vgl. Welzer 2013: 35), könnte dem Selbst einen Teil der Verfügungsmacht über sich zurückgeben.

Subjektkritik ist Gesellschaftskritik

Von Nöten wäre alsdann der Wiedererwerb eines Gleichgewichts zwischen den Polen Individuum und Kollektiv. Die Erkenntnis, dass der Einzelne durchaus für sein Schicksal verantwortlich und haftbar zu machen ist, aber eben nicht nur (!), wie uns der Neoliberalismus fälschlicherweise glauben machen will, würde zur gelebten Einsicht. Demgemäß müsste Widerstand und Protest zum einen in der Sphäre des Privaten artikuliert werden, zum anderen hätte er ebenso Öffentlichkeit und damit Politik zu adressieren, gemäß dem Credo: Subjektkritik ist Gesellschaftskritik und Gesellschaftskritik ist Subjektkritik. In der Folge würde dem Selbst eine Bürde genommen: Nicht mehr das Ich allein ist mit vollem ‚unternehmerischen Risiko‘ für seine ‚Ich-AG‘ verantwortlich, sondern kann die gesellschaftlichen Be-

dingungsfaktoren, die ein Glücken oder Scheitern des gewählten Lebensentwurfs wahrscheinlicher machen, benennen, kritisieren und beeinflussen.

Derweil mehrten sich erste, zaghafte Anzeichen dafür, dass insbesondere jüngere Menschen nicht willens sind, sich mit der *Krise des Selbst* als einem Dauerzustand abzufinden. Die Generation der zwischen 1980 und 1995 Geborenen wird medial bereits *Generation Y* (why) getauft: Sinn, Selbstverwirklichung, Zeit für Familie und Freunde stehen bei diesen derzeitigen und künftigen Arbeitnehmer_innen auf der Prioritätenliste bei der Jobwahl weit höher als monetäre Entlohnung oder altgediente Statussymbole wie etwa der Dienstwagen. In die Hände spielen könnte dieser Kohorte der demografische Wandel (vgl. Bund 2014). Diese demografische Trumpfkarte auszuspielen wäre ein erster Schritt zur Eindämmung der *Krise des Selbst* – man darf gespannt sein, ob weitere folgen.

ZUR AUTORIN

Britta Lammers, 26, studiert Germanistik und Politik-Wirtschaft (Master) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Zu ihren wissenschaftlichen Interessengebieten zählen: Kritische politische Bildung, Kulturwissenschaften, Qualitative Sozialforschung, Gouvernementalitätsstudien.

LITERATUR

Bauman, Zygmunt (1995): Ansichten der Postmoderne, Hamburg: Argument.

Bauman, Zygmunt (2007): Leben in der Flüchtigen Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz: UVK.

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bund, Kerstin (2014): Wir sind jung... In: Zeit-Online vom 10. März 2014. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2014/10/generation-y-glueck-geld> (25.03.2014).

Butterwegge, Christoph (2010): Globalisierung, Migration und Integration. In: Breyvogel, Wilfried (Hrsg.): Wie aus Kindern Risikoschüler werden. Fallstudien zu den Ursachen von Bildungsarmut, Frankfurt am Main: Brandes & Apse, S. 235–253.

Demirović, Alex u.a. (2011): Vorwort. In: Demirović, Alex u.a. (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, S. 7–11.

Dreher, Sabine (2005): Krise. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München: Beck, S. 497.

Ehrenberg, Alain (2008): Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hedtke, Reinhold (2010): Editorial: Financial, Economic and Political Crises – Carrying Social Science Education on as Before? In: Journal of Social Science Education, Jg. 9/1, S. 2–4.

Junge, Matthias (2006): Zygmunt Bauman. Soziologie zwischen Moderne und Flüchtiger Moderne. Eine Einführung, Wiesbaden: VS.

Landwehr, Achim (2009): Historische Diskursanalyse, Frankfurt am Main: Campus.

Lemke, Thomas / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7–41.

Lyotard, Jean-François (1986): Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, Wien: Böhlau.

Paech, Niko (2013): Lob der Reduktion. Maßvolle Lebensstile. In: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hrsg.): Vom rechten Maß. Suffizienz als Schlüssel zu mehr Lebensglück und Umweltschutz, München: oekom, S. 16–24.

Paech, Niko (2014): »Suffizienz und Subsistenz: Therapievorschläge zur Überwindung der Wachstumsdiktatur«. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (Hrsg.): Zeitwohlstand – Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben, München: oekom, S. 40–52.

Reckwitz, Andreas (2010a): Subjekt, Bielefeld: transcript.

Reckwitz, Andreas (2010b): Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne, Weilerswist: Velbrück.

Rosa, Hartmut (2012): Was heißt und zu welchem Ende sollen wir entschleunigen? In: Fischer, Ernst Peter/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Dimensionen der Zeit. Die Entschleunigung unseres Lebens, Frankfurt am Main: Fischer, S. 35–68.

Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin: Berlin.

Verhaeghe, Paul (2013): Und ich? Identität in einer durchkonomisierten Gesellschaft, München: Antje Kunstmann.

Welzer, Harald (2013): Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt. In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft, Frankfurt am Main: Fischer, S. 35–60.

Krisen verstehen



Die mit dem Stichwort Multikulturalismus verbundenen Konzepte lösen heute vielfach Unbehagen in der politischen Theorie wie in der breiten Öffentlichkeit aus. Vor diesem Hintergrund zeichnet Volker M. Heins, der viele Jahre in Nordamerika gelebt hat, Fortschritte und Rückschläge in der Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt nach. Dabei zeigt er, dass der Streit um den Multikulturalismus – um religiöse Symbole, Sprachkompetenz von Migranten, Chancen auf dem Arbeitsmarkt – grundlegende Fragen von Identität, Differenz und Solidarität berührt, die weder im Nationalstaat noch im vereinten Europa gelöst worden sind.

2013. 205 Seiten. € 19,90



Warum ist Krieg für uns heute ein schrecken-erregendes Übel, während er die längste Zeit der Geschichte als ehrenvolle Tätigkeit galt? Wie beginnen Kriege und wie enden sie? Welche Rolle spielen ökonomische und religiöse Triebkräfte? Wie stehen Kämpfer und Zivilisten zueinander? Die Leistungsfähigkeit soziologischer Theorie erweist sich an der systematischen Beantwortung solcher Fragen. Mithilfe der soziologischen Gesellschaftstheorie analysiert Barbara Kuchler die Tiefenstruktur von Kriegen und liefert damit einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Debatte über »alte« und »neue«, reguläre und irreguläre Kriege.

2013. 413 Seiten. € 29,90

Lernen aus Krisen?

Eine Fallstudie der EHEC-Epidemie in Deutschland

von Franziska Engels

abstract

In Krisen werden bestehende institutionelle Arrangements, Machtgefüge sowie Problemdeutungen hinterfragt und Entscheidungsträger_innen geraten unter Zeit-, Handlungs- und Legitimationsdruck. Vor dem empirischen Hintergrund der EHEC-Epidemie in Deutschland werden Möglichkeiten und Grenzen institutionellen Wandels durch Krisenerfahrungen untersucht. Der Fall stellt die (Veränderungs-)Macht von Krisen infrage. Eine zentrale Konfliktarena im Politikfeld Verbraucherschutz kann nämlich nicht von den politischen Entscheidungsträger_innen gelöst werden. Vielmehr wird ein Lernen, trotz Vorliegen spezifischer Krisenbedingungen, von bestehenden institutionellen Strukturen gehemmt. Die Entscheidung über die Institutionalisierung der Krisen-Task-Force folgt somit der begrenzten Logik der Politik und stellt nur in sehr geringem Ausmaß eine politische Innovation dar.

Krisenzeiten und die Frage nach Wandel

Vor dem Hintergrund einer allgegenwärtig wahrgenommenen Krisenerfahrung ist die Diskussion einer Krisenwissenschaft in den Disziplinen der Soziologie und Politikwissenschaft aktuell weit verbreitet. Dabei stellt sich – neben vielen weiteren – die Frage nach der Rolle politischen Handelns in gesellschaftlichen Umbrüchen und den Legitimationsfunktionen, denen politisches Entscheiden in und nach Krisensituationen unterliegt. Der Einfluss bestehender institutioneller Arrangements, in welche die politische

Entscheidung eingebettet ist, sollte dabei nicht unbeachtet bleiben. Ziel des vorliegenden Artikels ist die Analyse dieser Fragen und der vermeintlichen Macht einer Krise am Beispiel der EHEC-Epidemie in Deutschland.

Eine „Explosion von Entscheidungsnotwendigkeiten“

Niklas Luhmann beschreibt eine Krise als eine „Explosion von Entscheidungsnotwendigkeiten“ (Luhmann 1996: o.S.). Für den Fall des weltweit schwersten EHEC-Ausbruchs im Jahr 2011 in Deutschland, der 3.842 gemeldete Erkrankungsfälle und 53 Todesfälle durch humanpathogene Stämme des Darmbakteriums *Escherichia coli* (E. coli) in Deutschland verzeichnete (vgl.

Robert-Koch-Institut (RKI) 2011: 5), ist diese Definition mehr als zutreffend. Das Krisenmanagement während der Epidemie war bestimmt durch einen erheblichen Entscheidungs- und Handlungsdruck, der auf den politischen Akteuren lastete und diese schließlich in eine Legitimations- und Kommunikationskrise stürzte.

Öffentliche Krisensituationen als „Momente ‚akuter Reflexivität‘“ (Bösch u.a. 2003: 48) sind gekennzeichnet durch Dynamiken, die Regierungen und politische Entscheider_innen vor ein Dilemma stellen. Einerseits ist der Erwartungsdruck hoch, Erklärungen und Lösungen zu finden sowie schnellstmöglich Konsequenzen in Form von Wandlungs- bzw. Reformprozessen aus der Krise zu ziehen. Andererseits sind es oft gerade die Krisensituationen mit ihren spezifischen Bedingungen und die ihr innewohnenden politischen Interessen und festen institutionellen Arrangements, die ein solches Lernen aus Fehlern hemmen. Schwachstellen und Defizite in praktizierten Gewohnheiten und institutionellen Arrangements explodieren in Umbruchphasen. Spricht man von Krisen, stellt sich daher immer auch die Frage nach Veränderung und Wandel, die seit jeher die Sozialwissenschaften bewegt.

Das Krisenmanagement während der Epidemie war bestimmt durch einen erheblichen Entscheidungs- und Handlungsdruck.

Im Folgenden wird am empirischen Beispiel der EHEC-Krise die Veränderungsmacht von Krisen hinterfragt, indem hemmende und fördernde Faktoren für einen einsetzenden Lernprozess aus der Krisenerfahrung identifiziert werden. Im Ergebnis, soviel kann an

dieser Stelle bereits gesagt werden, sind die Grenzen dieses Lernens im institutionellen Arrangement, in das das Krisengeschehen eingebettet ist, zu finden.

Der Fall EHEC

Ungewöhnlich an der EHEC-Epidemie in Deutschland und Grund dafür, von einer Krise zu sprechen, war nicht nur die hohe absolute Zahl der Infizierten, sondern auch der rasante Anstieg an Erkrankungsfällen in verhältnismäßig kurzer Zeit mit außergewöhnlich schweren Verläufen. Die beobachteten Symptome und Übertragungswege sowie die Gruppe der Infizierten, mehrheitlich weibliche und ältere Personen, übertrafen die bisherigen Erfahrungen mit EHEC. Die Politik stand vor bislang unbekannten Herausforderungen und unter massivem Entscheidungs- und Handlungsdruck. Die zu beobachtenden Fehler in der nationalen Krisenbewältigung durch die deutschen Behörden und verschiedene vorsorglich und unabhängig voneinan-

der ausgesprochene – und im Nachhinein zurückgenommene – Produktwarungen während des Krisengeschehens führten nicht nur zu einer Verunsicherung der Öffentlichkeit, sondern auch zu drastischen wirtschaftlichen Einbußen in der Lebensmittelindustrie. Politik, Medien und Öffentlichkeit lösten eine Diskussion über die Wirksamkeit des deutschen Krisenmanagements im Bereich Lebensmittelsicherheit aus. Es entstand „der Eindruck eines großflächigen, von Staat und Gesellschaft nicht mehr beherrschbaren Problems“ (Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) 2012: 7). Die EHEC-Epidemie wurde zu einem Beispiel einer massiven Krise einmaligen Schweregrads.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die EHEC-Task-Force als eine organisationsübergreifende Expertenkommission, die erst auf dem Höhepunkt des Ausbruchgeschehens, als bereits mehrere Todesfälle verzeichnet wurden, zum Einsatz kam. Laut der offiziellen Abschlussberichte (RKI 2012; Bundesregierung 2011) trug die Task Force maßgeblich zur Aufklärung der Ausbruchsursache bei. Sie setzte sich aus nationalen Expert_innen verschiedener Organisationen zusammen: des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), des Bundesamts

für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), des RKI sowie aus internationalen Vertreter_innen der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und weiteren Verbraucherschutzbehörden der Bundesländer. Als eine Veränderung aus den Erfahrungen der Krise wurde im September 2012 die Task Force als ein dauerhaftes Instrument des Krisenmanagements institutionalisiert.

Die EHEC-Epidemie wurde zu einem Beispiel einer massiven Krise einmaligen Schweregrads.

Ausgehend von einer grundsätzlichen Kontingenz politischer Entscheidungen wird gefragt, ob in dem Fall EHEC ein Lernen aus Krisen und damit institutionel-

ler Wandel – in Form der Institutionalisierung der Task Force – zu beobachten ist. Konnte die Krise als Chance genutzt werden oder war das Lernen der Akteure trotz krisenspezifischer Kontextbedingungen begrenzt?

Die Entscheidung über die Institutionalisierung der Krisen-Task-Force als institutioneller Wandel ist die abhängige Variable der Einzelfallstudie. Akteure und Strukturen in Form von Institutionen, Macht- und Besitzverhältnissen und Problemdeutungen, Interaktionen im Lernprozess sowie Verhandlungskonstellationen werden erklärend herangezogen. Gegenstand der qualitativen Erhebung ist die Analyse des Politikfelds

und die Organisation des Verbraucherschutzes in Deutschland. Für die Untersuchung eines Lernprozesses steht ein Gutachten des Bundesrechnungshofes im Fokus, das eine zentrale Entscheidungsgrundlage für die Institutionalisierung der Task Force darstellte, indem es als Folie der zu beobachtenden Veränderung institutioneller Strukturen nach der Krise diente.

Als Datenbasis und empirische Grundlage der Untersuchung werden weiterhin öffentlich zugängliche Berichte, Protokolle und Gutachten wissenschaftlicher Agenturen und der beteiligten staatlichen Einrichtungen im Verbraucherschutz, Sitzungs- und Ausschussprotokolle, Dokumente vom Bundestag und der Bundesregierung, Zeitungsartikel, Internetauftritte der Akteure sowie Präsentationen eines Symposiums des Bundesinstituts für Risikobewertung ausgewertet. Zur Ergänzung und Erweiterung der Dokumentenanalyse dient das Interviewmaterial aus elf semi-strukturierten Experteninterviews des am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführten Forschungsprojekts „Der Wandel der Wissensordnungen politischer Expertise in Deutschland, Großbritannien und den USA (SCOPE)“.

Auf einer abstrakten Ebene wird gefragt, warum institutioneller Wandel stattfindet und welche Rolle dabei der situative Krisenkontext spielt. Theoretisch verortet werden diese Fragen in der For-

schungsrichtung des Neoinstitutionalismus, im Besonderen beim Akteurzentrierten Institutionalismus nach Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf. Der analytische Rahmen erlaubt es, die Rolle des situativen Kontexts als erklärende Variable zu untersuchen. Vor diesem Ausgangspunkt ist eine Krise ein substantieller Faktor, um Kritik hervorzurufen bzw. zu verstärken und die Koordination zwischen den Akteuren zu beeinflussen und so Wandel zu bewirken.

Krisen in der Lebensmittelsicherheit

Entscheidungen unterliegen in einer Krisensituation einem erhöhten Zeit-, Rechtfertigungs- und Legitimationsdruck, der durch öffentliche Beobachtung und mediale Präsenz gekennzeichnet ist. Krisen stellen demnach eine Bedrohung für die positive Evaluation der Entscheider_innen dar, indem bis dato geteilte Werte und soziale Normen sowie Annahmen bzw. Interpretationen verloren gehen können, die bisher von den Akteuren im organisationalen Feld genutzt wurden, um Unsicherheit zu reduzieren. Gesellschaftliche Krisen und im Besonderen solche im Bereich der Lebensmittelsicherheit weisen darüber hinaus spezifische Kontextbedingungen auf: Sie haben ein hohes Maß an Folgerichtigkeit und politischer Bedeutsamkeit, sind gekennzeichnet durch Unsicherheit, Mehrdeutigkeit und Komplexität (vgl. Moynihan 2008: 351; vgl. Renn 2005). Handelt es

sich um öffentliche, gesellschaftliche Krisen, findet auch das Krisenmanagement unter öffentlicher Aufmerksamkeit statt. Politisches Handeln durchläuft somit automatisch einen Übersetzungsprozess der medialen Berichterstattung. Daraus entsteht ein Zeit- und Rechtfertigungsdruck, der politisches Handeln in diesen „periods of high politicization“ (Dekker/Hansen 2004: 213) prägt. Alles Entscheiden muss sich sowohl öffentlich (nach außen) als auch der eigenen Organisation gegenüber (nach innen) rechtfertigen. Tritt

eine Gefahr auf, ist die Legitimität, Regierungsfähigkeit und Sicherheit der Regierung unter kritischer Prüfung. Der hohe Entscheidungsdruck auf der

einen Seite steht jedoch einem hohen Maß an Unwissenheit und Nichtwissen über das Problem und seine Ursachen und einer daraus resultierenden Unsicherheit auf der anderen Seite gegenüber. Besonders im Lebensmittelbereich ist Unsicherheit ein wesentliches Merkmal von Krisen. Ursache-Wirkungs-Ketten bei Erkrankungen sind selten eindeutig bestimmbar, da zu viele individuelle Faktoren zu beachten sind. So ist es bis heute nicht zweifelsfrei geklärt, ob die identifizierten Bockshornspissen tatsächlich die Ursache für die EHEC-Epidemie darstellten.

Entscheidungen unterliegen in einer Krisensituation einem erhöhten Zeit-, Rechtfertigungs- und Legitimationsdruck.

Lebensmittelkrisen und Ausbrüche treten in regelmäßigen, immer kürzer werdenden Abständen auf und weisen aufgrund ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz bestimmte Besonderheiten eines Krisenfalls auf. Erstens ist Essen ein menschliches Grundbedürfnis, unterliegt einer Alltäglichkeit und Selbstverständlichkeit. Andererseits entfernen sich die Verbraucher_innen zunehmend vom Herstellungsprozess; eine Tatsache, die sich in einem Auseinanderdriften der öffentlichen Wahrnehmung und der

tatsächlichen Gefahr eines Lebensmittelrisikos abzeichnet. „Jedenfalls lehrt der Fall EHEC: Lebensmittelbedingte Infektionen lassen sich

in Zeiten von Massenproduktion und globalem Handel niemals ganz verhindern.“ (Die Zeit, 13. Dezember 2012: 44)

Die EHEC-Epidemie – Krisenmanagement mit (zu) vielen Stimmen, Akteuren und Verdächtigungen

Im Rahmen einer Kontaminierung von Sprossen durch organische Bakterien erkrankte im Frühjahr/Sommer 2011 eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Menschen an schweren Darminfektionen, die teilweise tödlich endeten (vgl. RKI 2011: 2ff.; 5). Zentrum der Epidemie

war die Bundesrepublik Deutschland. Am 14. Mai 2011 wurde dem RKI der erste Erkrankungsfall mit EHEC/HUS-Symptomatik in Schleswig-Holstein gemeldet. HUS (hämolytisch-urämisches Syndrom) stellt eine besonders schwere Form einer Darminfektion dar, die durch EHEC-Bakterien (enterohämorrhagische E. coli) ausgelöst wird. Die nachgewiesene genetische Mischform verschiedener E. coli-Stämme war neuartig, eine Klassifizierung lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor – und steht auch bis heute aus. Ärztinnen und Ärzte, Forschende und massenmediale Beobachter_innen schlugen im Frühjahr 2011 Alarm, weil die Größenordnungen sowohl der Zahl der Infizierten als auch der Symptome und Übertragungswege die bisherigen Erfahrungen übertraf. In kurzer Zeit trat eine ungewöhnlich hohe Anzahl an Erkrankungsfällen mit schweren Verläufen, einschließlich zentralnervöser Symptome, auf (vgl. RKI 2012: 8). Der damalige Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr sagte dazu auf der 113. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Juni 2011: „Wir haben auch sonst in Deutschland mit EHEC-Erkrankungen zu rechnen, leider auch mit Todesfällen, aber bei Weitem nicht in dem Ausmaß, in dem wir es jetzt erlebt haben.“

Die Hochphase des Ausbruchsgeschehens war geprägt von organisationsübergreifendem Krisenmanagement und öffentlichen Falschmeldungen. Am 22. Mai 2011 konnte mit 161 neuen EHEC-Infek-

tionsfällen und 63 HUS-Neuerkrankungen an einem Tag der Höhepunkt der Erkrankungswelle festgestellt werden. Zwei Tage später und als Reaktion auf das Bekanntwerden erster Todesfälle fand ein erstmaliger direkter Austausch zwischen Vertreter_innen der Landes- und Bundesbehörden in Form einer Telefonkonferenz zwischen RKI, BVL, BfR und den betroffenen Landesministerien Schleswig-Holsteins statt. Zur Bewältigung der Krise wurden ein koordiniertes Vorgehen und die Nutzung einer gemeinsamen Informationsplattform verabredet sowie feste Ansprechpartner_innen in den jeweiligen Behörden benannt (vgl. BVL 2011: 499ff.). Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die europäische Ebene in das Krisenmanagement Deutschlands einbezogen. Auf Grundlage positiver EHEC-Befunde bei spanischen Gurken sowie mehreren Studien, die eine große Schnittmenge an verzehrten Tomaten, Gurken und Blattsalaten zwischen den befragten erkrankten Patient_innen zeigten, gaben das RKI und das BfR eine öffentliche Verzehrwarnung hinsichtlich der drei genannten Gemüsesorten aus.

Im folgenden Verlauf beherrschte die Suche nach dem Erreger die mediale Berichterstattung, in der sich eine Vielzahl an Akteuren der politischen, wissenschaftlichen und medialen Arena zu Wort meldete. Für den Fall frischer Tomaten entdeckte man zwar eine Korrelation zwischen der Verzehrmenge und der Erkrankungshäufigkeit, ein tatsächli-

Soziologie von A bis Z

Günter Endruweit
Gisela Trommsdorff
Nicole Burzan (Hg.)

Wörterbuch der Soziologie

3. Auflage

UVK **UTB**

Günter Endruweit,
Gisela Trommsdorff,
Nicole Burzan (Hg.)

Wörterbuch der Soziologie

3., völlig überarbeitete Auflage
2014, 670 Seiten, fester Einband
ISBN 978-3-8252-8566-1
€ (D) 49,99

Das maßgebliche Nachschlagewerk in komplett überarbeiteter Neuauflage:

300 Beiträge auf 670 Seiten bieten mehr als reine Begriffsklärung. Führende Vertreter des Fachs haben das Wörterbuch auf den neuesten Stand der Forschung gebracht, es mit aktuellen Literaturhinweisen versehen und um zahlreiche Begriffe erweitert.

Im Fokus der Aufmerksamkeit steht dabei der explizit soziologische Blick auf Phänomene wie Emotionen, Markt oder Recht, welche auch von anderen Disziplinen thematisiert werden.

Unterm Strich leistet der Band damit eine Einführung in zentrale soziologische Fragestellungen – ein Standardwerk für Studierende der Soziologie.

cher Erregernachweis auf Tomaten und Salat blieb jedoch aus. Nichtsdestotrotz hielten Bahr und die Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner an der Warnung vor dem Verzehr von rohen Gurken, Blattsalaten und ungekochten Tomaten fest. Auf die vorsorglichen Verzehrwarnungen folgten sowohl massenhafte Stornierungen auf Großmärkten und Zurückweisungen von Lebensmitteln durch Großempfänger wie Kindergärten, Schulen, Kantinen und Kliniken als auch ein deutlich verminderter Konsum der Verbraucher_innen, der dreistellige Millionenschäden für die europäische Nahrungsmittelwirtschaft zur Folge hatte. Forderungen nach Entschädigung für europäische Landwirt_innen äußerte unter anderem Spaniens Agrarministerium und Russland verhängte ein Importverbot auf deutsches Gemüse.

Einsatz der Task Force

Die Probleme bei der nationalen Krisenbewältigung der deutschen Behörden und verschiedene vorsorgliche – und im Nachhinein zurückgenommene – Produktwarnungen während des Krisengeschehens, die nicht nur zu einer Verunsicherung der Öffentlichkeit, sondern auch zu drastischen wirtschaftlichen Einbußen der Lebensmittelindustrie führten, lösten eine Diskussion über die Wirksamkeit des deutschen Krisenmanagements in der Lebensmittelsicherheit aus. Am 3. Juni 2011, fast einen Monat nach Bekanntwerden der ersten Fälle in

Norddeutschland, erfolgte als Reaktion die Gründung einer Task Force, die in dieser Form erstmals konstituierend zusammenkam (vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) 2011b). Expert_innen des BfR, BVL, RKI, der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und von weiteren Verbraucherschutzbehörden der Bundesländer kamen im gemeinsamen Lagezentrum des BVL zusammen, jedoch ohne Beteiligung des BMELV. Ziel war es, im direkten Austausch das für den EHEC-Ausbruch verantwortliche Lebensmittel zu identifizieren und die Epidemie zu stoppen. „Das ist ein schwerwiegender, sehr diffiziler Fall. Es ist ein Puzzlespiel, bei den Millionen von Lebensmitteln, die auf dem Markt sind, bei den Händlern und Zwischenhändlern die Lebensmittelstränge zurückzufolgen.“ (Aigner, 113. Sitzung Deutscher Bundestag, 8. Juni 2011)

Am 10. Juni 2011 wurden Verzehrwarnungen roher Sprossen veröffentlicht, die die frühere Verzehrempfehlung für Gurken, Tomaten und Salat aufhoben. Bis Mitte Juni arbeitete die Task Force „EHEC“ aktiv in Berlin. In einem abschließenden Bericht heißt es: „Die Etablierung der TF (Task Force) „EHEC“ in der beschriebenen Form war für alle beteiligten Institutionen ein Novum. Hinsichtlich der Zusammensetzung der TF erwies sich die Einbeziehung von Expert_innen der Länder neben der Hin-

zuziehung von Mitarbeitern der sonst alleinig agierenden Bundesoberbehörden BfR, BVL und RKI und den Experten der EFSA als sinnvoll, zielführend und effektiv.“ (Hänel 2012: o.S.) Am 5. Juli 2011 löste sich die Task Force wieder auf. Am gleichen Tag bestätigte das BfR Ägypten als wahrscheinlichen Ursprungsort des EHEC-Erregers. Mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ waren importierte Bockshornklee(sprossen)samen die epidemiologischen Verursacher der Infektionen (RKI 2011), einen zweifelsfreien Nachweis gab es nicht.

Rückblickend bleibt für das Krisenmanagement der EHEC-Epidemie festzuhalten, dass erst nach etwa zwei Wochen, nachdem die Gesundheitsbehörden erstmals Kenntnis von vermehrten und Ländergrenzen überschreitenden Erkrankungsfällen hatten, die Beteiligung der Lebensmittelüberwachungsbehörden des Bundes und der Einsatz der organisations- und Ebenen übergreifenden Task Force „EHEC“ erfolgte.

Die Institutionalisierung der Krisen-Task-Force

Kurz nach Beendigung des Ausbruchsgeschehens erklärte ein Sprecher des BMELV öffentlich, dass sich die Task Force „zur Bekämpfung der EHEC-Krise bewährt habe“ und daher zu einem „dauerhaften Instrument des Krisenmanagements“ weiterentwickelt werden solle. Vertreter_innen von Ländern und Bund waren sich einig, dass in na-

tionalen Krisensituationen ein „länderübergreifendes Krisenmanagement unverzichtbar ist“ und stimmten für den Entwurf der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Bund und den Ländern in Krisenfällen im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit (Ergebnisprotokoll der 8. Verbraucher-schutzministerkonferenz: 17). Das Bundesministerium machte jedoch deutlich, dass die Zuständigkeiten in der Lebensmittelüberwachung grundgesetzlich eindeutig definiert seien, sie lägen bei den Bundesländern. Die Task Force aus Expert_innen der Länder, des BfR und des BVL sei eine Konsequenz, damit sich die beteiligten Behörden „trotzdem künftig besser untereinander abstimmen können“ (BMELV 2011a).

Diese institutionelle Neuerung sollte für eine bessere Koordination zwischen den Organisationen in der Zukunft sorgen. Da die grundsätzliche Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern jedoch bei dieser Krisenarchitektur nicht infrage gestellt wurde, ist das Ausmaß der politischen Innovation zu diskutieren.

Dilemmata im Krisenmanagement

Das mangelhafte Krisenmanagement, die Informationspolitik und Koordinierungsleistungen zwischen den Behörden haben die Mängel in der Organisation der Lebensmittelsicherheit offenkundig zutage treten lassen und eine intensive Debatte über Reformen im Verbrau-

Das mangelhafte Krisenmanagement, die Informationspolitik und Koordinierungsleistungen zwischen den Behörden haben die Mängel in der Organisation der Lebensmittelsicherheit offen zutage treten lassen.

cherschutz ausgelöst. In einem von der damaligen Verbraucherschutzministerin Aigner in Auftrag gegebenen Gutachten des Bundesrechnungshofes wurden drei zentrale Dilemmata identifiziert, die es für ein effektives Krisenmanagement im Lebensmittelbereich zu lösen gilt (Gutachten des Bundesrechnungshofes, Oktober 2011: 134ff.). Neben der organisatorischen Trennung zwischen Risikomanagement (BVL) und Risikobewertung (BfR) (1) und der Divergenz zwischen einem objektiven Krisenbegriff in Deutschland und einem subjektiven Krisenbegriff der Europäischen Union (2) stellt die nationale föderale Struktur und die durch Grundrechte verliehene Macht der Länder im Politikfeld Verbraucherschutz (3) ein zentrales Dilemma des Politikfelds dar.

Bei der Umsetzung der drei Dilemmata in der Institutionalisierung der Task Force zeigte sich mithilfe der empirischen Untersuchung eine Diskrepanz, obwohl die jeweiligen politischen Entscheidungen im gleichen situativen Kri-

senkontext zu treffen waren: Das Vorliegen eines *focusing events* war zum einen gekennzeichnet durch die mit der Krise einhergehende Aufmerksamkeit, Veränderungsdruck durch daraus folgender massiver Kritik und die Auflösung bestehender institutionalisierter Positionen. Zum anderen war durch das Bundesrechnungshofgutachten eine relevante externe Expertise vorhanden. Jedoch konnten nur das erste und zweite Dilemma in der Institutionalisierung der Task Force Umsetzung finden, die Lösung des dritten Dilemmas scheiterte. Der direkte Vergleich zwischen den drei Konfliktarenen ermöglichte es, die Voraussetzungen für einen Wandel nach Krisen zu untersuchen. Dabei zeigte sich, dass eine Veränderung umso wahrscheinlicher ist, je niedriger die Voraussetzungen für Lernen sind: Eine bereits bestehende Kooperation zwischen Organisationen (BVL und BfR) auf Ebene der Praxis (Dilemma 1) und eine längst praktizierte Adaption einer (europäischen) Begriffsdefinition für den (nationalen) Gebrauch

(Dilemma 2) erleichtern die politische Lernfähigkeit. Sind die Voraussetzungen für Lernen auf einem zu hohen Anforderungsniveau, was bei Verfassungskompetenzen der Fall ist (Dilemma 3), ist ein Wandel weniger wahrscheinlich, wenn nicht unmöglich.

Das Eigeninteresse von Organisationen als kooperative Akteure besteht in der Sicherung des Fortbestandes, der Autonomie und des Wachstums der Organisation (vgl. Scharpf 1999). Die Sicherung des *status quo* soll Macht und bestehende Kompetenzen schützen, wo-

durch Veränderungen, die auf der Ebene von Verfassungskompetenzen stattfinden, kaum möglich sind. Dilemma drei, eine mit Kompetenzen ausgestattete zentrale Entscheidungsmacht

auf Bundesebene einzurichten, konnte durch die Institutionalisierung der Task Force nicht gelöst werden, da die grundgesetzliche Kompetenzverteilung nicht infrage gestellt wurde. Fraglich ist, ob der situative Krisenkontext diesen politischen Normalzustand außer Kraft setzen konnte, schließlich eröffnen externe Ereignisse wie Krisen Handlungskorridore und Gelegenheitsstrukturen für politische Innovationen. Kann im Falle der EHEC-Epidemie und deren politischen Konsequenzen von einer Macht der Krise gesprochen werden?

Die Sicherung des *status quo* soll Macht und bestehende Kompetenzen schützen.

Die Logik der Politik – politisches Lernen als begrenztes Lernen?

Die empirische Untersuchung mithilfe der Dokumentenrecherche und Interviews hat gezeigt, dass nicht der situative Kontext einer Krise, im Sinne eines *focusing event*, als erklärende Variable für institutionellen Wandel herangezogen werden kann. Vielmehr sind es die im Normalzustand bestehenden Kompetenzzuschreibungen und Koordinationsbeziehungen zwischen den Akteuren, die Lernprozesse fördern oder hemmen.

Politisches Lernen unterliegt eben auch in Krisenzeiten der Logik der Politik und nicht dem Einfluss einer Notlage oder eines Umbruchs (mit situativen Faktoren wie erhöhter Auf-

merksamkeit, massiver Kritik, Legitimitätsentzug). Der politische Charakter des organisationalen Kontexts stellt den Lernprozess vor bestimmte Schwierigkeiten: „Organizational ‚lessons‘ are formulated through a process of negotiation or bargaining [...] the product of an organizational or political dynamic, rather than as the products of application of logic and pure reason to the past.” (Lovell 1984: 134; in: Stern 1997: 77) Daraus folgt, dass Lernen von den Problemorientierungen und Leistungsdiktatoren abhängt, die in der Subkultur

der Organisation eingebettet sind. Sind die aus den Krisenerfahrungen gezogenen Lehren nicht einvernehmlich mit den vorherrschenden Machtstrukturen und Praktiken, werden sie oftmals nicht oder nur unzureichend umgesetzt. Politisch motivierte Kompromisse wiederum führen dann zu einer Verwässerung des Lernergebnisses, welches letztendlich hinter dem nötigen und geforderten Nutzen zurückbleibt: „Enduring traits of the human psyche, organizations and the political-setting tend to work against learning, in various ways.“ (Stern 1997: 78)

Die Beauftragung des Bundesrechnungshofs durch das Gesundheitsministerium als ein Versuch, über Dritte zu lernen, zeigt Möglichkeiten auf, wie gelernt werden kann. Der Bundesrechnungshof erhält seine Kompetenz in Form einer von den Akteuren zugeschriebenen Rationalität, weshalb das Gutachten für eine als objektiv und rational wahrgenommene, externe (nach wissenschaftlichen Kriterien erstellte) Expertise steht, die das Ministerium angefordert hat. In diesem Akt kann man die Bereitschaft zu Lernen und zum Wandel sehen. Diese Art zu lernen – kognitives Lernen im Sinne von Veränderung kognitiver Strukturen und Praktiken – kann in der Form jedoch in der politischen Realität bzw. im politischen Alltagsgeschäft nicht umgesetzt werden und weicht vom politisch-motivierten Lernen ab. Dann nämlich spielen die Verteilung von Kompetenzen und das Bemühen der Akteure,

den eigenen Machterhalt zu sichern, eine zentrale Rolle und die Logik der Politik bestimmt das Handeln und Entscheiden. Aus dieser Diskrepanz zwischen kognitivem und politischem Lernen ergibt sich eine institutionalisierte Task Force, die eine Mischform bzw. einen Kompromiss in der Verhandlungssituation zwischen den Akteuren darstellt.

Konfliktpotenzial durch das föderale Verhandlungssystem

Es handelt sich bei dem vorliegenden Fall des politischen Entscheidungsprozesses über die Institutionalisierung der EHEC-Task-Force um eine Verhandlungssituation zwischen Bund und Ländern und damit um einen (originären) Konflikt eingegliedert im deutschen Mehrebenensystem, der Fragen zur Politikverflechtung und der dazugehörigen Falle aufwirft – vor allem auch vor dem theoretischen Hintergrund neoinstitutionalistischer Annahmen.

Seit den 1970er Jahren schreibt Fritz W. Scharpf über die Politikverflechtung als Aspekt der Institutionenordnung des deutschen Regierungssystems, also der durch die Verfassung vorgeschriebenen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Modell des Föderalismus. Der Theorie nach sind die Strukturen der politischen Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland so angelegt, dass Entscheidungsblockaden und suboptimale Ergebnisse wahrscheinlich, wenn nicht sogar die Regel sind (vgl. Strünck 2012:

Max Weber zum Hundertfünfzigsten



2014. Ca. 1510 Seiten
(Max Weber-Studienausgabe).
ISBN 978-3-16-153222-1
fadengeheftete Broschur € 49,-
(April)

Gegenüber den Voreditionen von Marianne Weber und Johannes Winckelmann unterscheidet die Studienausgabe von *Wirtschaft und Gesellschaft* zwischen dem Text, den Weber selbst zum Druck gab, und den Texten, die sich in seinem Nachlass fanden. Im Jubiläumspaket zum 150. Geburtstag Max Webers sind alle Bände von *Wirtschaft und Gesellschaft* zu einem Sonderpreis erhältlich.

Max Weber

Wirtschaft und Gesellschaft

Studienausgabe der Max Weber-Gesamtausgabe
Jubiläumspaket 2014

Max Webers *Wirtschaft und Gesellschaft* ist das nicht abgeschlossene Ergebnis einer zehnjährigen Schaffensperiode und liegt nun vollständig in neuer, maßgeblicher Edition vor.

Gegenüber den Voreditionen von Marianne Weber und Johannes Winckelmann unterscheidet die MWG zwischen dem Text, den Weber selbst zum Druck gab, und den Texten, die sich in seinem Nachlass fanden, und zwar nach Entstehungszusammenhängen in jeweils einzelnen Teilbänden.

Zum 150. Geburtstag Max Webers erhalten Sie alle Bände von *Wirtschaft und Gesellschaft* in der Studienausgabe im Jubiläumspaket zum Preis von € 49,-. Die Einzelbände der Studienausgabe sind nach wie vor separat lieferbar.

Das Jubiläumspaket enthält folgende Bände:

Gemeinschaften (I/22,1),
Religiöse Gemeinschaften (I/22,2),
Recht (I/22,3),
Herrschaft (I/22,4),
Die Stadt (I/22,5),
Soziologie. Unvollendet. 1919–1920 (I/23)



Mohr Siebeck

Tübingen

info@mohr.de

www.mohr.de

Maßgeschneiderte Informationen: www.mohr.de

11). Auch wenn es nicht zur kompletten Blockade von Entscheidungen kommt, so ist mit langwierigen Verhandlungen zu rechnen, die zumeist zu Kompromisslösungen zwischen Bund und Ländern führen, die im Zweifel weder im Interesse des einen noch des anderen Akteurs liegen. Zentral bei der Theorie der Politikverflechtung ist die Überlegung, dass Verteilungsprobleme zu Eingriffen in die bestehenden Strukturen führen und damit die anspruchsvollste Form der Problemlösung darstellen (Scharpf 1999): „Eine Einigung ist [...] in der Regel möglich, wenn entweder Besitzstände gewahrt oder wenigstens die Gleichbehandlung aller Beteiligten gesichert werden kann.“ (ebd.: o.S.). Daraus folgt, dass Entscheidungen, die eine Umverteilung von Ressourcen und Kompetenzen bedeuten, die zulasten eines Akteurs gehen, unwahrscheinlich sind. Für den Untersuchungsfall über die Entscheidung zur Verstetigung der EHEC-Task-Force wäre die Übertragung der alleinigen Entscheidungskompetenz auf die Bundesebene zulasten der Länderkompetenzen gegangen. So wurde sich darauf geeinigt, „dass die geltende Kompetenzordnung des Grundgesetzes dabei unangetastet bleiben soll. Das heißt: Lebensmittelüberwachung ist und bleibt Ländersache. Dementsprechend

Das heißt: Lebensmittelüberwachung ist und bleibt Ländersache.

verständigten sich die Verantwortlichen von Bund und Ländern darauf, vor allem jene Empfehlungen des Bundesrechnungshofes aufzugreifen, die Organisationsfragen auf Länderebene betreffen“ (BMELV 2012: o.S.).

Die Sicherung von Kompetenzen ist also ein zentraler Entscheidungsfaktor. Auch in den Interviews wurde die Macht der Länder kritisiert. Die

Politikverflechtungsfälle schließt aus, dass „einmal institutionalisierte Mitwirkungsrechte den Ländern ohne gleichwertige Kompensation wieder genommen werden könnten“ (Scharpf 1999: o.S.). Scharpf erklärt mit seiner Theorie, warum bestimmte institutionelle Strukturen eines Mehrebenensystems Niveauveränderungen und -fixierungen zulassen, nicht aber Entscheidungen zur Umverteilung (vgl. Benz 2007: 426). Das Zwangsverhandlungssystem zwischen Bund und Ländern bedürfe einer Einigung und schließe einseitiges Handeln aus, was jedoch bei Verteilungsfragen schwer zu erreichen sei. Sind institutionelle Veränderungen denn nun grundsätzlich schwer durchzusetzen? Nicht, wenn sie den beteiligten Akteuren „plausible Vorteile gegenüber dem derzeitigen Status Quo bieten können“ (Scharpf 1999, o.S.). Arthur Benz zieht folgenden Schluss: „[Die] institutionellen Struktu-

ren, die Handlungen prägten, ohne sie zu determinieren, förderten Strategien der Akteure, die eine Einigung in Verhandlungen ermöglichten, jedoch nur unter Verzicht auf eine sachdienliche Lösung.“ (Benz 2007: 427)

Politisches Handeln als Ergebnis von Interaktion

An dieser Stelle findet sich die theoretische Brücke zum Akteurzentrierten Institutionalismus, der von einer Wechselbeziehung zwischen Institutionen und Akteuren ausgeht, wobei institutionelle Strukturen politisches Handeln ermöglichen oder beschränken können. Der Ansatz sieht „politisches Handeln als Ergebnis der Interaktion zwischen strategisch handelnden, aber begrenzt rationalen Akteuren, deren Handlungsmöglichkeiten, Präferenzen und Wahrnehmungen weitgehend, aber nicht vollständig, durch die Normen des institutionellen Rahmens bestimmt werden, innerhalb dessen sie interagieren“ (Scharpf 2000: 319). Auch in der vorliegenden Untersuchung sind es die Konstellationen zwischen den Akteuren, die für die Analyse der Forschungsfrage nach den Möglichkeiten und Grenzen institutionellen Wandels erklärend sind. Wie können nun der institutionelle Kontext und die Akteurkonstellationen in dem zu untersuchenden Fall der EHEC-Krise und im Speziellen für die Entscheidung über die Institutionalisierung der Task Force herangezogen und damit als erklärende Variablen für

institutionellen Wandel geltend gemacht werden? Die institutionellen Regelsysteme konstituieren Mitgliedschaftsregeln und Kompetenzuteilungen für die Organisationsmitglieder. Weiterhin geben sie die Entscheidungsregeln für die Steuerung und Koordination dieser Interaktion zwischen korporativen Akteuren vor (vgl. Schneider/Janning 2006: 93). Bei den im Fall des EHEC-Ausbruches handelnden Akteuren – das BMELV, seine nachgeordneten Behörden des BfR, BVL sowie die Länderministerien – handelt es sich um kollektive Akteure. Das Handeln und Entscheiden des BMELV, welches im Fokus der vorliegenden Analyse steht und welches sich naturgemäß in (Akteurs-)Konstellationen zu den anderen genannten Organisationen befindet, ist maßgeblich für die Erklärung des zu beobachteten institutionellen Wandels. Auch wenn der Kontext auf das Handeln wirkt, bestehen „Entscheidungsspielräume und Spielräume für kreatives Handeln für die Akteure“ (ebd.) – und dort, in den Zwischenräumen, findet sich die Relevanz und Spannung sozialwissenschaftlicher Analyse.

Es sind die Handlungsorientierungen, die Wahrnehmungen und Präferenzen der Akteure, durch welche die Einschätzung der kausalen Zusammenhänge eines Problems, die Bewertung des *status quo* und die Ziele der Akteure bestimmt werden (vgl. Scharpf 2000: 86; 110ff.). Das hier vorzufindende Konfliktniveau in der Organisation des Ver-

braucherschutzes liegt in der föderalen Gestaltung der Kompetenzen aufgeteilt zwischen Bund, also dem BMELV und den Verbraucherschutzministerien und Behörden der Länder. Politische Entscheidungen sind „Ordnungsentscheidungen, die nicht nur den Spielraum weiteren Entscheidens festlegen, sondern auch den Spielraum anderer (mit)entscheiden“ (Rüb 2012: 117).

Davon ausgehend kann als These formuliert werden, dass das spezifische institutionelle Arrangement der Verteilung operativer Befugnisse im Politikfeld maßgeblich die Entscheidung über die Institutionalisierung der Task Force beeinflusst hat, da ein Konfliktniveau in der Interaktion zwischen Bund und Ländern besteht.

Fraglich ist, ob bzw. inwiefern der Kontext der Krise das oben beschriebene Konfliktniveau hätte außer Kraft setzen können, indem er neue Handlungsoptionen offeriert und die Akteure in ihrer Wahrnehmung – also in ihren kognitiven Orientierungen – unter Handlungsdruck setzen konnte.

Politisches Entscheiden in der Moderne

Grundsätzlich kann eine Handlungssituation einen Akteur mit einem (neu-

In der akuten Krisensituation sind es vor allem Managemententscheidungen, denen eine besondere Bedeutung zukommt.

en) Problem konfrontieren und so zum Handeln herausfordern. Es stellt sich die Frage, inwiefern der situative Kontext der Krise die Handlungsorientierungen der Akteure geprägt hat, denn in Krisensituationen geraten etablierte Strukturen unter kritische Prüfung und Zuständigkeiten werden neu verteilt: „Crises commonly reveal gaps in coordination mechanisms among social actors.“ (Stern

1997: 77) Die EHEC-Epidemie wurde zur Chefsache gemacht und Rollen wurden neu definiert. In der akuten Krisensituation sind es vor allem Managemententscheidungen, denen eine besondere Bedeutung zukommt. Politische Entscheidungen, die grundsätzlich unter einer „notorischen Zeitknappheit“ (Rüb 2012: 130) getroffen werden müssen, erfahren in Krisensituationen eine Zuspitzung der Komplexität. Im Falle der EHEC-Epidemie sollten gar unter dem erhöhten Zeitdruck – herbeigeführt zum einen durch eine akute Bedrohung bzw. Notsituation in Form der Krankheits- und Todesfälle, zum anderen durch eine die Öffentlichkeit mobilisierende, mediale Berichterstattung – rational wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen und kommuniziert werden.

In Krisen erfahren politische Entscheidungen noch viel mehr als im

Normalzustand eine „Komplexität des Entscheidungshandelns“ (ebd.: 128ff.). Rationales, auf wissenschaftlichen Kriterien beruhendes Entscheiden, das der objektiven Expertise durch den Bundesrechnungshof folgen könnte, wird unmöglich. Stattdessen sind vielmehr Verhandlungen und eine Kompromissfindung gefordert, was letztendlich allein der reinen Begründungsbedürftigkeit von Politik Rechnung trägt und einen vollständig kontingenten Charakter innehat.

(K)eine Macht der Krise

Politische Entscheidungsprozesse in der Moderne sind hochkomplex (vgl. Rüb 2012: 117ff.) – und das erst recht in Krisenzeiten. Ob der Anstieg von Komplexität und Kontingenz in Notlagen oder Umbrüchen möglicherweise sogar eher zu einem Festhalten am *status quo* (also den stabilen institutionellen Arrangements) führt, wäre eine These, die mithilfe vergleichender Folgestudien überprüft werden könnte. Die Untersuchung hat gezeigt, dass das Politische mit seinen Konfliktstrukturen und bürokratischen Arrangements in einer Krise fortbesteht: „Politics as usual does not grind to a halt during a crisis [...] Lines of political conflict (even bureaucratic political conflict) which are more visible under more nor-

mal political conditions continue to exist despite a crisis atmosphere which tends to submerge them.“ (Stern 1997: 73) Aufgrund einer Verdichtung der Entscheidungsdimensionen in Krisen und einer

Die Untersuchung hat gezeigt, dass das Politische mit seinen Konfliktstrukturen und bürokratischen Arrangements in einer Krise fortbesteht.

begrenzten Logik der Politik ist ein radikaler Wandel unwahrscheinlich. Das erkenntnistheoretische Interesse war es, die politische Entscheidung über die Verstetigung der Krisen-Task-

Force als eine Form von institutionellem Wandel unter Beachtung der kontextuellen Rahmenbedingungen einer Krise zu analysieren. Die Untersuchung gewinnt ihre Relevanz durch die Hervorhebung von Krisensituationen für die Erkenntnis über institutionellen Wandel und leistet somit einen Beitrag für das Verständnis von politischen Lern- und Innovationsprozessen.

Krisensituationen treten in einer bestimmten Regelmäßigkeit auf, wodurch ihre Bedeutung als Wandlungsmotor in der Wahrnehmung der Organisationsmitglieder gedämmt wird. Am Ende aber sind es die eingespielten institutionellen Pfade und strukturellen Besonderheiten, die die Veränderungsprozesse determinieren. Die Auffassung, Krisen allein bewirken einen institutionellen Wandel, kann bezogen auf die EHEC-Epidemie

nicht bestätigt werden. Die Institutionalisierung der Task Force ist eine gemäßigte politische Innovation, die aus einer situativen *ad-hoc*-Organisation entstanden ist. Sie stellt zwar eine Form institutionellen Wandels dar, schließlich konnten zwei von drei Dilemmata gelöst werden. Durch die vergleichende Gegenüberstellung der Dilemmata

zeigt sich, dass Veränderungen von dem Lernniveau, also der Anforderung an Lernen, abhängt. Schaut man sich die Herausforderungen an politischen Entscheidungen an, so erscheint die Bildung einer *ad-hoc*-Task-Force in der Krise nämlich als eine Anpassung an die Krisenbedingungen und ihre Institutionalisierung im Nachgang der Krise als ein Lernen auf niedrigster Ebene. Dies entspricht der Logik der Politik in der Moderne. Schließlich ist die Task Force nicht in der radikalen Form einhergehend mit einer Kompetenzverschiebung verstetigt worden, wie es der Bundesrechnungshof in seinem Gutachten gefordert hat und wie die grundsätzliche Lernbereitschaft des BMELV hat vermuten lassen. Grund dafür ist die föderale Verhandlungssituation mit ihrem Konflikt- und Blockadepotenzial und das Vermissen notwendiger Reformbereitschaft seitens der Akteure. Für den Fall EHEC ist festzuhalten, dass

Am Ende aber sind es die eingespielten institutionellen Pfade und strukturellen Besonderheiten, die die Veränderungsprozesse determinieren.

die verstetigte Task Force lediglich einen Kompromiss einer politischen Innovation darstellt, da Formen der Politikverflechtung und nach politischen Regeln funktionierendes Lernen Reformbereitschaft und Wandel hemmen – eben auch im Krisenfall.

ZUR AUTORIN:

Franziska Engels,

27, hat Sozialwissenschaften (M.A.) an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Zu ihren wissenschaftlichen Interessengebieten zählen: Policy Analyse, Wissenschaftspolitik und Innovationsforschung.

LITERATUR UND DOKUMENTE

Benz, Arthur (2007): Scharpf, Fritz W./ Reissert, Bernd/ Schnabel, Fritz: Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. 1976. Kronberg im Taunus: Scriptor. In: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden: Springer, S. 425–428.

Bösch, Stefan / Viehöver, Willy / Zinn, Jens (2003): Rinderwahnsinn. Können Gesellschaften aus Krisen lernen? In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 13/1, S. 35–58.

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (2011): Chronologie des EHEC O104:H4 Ausbruchsgeschehens bis zur Gründung der länderübergreifenden Task Force EHEC aus Sicht der Lebensmittelüberwachung in Schleswig-Holstein am Beispiel des Kreises Schleswig-Flensburg, BVL, Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 6, S. 497–501.

Bundesinstitut für Risikobewertung (2012): Tagungsband zum Symposium „Handeln in Krisen und Krisenprävention“, 13. bis 14. September 2012, Berlin.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2011a): Verbraucherminister von Bund und Ländern diskutieren über Konsequenzen aus der Bekämpfung der EHEC-Epidemie. Pressemitteilung, 15. September 2011.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2011b): Die Halbzeitbilanz des BMELV 2009–2011.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2012): Verbraucherschutzminister von Bund und Ländern verbessern die Lebensmittelüberwachung in Deutschland, Pressemitteilung, 14. September 2012.

Bundesrechnungshof (2011): Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Schwerpunkt Lebensmittel). Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, Bonn.

Dekker, Sander / Hansén, Dan (2004): Learning under Pressure: The Effects of Politicization on Organizational Learning in Public Bureaucracies. In: *Journal of Public Administration Research and Theory*, Jg. 14/2, S. 211–230.

Hänel, Christoph-Michael u.a. (2012): Die nationale Task-Force EHEC aus Sicht und unter Beteiligung der Ländervertreter für Schleswig-Holstein, Hamburg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen, Lebensmittelhygiene: Schwerpunkt: EHEC–Ausbruchsgeschehen 2011. Vortragsskript.

Luhmann, Niklas (1996): Entscheidungen in der „Informationsgesellschaft“. Vortragsskript: „Soft society: eine internationale Konferenz über die kommende Informationsgesellschaft“, 28.10.–3.11.96, Berlin, organisiert durch den Arbeitskreis Informationsgesellschaft der Humboldt–Universität und der Japan Society for Future Research, Tokio. Online verfügbar unter http://www.fen.ch/texte/gast_luhmann_informationsgesellschaft.htm (11.03.2014).

Moynihan, Donald P. (2008): Learning under Uncertainty: Networks in Crisis Management. In: *Public Administration Review*, Jg. 68/2, S. 350–365.

Renn, Ortwin (2005): Risikokommunikation – Der Verbraucher zwischen Information und Irritation. In: Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (Hrsg.): *Risikoregulierung bei unsicherem*

Wissen: Diskurse und Lösungsansätze. Dokumentation zum TAB-Workshop „Die Weiterentwicklung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes als ressortübergreifende Aufgabe“, Diskussionspapier Nr. 11, März 2005, S. 51–72.

Robert Koch-Institut (2011): Abschließende Darstellung und Bewertung der epidemiologischen Erkenntnisse im EHEC O104:H4 Ausbruch Deutschland 2011, Berlin.

Robert Koch-Institut (2012): Epidemiologie des EHEC O104:H4 Ausbruchs – Sommer 2011, Deutschland, Fortbildung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, 23. März 2012, Berlin.

Rüb, Friedbert W. (2012): Politische Entscheidungsprozesse, Kontingenz und demokratischer Deizisionismus. Eine policy-analytische Perspektive. In: Toens, Katrin/Willems, Ulrich (Hrsg.): *Politik und Kontingenz*, Wiesbaden: Springer, S. 117–142.

Schäfer, Ann-Christin (2012): Keim mit Langzeitwirkung. In: *Die Zeit* vom 13. Dezember 2012, S. 44.

Scharpf, Fritz W. (1999): Föderale Politikverflechtung: Was muß man ertragen, was kann man ändern? Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper Nr. 99/3.

Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske + Budrich.

Schneider, Volker / Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik (Grundwissen Politik). Wiesbaden: Springer.

Simon, Herbert A. (1959): Theories of decision making in economics and behavioural science. In: *American Economic Review*, Jg. 49/3, S. 253–283.

Stern, Eric (1997): Crisis and learning: A conceptual balance sheet. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management*, Jg. 5/2, S. 69–86.

Strüch, Christoph (2012): §26 Parteienwettbewerb und Politikverflechtung: Strukturprobleme des deutschen Föderalismus aus politikwissenschaftlicher Perspektive. In: Härtel, Ines: *Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt*, Berlin: Springer.

Verbraucherschutzministerkonferenz (2012): Ergebnisprotokoll der 8. VSMK vom 14.9.2012 in Hamburg.



Fotoabdruck mit der freundlichen Genehmigung von **Daniel Dank**: „Ich bin Hobbyfotograf und Soziologiestudent. Dabei bemühe ich mich, in beiden Bereichen hinter Fassaden zu blicken und Zusammenhänge zu erkunden. Mich interessiert besonders der Raum als Produkt und Bedingung sozialen Handelns. Verlassene Gebäude sind ein Schwerpunkt meiner Fotografie. In den Fotos versuche ich, Kontraste und Gegensätze zu verbinden. Das Foto mit dem Titel „Auditorium“ (folgende Doppelseite) entstand ungefähr im Frühjahr 2013 auf einem großteils aufgegebenen Universitätscampus, auf dem sich nun Fotografen, Punks und Kupferdiebe die Klinke in die Hand geben. Ebenfalls in einem verlassenen Gebäude entstand, im Februar 2012, das Foto: „Unser neues Zuhause“. Kinder oder Jugendliche hatten den Schriftzug mit einem Edding an der Wand eines Einfamilienhauses hinterlassen. Die Fotografie spiegelt die bizarre Stimmung vor Ort sehr gut wider. „Konsumend“ fotografierte ich am Rhein (Köln), im Herbst 2013. Unweit des Aufnahmeortes befinden sich zwei Discounter. Das Foto erinnert mich an eine Grafik des Street-Art-Künstlers Banksy, auf der Eingeborene ein Rudel Einkaufswagen in der Savanne jagen.“

Weitere Infos unter:

www.flickr.com/photos/stoerfaktor/

oben: „Unser neues Zuhause“

rechts: „Konsumend“







Burnout als Ausdruck von Kritik an sich wandelnden Strukturen

von Katrin Nötling

XII

abstract

In diesem Artikel soll anhand von Ausschnitten aus Interviews mit Burnout-Betroffenen und Beobachtungsprotokollen von öffentlichen Informationsveranstaltungen zu Burnout aufgezeigt werden, wie die unterschiedlichen Akteure über die Thematisierung von Burnout eine Alltagskritik üben. Diese Alltagskritik ist auf der Ebene der Arbeitswelt, der Ebene handlungsleitender Strukturen und der Ebene der Zeit zu finden. Über Burnout werden somit zentrale Elemente des gesellschaftlichen Wandels zum Objekt der Kritik. Burnout bietet jedoch nicht nur die Möglichkeit für Kritik, sondern macht diese an bestehenden Normen und Strukturen erst möglich.

Einführung in das Phänomen Burnout

Burnout ist ein gesellschaftliches Phänomen, welches schon seit Jahren in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit, besonders in den Medien, zu einem viel diskutierten Thema geworden ist. Dies zeigen unter anderem die zahlreichen Zeitungsberichte sowie der Anstieg der Ratgeberliteratur zum Thema (vgl. Heinemann/Heinemann 2013: 131). Idiosynkratisch an diesem Phänomen ist nicht nur die damit einhergehende öffentliche Diskussion um Krankheitstage

am Arbeitsplatz und somit verbundene Schäden an der Volkswirtschaft, sondern auch die Debatte darüber, ob es sich bei Burnout um eine „Volkskrankheit“ handelt und inwiefern aktuelle Arbeitskulturen und Lebensstile für Burnout verantwortlich zu machen sind. Insbesondere im Bezug auf die Erwerbsarbeit und moderne Technologien wird darüber diskutiert, inwieweit Burnout Resultat eines sozialen Wandels ist, zum Beispiel eines Wandels der Arbeitsmarktstrukturen.

Burnout wurde zuerst in der Psychologie beschrieben und 1974 von dem Psy-

choanalytiker Herbert J. Freudenberger popularisiert. Mit dem Begriff versuchte Freudenberger das Phänomen des physischen und psychischen Abbaus ehrenamtlicher Mitarbeiter_innen in Hilfseinrichtungen (zum Beispiel Frauenhäuser, therapeutische Wohngemeinschaften) näher zu beschreiben (vgl. Freudenberger 1974: 159f.). Trotz der 40-jährigen psychologischen Burnout-Forschung ist die Forschungslage weiterhin divers. Dies wird unter anderem an den verschiedenen Definitionsversuchen des Phänomens deutlich.

Auch ist die Forschungslage bezüglich der Fragen, ob es sich bei Burnout um eine Krankheit handelt, wer Gefahr läuft, an ihr zu erkranken, und welche Risiko-

faktoren zu einem Burnout führen, nicht eindeutig. Manche Theorien verorten Burnout als eine Erschöpfung im Beruf (vgl. Rösing 2008; Schaufeli/Enzmann 1998), andere wiederum beschränken Burnout nicht nur auf die Arbeitswelt, sondern erkennen in dem Phänomen einen Spezialfall der Depression (vgl. Hallsten 1993).

Wie sich jedoch in verschiedenen medialen, aber auch wissenschaftlichen Bearbeitungen von Burnout zeigt, scheint eine Auseinandersetzung mit diesem Thema meist mit einer Form der Kritik, zum Beispiel an bestehenden Arbeitsver-

hältnissen, einherzugehen (vgl. Maslach/Leiter 2001). Trotzdem wird weiterhin an einem Phänomen geforscht, auf dessen allgemeingültige Kriterien und physische und psychische Indikatoren sich in der Forschung noch nicht verständigt wurde (vgl. Heinemann/Heinemann 2013: 131).

Dieser soziologische Beitrag geht der Frage nach, inwiefern über Burnout eine Akteurskritik zum Ausdruck kommt, welche den sozialen Wandel thematisiert. Akteurskritik ist hierbei als eine nicht

wissenschaftlich reflektierte Alltagskritik zu verstehen. Es wird nachgezeichnet, wie sozialer Wandel über die Thematisierung von Burnout durch die Betroffenen sowie durch pro-

fessionelle, mit Burnout in Verbindung kommende Akteur_innen (zum Beispiel Ärzt_innen, Sozialarbeiter_innen usw.) als ursächlich für das Phänomen dargestellt wird.

Zunächst wird ein kurzer Überblick über den soziologischen Diskurs zum Thema gegeben. Darauf folgt eine Darstellung zur Herkunft der zugrundeliegenden Daten. Im Anschluss daran werden anhand der ausgewerteten Interviews und Beobachtungsprotokolle Ansatzpunkte für eine Akteurskritik aufgezeigt, welche ein Leiden an gesellschaftlichen Strukturen äußert.

Trotz der 40-jährigen psychologischen Burnout-Forschung ist die Forschungslage weiterhin divers.

Der soziologische Diskurs zu Burnout

Da die angelsächsische wissenschaftliche Bearbeitung des Phänomens Burnout stark von der sozialpsychologischen Forschung geprägt und dominiert ist, beschränkt sich die Darstellung auf den deutschen soziologischen Diskurs zu Burnout.

Die Soziologie bearbeitet das Thema Burnout nicht singulär, sondern im Zusammenhang mit der Depression als Phänomen der Erschöpfung. Meist wird Burnout als Folge kapitalistischer Arbeits- und Lebensweisen dargestellt (vgl. Graefe 2010: 229). Dabei schließen die Beiträge des soziologischen Diskurses an die Arbeits- und Industriesoziologie, die Gesundheitssoziologie sowie an Theorien zum sozialen Wandel an (vgl. Neckel/Wagner 2013).

Burnout wird aus einer arbeitssoziologischen Perspektive mit der Subjektivierung von Arbeit erklärt, welche im Zusammenhang mit der Entgrenzung der Arbeit diskutiert wird (vgl. Moldaschl/Voß 2003: 15). Subjektivierung der Arbeit ist eine Bezeichnung für das Phänomen der „zunehmenden Bedeutung von subjektiven Potentialen und Leistungen im Arbeitsprozess“ (ebd.: 16). Entgrenzung der Arbeit beschreibt den Wegfall handlungsleitender und -ermöglichender Strukturen, was zu einer größeren und flexibleren Handlungsvielfalt für die Arbeitenden führt (vgl. Voß/Weiß 2005: 140). Das eigene Arbeitsvermögen soll

selbstverantwortlich und unter Druck, welcher durch Zielvereinbarungen, Ergebniskontrollen und befristete Beschäftigungsverhältnisse ausgeübt wird, gesteuert werden (vgl. Voß/Weiß 2013: 34). Die erweiterten Anforderungen an den/die Arbeitnehmer_in an die Selbstgestaltung der Arbeit bergen die Gefahr einer Überlastung in sich. Günther Voß und Cornelia Weiß deuten Burnout und Depression als neue Leiterkrankungen in einer entgrenzten und subjektivierten Arbeitswelt, in der die Betroffenen nur in der Krankheit einen Ausweg aus dem Arbeitssystem erkennen.

Alain Ehrenbergs *Das erschöpfte Selbst* stellt einen wichtigen und häufig rezipierten Beitrag zur soziologischen Burnout-Forschung dar. Es handelt sich bei Ehrenbergs Buch um eine gesellschaftstheoretische Zeitdiagnose, in der er Depression und Erschöpfung als ein gesellschaftliches Phänomen zu deuten versucht. Ehrenberg erkennt die Ursache für die Zunahme psychischer Erkrankungen in den gestiegenen Anforderungen an Autonomie, Eigeninitiative und Selbstverantwortung für das Individuum. Er geht davon aus, dass unterschiedliche Zwangsmechanismen wie Disziplin und Gehorsam an Bedeutung verloren haben und gleichzeitig dem Individuum die Verantwortung für seine Biografie übertragen wurde. Es sei zur Norm geworden, dass jedes Individuum einzeln und besonders ist und sich jede/r Einzelne primär über seine/ihre Identi-

tät definiere und individuell die Initiative für sich und sein/ihr Leben ergreifen müsse. Dies führe, verbunden mit dem Verschwinden von Regulierungs- und Disziplinarmächten, dazu, Ursachen für das Scheitern im Individuum zu suchen. Daraus resultiert das Bewusstsein des Individuums, unzulänglich zu sein. Erschöpfung betrachtet Ehrenberg daher als eine Folge der Norm, man selbst zu werden, aber auch individuell für die eigene Biografie verantwortlich zu sein (vgl. Ehrenberg 2008).

Stefanie Graefe hingegen versteht Burnout als ein „Grenzereignis“ (Graefe 2010: 249), welches ermöglicht, sich auf der Grenze zwischen dem aktuellen kapitalistischen System und einer „anderen Welt“ zu bewegen. Erschöpfung stellt demnach für sie zum einen eine „faktische Funktionsstörung“ dar, welche aufzeigt, woran die Menschen im aktuellen (Arbeits-)System erkranken. Zudem deutet sie Burnout als eine „potentielle Widersetzung“ der Betroffenen gegen das aktuelle System (Graefe 2010: 231, 247).

Auch Sighard Neckel und Greta Wagner fokussieren sich in ihrer Arbeit zu Burnout auf das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Wettbewerbsgesellschaft. Für sie stellt der/die Burnout-Betroffene den „schumpeterschen Unternehmer“ (vgl. Neckel/Wagner 2013: 212ff.) wirtschaftlicher und sozialer Veränderungsprozesse dar, der/die durch den Zusammenbruch seiner/ihrer vorherigen

Antriebsmotive frei wird, neue Formen der Subjektivierung ökonomischer Muster zu konstruieren. Ihrer These folgend erfüllt die Burnout-Krise den impliziten Auftrag, eine neue Form des Ressourcenmanagements zu ermöglichen, in der das Subjekt einen neuen Umgang mit seinen eigenen Ressourcen lernt und sich von der Logik der endlosen Steigerung des eigenen Potenzials emanzipiert (vgl. Neckel/Wagner 2013: 214f.). Somit erkennen Neckel und Wagner in Burnout eine Form des sozialen Wandels, welcher auf eine Veränderung des eigenen Ressourcenmanagements und der stetigen Selbstoptimierung abzielt.

Im Gegensatz dazu thematisiert Hartmut Rosa Burnout und Depressionen nur am Rande, versteht beide Phänomene in seiner Theorie der Beschleunigung jedoch als Reaktionen auf eine zeitliche Überlastung und einen erhöhten Stresslevel, welcher durch eine tendenzielle De-Synchronisation zwischen dem Individuum und seiner sozialen Umgebung ausgelöst werde (vgl. Rosa 2011: 224f.).

Patrick Kury stellt in einer wissenschaftsgeschichtlichen Analyse fest, dass im Verlauf der letzten 130 Jahre verschiedene Belastungsphänomene – wie Neurasthenie (Ermüdungssyndrom) um 1900, die Managererkrankung in den 1950er Jahren und aktuell Burnout – mit verschiedenen Deutungen zu den Ursachen auftauchten und teilweise auch wieder verschwanden (vgl. Kury 2013). Kury sieht darin eine sich wiederholende

Manifestation gesellschaftlicher Vorstellungen zur Physis und Psyche des Menschen. Während sich in der Erkrankung der Neurasthenie die Vorstellung vom Organismus als einen Stromkreislauf manifestiert, kommt in der Managererkrankung ein Zusammenhang zwischen dem Herzkreislaufsystem, der Automatisierung und den gestiegenen Belastungen infolge des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswachstums zum Ausdruck. Burnout stellt laut Kury eine Störung des körperinternen biochemischen Informationssystems in Zeiten der Flexibilisierung und der digitalen Kommunikationstechnologie dar (vgl. ebd.: 123). Somit thematisieren und verkörpern die verschiedenen Belastungsphänomene das jeweilige gesellschaftliche Verständnis bezüglich des sich beschleunigenden ökonomischen, gesellschaftlichen und technischen Wandels in den unterschiedlichen Epochen (vgl. ebd.).

Die hier vorgestellten Ergebnisse stammen aus einer Diplomarbeit, die der Frage nach der sozialen Konstruktion von Burnout und ihrer biografischen Einbettung in den Lebenslauf nachgeht. Entsprechend dem Sozialkonstruktivismus (vgl. Berger/Luckmann 2009) und dem Symbolischen Interaktionismus (vgl. Blumer 1973) wird Burnout als ein soziales Konstrukt verstanden, welches nicht in einer naturalistischen Form existiert, sondern Deutungs- und Aushandlungsprozessen unterliegt und in Handlungen und Interaktionen der Individuen

ständig reproduziert und neu konstruiert wird. Um besser verstehen zu können, wie Burnout von den Betroffenen gedeutet wird, ist eine Hinwendung zu subjektiven Bedeutungszuschreibungen der Betroffenen notwendig.

Für die Beantwortung der Forschungsfrage wurden narrative Interviews mit vier Betroffenen geführt. Hierbei wird der im öffentlichen Diskurs ausgetragene Deutungskampf um die gesellschaftliche Bedeutung von Burnout sowie dessen Status als Krankheit beleuchtet. Primär liegt der Fokus jedoch bei den Betroffenen selbst, die durch Selbst- und Fremddiagnosen von Burnout in diese Deutungskämpfe geraten und sich beispielsweise durch Hinwendung oder Abgrenzung zu Burnout positionieren müssen. Die von sozialen Kontaktpersonen, Therapeut_innen und Ärzt_innen an die Betroffenen herangetragenen Interpretationsschemata der Symptome tangieren das Selbst der Betroffenen und werden von ihnen nicht fraglos hingenommen. Die Betroffenen können sich gegenüber solchen übermächtigen Theorien nicht neutral verhalten (vgl. Riemann 1984: 118f.). Sie überprüfen die einem Burnout zugesprochene Symptomatik mit ihren persönlichen Erlebnissen, versuchen sich im Krankheitsbild zu verorten, vor den Deutungen anderer zu schützen und ihre Identität in Einklang mit der Deutung des Phänomens zu bringen. Sie bemühen sich, die Diagnose vor anderen zu rechtfertigen oder lehnen sie ab.

Somit wird Burnout nicht nur sozial, sondern speziell auch biografisch konstruiert.

Das narrative Interview bietet im Besonderen die Möglichkeit für die Betroffenen, Burnout in ihrem eigenen Relevanzsystem darzustellen und dessen Verlauf zu beschreiben. So wird es möglich, an die sozial konstruierten Wissensbestände über Burnout vorzudringen. Weiterhin konnten aus den Narrationen der Betroffenen biografische Knotenpunkte herausgearbeitet werden, welche die Deutung von bestimmten Symptomen als Burnout für die Betroffenen ermöglichen.

Da Burnout keine eigene diagnostische Kategorie darstellt, war es im Sinne der

Forschungsfrage nur relevant, dass die Befragten sich selbst, unabhängig einer psychologischen Deutung, ein Burnout zuschreiben, da nur in diesen Fällen die biografische Konstruktion von Burnout herausgearbeitet werden kann. Die Interviewten wurden über ein Burnout-Forum im Internet, über eine Psychotherapeutin sowie über das berufliche Umfeld der Forscherin rekrutiert und gebeten, ihren Lebensweg hin in ein Burnout und darüber hinaus zu beschreiben.

Um sich der sozialen Konstruktion von Burnout zu nähern, wurde ein zweiter Zugang über die teilnehmende

Beobachtung zweier öffentlicher Informationsveranstaltungen zum Thema gewählt. Von Interesse waren hier neben der öffentlichen Darstellung des Phänomens auch die öffentlichen Deutungs- und Aushandlungsprozesse zwischen den Referent_innen im Kontakt mit den interessierten Besucher_innen. Ziel der Auswertung dieses Fragments des öffentlichen Diskurses war es, Strukturen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema zu erkennen.

Die erste Informationsveranstaltung fand in einem Krankenhaus mit einer psychiatrischen Abteilung statt. Die vortragende Sozialpädagogin lehnte sich stark an den psychologischen Burnout-Diskurs an.

Die zweite Informationsveranstaltung wurde in einem Vortragssaal der Mediziner- und Ärztebank durchgeführt. Hier referierten ein Allgemeinmediziner, ein Betriebswirtschaftler und ein Anwalt für Arbeitsrecht zum Thema.

Bei den Interviewten handelt es sich um zwei Frauen und zwei Männer. Sie werden im Folgenden Esther, Sabine, Uwe und Karl genannt.

Der Forschungsprozess und die Auswertung erfolgten im Sinne der *grounded theory*. Weil schon ein einziger Fall eine „allgemeine konzeptuelle Kategorie“ oder eine „allgemeine konzeptu-

**Somit wird Burnout
nicht nur sozial,
sondern speziell auch
biografisch konstruiert.**

elle Eigenschaft“ aufzeigen kann, ist für die Generierung von Theorie die Anzahl der Fälle nicht entscheidend. Das vorliegende Datenmaterial bestehend aus vier Interviews und zwei Informationsveranstaltungen ist daher für eine theoretische Sättigung ausreichend (vgl. Glaser/ Strauss 2010: 47f.).

Anschlussmöglichkeiten für eine Akteurskritik

Dieses Kapitel widmet sich den Thesen, welche aus dem Material entwickelt wurden. Anhand von Zitaten aus den Interviews und dichten Beschreibungen (Geertz 1991) aus den Beobachtungsprotokollen soll gezeigt werden, wie über Burnout eine den gesellschaftlichen Wandel thematisierende Akteurskritik zum Ausdruck kommt.

Die geäußerte Kritik wird auf drei Ebenen vorgestellt, welche von den Betroffenen und professionellen Akteur_innen als ursächlich für Burnout gedeutet werden: Die Ebene der Arbeitswelt, der handlungsleitenden Strukturen und der Zeit.

Die Ebene der Arbeitswelt:

Auf die Frage, wie sich Uwe das Aufkommen und das häufige Thematisieren von Burnout in der heutigen Zeit erklärt, antwortet er:

„[...] äh dass du durch die ganze Art und Weise wie sich unser Leben verändert, durch Arbeitsverdichtung,

durch permanente Produktivitätssteigerungserwartung und so weiter und so fort, dass dadurch vielfach auch Druck aufgebaut wird, denn es früher garnet gab [...]. Oder auch so, was du ja früher immer hattest, du konntest [...] bis Mitte der 70er oder auch 80er, du hast einen Beruf gelernt, du hast in deinem Beruf gearbeitet und du bist relativ sicher davon ausgegangen, dass du den bis zur Rente machst. ((I: Ja)) Das merkst du selbst selbst im Lehrbetrieb. Du kriegst befristete Verträge, du wirst nach Möglichkeit [...] zwar gut ausgenutzt oder kriegst gesagt wie gut du bist, aber wenn's an die Verlängerung geht, bist du auf einmal verzichtbar.“ (Uwe, Zeile 498–507)

Uwe spricht hier an, dass sich aus seiner Sicht die Arbeitswelt verändert hat. Die Veränderung zeige sich in der Erwartung einer stetig steigenden Produktivität bei gleichbleibender bzw. verringerter Arbeitszeit und einer somit eintretenden Verdichtung der Arbeit sowie in häufig wechselnden Beschäftigungsverhältnissen. Diese Veränderung Sorge für einen erhöhten Druck, den er in der Vergangenheit nicht erlebt habe. Obwohl sich Uwe, wie er im Verlauf des Interviews immer wieder betont, in seinem Beruf sehr wohl fühlt und einen für ihn befriedigenden Kontakt zu seinen Kolleg_innen und zum Führungspersonal pflegt, thematisiert er schlechte Arbeitsbedingungen als ursächlich für Burnout.

Dies legt nahe, dass Burnout so stark mit der Arbeitswelt verknüpft ist, dass selbst ohne eine biografische Übereinstimmung die Arbeitswelt als Auslöser für Burnout thematisiert werden muss. Weiterhin zeigt sich in Uwes Aussagen, dass die Unmöglichkeit der Planbarkeit der Berufsbiografie zu Unsicherheitsgefühlen im Individuum führen kann, welche dann als Auslöser für Krisen wie ein Burnout gedeutet werden.

Auch Sabine erkennt Ursachen für Burnout in der Arbeitswelt:

„Ich kenne das aus so vielen Spaten, aus so vielen Untersuchungen, welche Formen des Unterdrucksetzens es inzwischen, so dieses, wie nennt man das noch mal, Management by objectives. Das ist ganz klar, das und das habe ich in einer bestimmten Zeit zu erreichen, da wird benchmarking betrieben, da werden die Leute massiv unter Druck gesetzt. Und das hat halt Konsequenzen, zum Teil strukturelle, zum Teil persönliche und ähm, das gab es sicherlich auch früher schon, Burnout, könnte ich mir vorstellen. Aber es ist eine Art des neoliberalen Führens von Menschen, habe ich den

Verdacht, dass auch in dieser Form einfach Konsequenzen hat.“ (Sabine, Zeile 246–255)

Sabine nennt einen neoliberalen Führungsstil als strukturelle Ursache für Burnout, welcher sich durch hohen Druck auf die Mitarbeiter_innen sowie einer starken Leistungsorientierung auszeichnet. Sie kritisiert hier ein Phänomen, welches in der Soziologie als Subjektivierung und Entgrenzung der Arbeit beschrieben wird: Der/die

Arbeitnehmer_in bringt sein/ihr gesamtes subjektives Potenzial in die Arbeit ein und soll das eigene Arbeitsvermögen selbstverantwortlich organisieren. Zur Steuerung des Arbeitsvermögens werde Druck auf den/die Arbeitnehmer_in in Form von Zielvereinbarungen, Ergebniskontrollen und befristeten Beschäftigungsverhältnissen aufgebaut (vgl. Voß/Weiß 2013: 37).

Ähnlich wie Uwe bedeutet für Sabine das Sprechen über Burnout auch, eine Alltagskritik an bestehenden Arbeitsstrukturen zu äußern – welche jeweils jedoch nur teilweise aus dem eigenen biografischen Erleben heraus entwickelt wird. Dies deutet darauf hin, dass die

**Dies legt nahe, dass
Burnout so stark mit der
Arbeitswelt verknüpft
ist, dass selbst ohne eine
biografische Übereinstimmung
die Arbeitswelt als
Auslöser für Burnout
thematisiert werden muss.**

soziale Konstruktion von Burnout eine Arbeits- und Leistungsorientierung beinhaltet, welche Teil einer Alltagskritik am Arbeitssystem wird.

Karl hingegen kritisiert im Gegensatz zu den anderen Interviewteilnehmer_innen nicht systemimmanente Arbeitsstrukturen, sondern führt als Belege seiner Kritik an der Arbeitswelt gezielt Beispiele aus seiner eigenen Berufsbiografie an:

„Man ist im Außendienst gewesen, ich hatte meine Vorgaben, meine zeitlichen Vorgaben und die hat man dann erfüllt und dann war gut (3). Ja, man hatte Angst gehabt die Vorgaben, man bekam zeitliche Vorgaben, also ich konnte nicht bei irgendeiner Firma so lange bleiben wie ich wollte. Da hieß es 6 Stunden und mehr kriegst du nicht. Da musste ich da alles erfassen.“ (Karl, Zeile 56–58; 75–78)

Auch Karl berichtet von zeitlich begrenzten Arbeitsvorgaben in der neoliberalen Arbeitswelt. Diese beschleunigte Form der Arbeit und die Durchsetzung zeitlicher Normen durch Fristen und Arbeitszeitbegrenzungen erlebte er als große Belastung. Er konstruiert in seiner Erzählung eine positive Arbeitswelt bei seinem alten Arbeitgeber, bei dem er gute Arbeit in einer für ihn angemessenen Zeit abgeben konnte, im Gegensatz zu einer schlechteren Arbeitswelt bei seinem neuen Arbeitgeber, der es ihm

durch eine zeitliche Verknappung und schlechte Administration erschwerte, eine zufriedenstellende Arbeit abzuliefern. Dies führte zu Versagensängsten bei ihm.

Auch bei den öffentlichen Informationsveranstaltungen wird Arbeit thematisiert. So spricht die Sozialpädagogin von gestiegenen Arbeitsanforderungen für die/den einzelne/n Arbeitnehmer_in und sagt, dass viele Arbeitnehmer_innen sich nicht gegen anfallende Mehrarbeiten wehren würden – aus Angst vor einem Karriereknick oder dem Verlust des Arbeitsplatzes. Zur Prävention gegen Burnout empfiehlt sie daher, sich in einer positiven und bejahenden Haltung sich selbst und der Arbeit gegenüber zu üben sowie sich selbst realistische Ziele zu stecken und nicht zu hohe Ansprüche an sich selbst zu haben. Weiterhin vertritt sie die Meinung, dass es in den meisten Firmen nicht üblich sei, dem/den Arbeitnehmer_innen ein positives Feedback für deren geleistete Arbeit zu geben. Deshalb sei es ihrer Meinung nach wichtig, die eigene Leistung anzuerkennen und sich selbst zu loben. Für die Vorbeugung von Burnout helfen laut der Sozialpädagogin eine klare Aufgabenverteilung im Team sowie der regelmäßige Austausch in Teambesprechungen und eine eindeutige Kommunikation untereinander. Auch im Team solle eine wertschätzende Haltung gelebt und das Gegenüber mit Verständnis und Rücksicht behandelt werden. Vorgesetzte sollen die

Probleme ihrer Mitarbeiter_innen ernst nehmen, Aufgaben klar und deutlich verteilen und die Leistung der Mitarbeiter_innen wahrnehmen und anerkennen. Weiterhin beschreibt die Referentin in ihrem Vortrag, dass Institutionen mit klaren Organisationsstrukturen und angemessenen Rahmenbedingungen – beispielsweise mit einer guten Arbeitsplatzgestaltung, einem realistischen Stellenschlüssel sowie einer positiven Firmenkultur Burnout vorbeugen können.

Die Sozialpädagogin äußert in ihrem Vortrag Kritik an bestehenden Arbeitsverhältnissen und empfiehlt dem Individuum, sich selbstverantwortlich vor diesen krankmachenden Strukturen zu schützen.

Auch der Betriebswissenschaftler benennt Kritikpunkte an der Arbeitswelt. Wichtig für die Prävention von Burnout sind für ihn die Einführung eines Führungsstils ohne Druckausübung auf die Mitarbeiter_innen sowie eine betriebliche Gesundheitsförderung. Da in den Führungsetagen seiner Meinung nach jedoch unfähiges Führungspersonal sitzt, welches seine Position aufgrund von Kontakten und guten kommunikativen Fähigkeiten erhalten und das Führen von Mitarbeiter_innen nicht gelernt habe,

Mittels dieser Individualisierungsstrategie wird die Verantwortung für die Gesundheit in das Subjekt verlagert, welches sich selbst vor einem Burnout bewahren muss.

setzt sich das Konzept der „drucklosen Führung“ nur sehr schleppend durch.

Die Referent_innen skizzieren in ihren Vorträgen das Bild von hilflosen Arbeitnehmer_innen, welche einem inkompetenten Führungspersonal ausgeliefert

seien. „Der/Die Chef_in“ oder „das Führungspersonal“ werden als Feindbilder ohne Kompetenzen konstruiert, welche Druck auf den/die Arbeitnehmer_innen ausüben und gegen die sich diese/r eigenver-

antwortlich, zum Beispiel durch Stres-
sreduktion, schützen müssen. Mittels dieser Individualisierungsstrategie wird die Verantwortung für die Gesundheit in das Subjekt verlagert, welches sich selbst vor einem Burnout bewahren muss. Weiterhin versuchen die Referent_innen in ihren Vorträgen, zum Beispiel durch das Werben für betriebliche Gesundheitsförderung, Anschluss an den kapitalträchtigen Markt, welcher sich um Burnout herum entwickelt hat, zu finden.

Es zeigt sich, dass unabhängig der eigenen Erwerbsbiografie bestehende Arbeitsstrukturen, das heißt die Subjektivierung und Entgrenzung der Arbeit, als Ursachen für Burnout herangezogen und kritisiert werden. Damit stellt das bestehende Arbeitssystem einen generellen Bezugspunkt für Alltagskri-

tik dar, welche über die Thematisierung von Burnout geäußert werden kann, ohne persönliche Erfahrungen dahingehend gesammelt zu haben. Aber nicht nur Arbeitsstrukturen, sondern auch Personengruppen, wie „das Führungspersonal“, werden – dargestellt als die Personifizierung des Arbeitssystems –

zum Objekt der Kritik. Burnout wird als Beleg für die Berechtigung dieser Kritik an den Arbeitsstrukturen von den Akteur_innen herangezogen.

Die Ebene handlungsleitender Strukturen

Als weitere Ursache für Burnout thematisiert Uwe den Wegfall handlungsleitender Strukturen am Beispiel der Familie.

„[...]was ich auch noch mit reinnehmen würde, [...] diese Auflösung sozialer Strukturen bei uns. Also dieser ganze westliche, die ganze westliche Hemisphäre, die Auflösung der Familie, du hast die Patchworkfamilie und und und. Das sind halt alles so Dinge, wo du früher so einen relativ einfachen Eckpunkt bekommen hast, mit dem hast du dich bewegt und heute, wir haben ständig irgendwelche neuen Wahrheiten. Ja, das heißt dieser permanente Anpassungsdruck an veränderte Umstände. Also das

alles denke ich in der Summe, ähm, kann's recht gut erklären, warum das Phänomen Burnout einfach auch so viel mehr ähm, net nur diagnostiziert wird, sondern eben auch drüber diskutiert wird.“
(Uwe, Zeile 516–525)

Uwe benennt hier, was auch Zygmunt Bauman in seinem Buch *Flüchtige Zeiten* (2008) beschreibt. Bauman erkennt die heutige Zeit als eine Zeit des Übergangs von einer „festen“ in eine „flüchtige“ Phase der Moderne. Diese ist gekennzeichnet durch die kurze Dauer sozialer Formen, wie allgemein akzeptierte Verhaltensmuster und Strukturen, welche individuelle Verhaltensspielräume begrenzen. Da sich soziale Formen in dieser flüchtigen Moderne nicht verfestigen, können sie nicht mehr als Bezugsrahmen für menschliches Handeln und Lebensstrategien herangezogen werden (vgl. Bauman 2008: 8). Uwe nennt als Beispiel die für ihn festzustellende Auflösung der Familie. Eine Veränderung der bisherigen Struktur der Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, kommt für ihn nicht einer Erweiterung der Familie mit neuen Bezugspersonen für die Kinder gleich, sondern beinhaltet für ihn eine Auflösung, einen Zerfall des ihm bekannten Konzepts von Familie. Dies bedeutet

Burnout wird als Beleg für die Berechtigung dieser Kritik an den Arbeitsstrukturen von den Akteur_innen herangezogen.

für ihn einen Wegfall struktureller Vorgaben, innerhalb derer sich das Individuum bewegen und verorten kann, und führt zu Unsicherheiten und dem Druck, sich immer wieder an neue Gegebenheiten anpassen zu müssen.

Sabine entwickelt folgende Theorie zur Ursächlichkeit von Burnout:

„Und ich kann mir schon vorstellen, bestimmte Ansprüche sind schlicht und ergreifend gewachsen und Strukturen haben sich verändert beispielsweise solche Geschichten inzwischen diese klassische Rollenverteilung wie sie meine Eltern schon hatten. Meine Mutter blieb ab dem ersten Kind zu Hause, mein Vater geht arbeiten, sorgt für die Familie, ähm, da kann man sicherlich auch sowas wie einen Burnout entwickeln. Aber wenn ich mir keine Gedanken machen muss um meine Kinder, wenn ich mir keine Gedanken machen muss um meine Wäsche, wenn ich mir keine Gedanken machen muss um sonst was ähm lässt es sich natürlich auch wesentlich leichter bestimmte Mengen an Arbeit verrichten. Und ähm, das ist schon ein bisschen schwieriger geworden.“
(Sabine, Zeile 217–225)

Sabine beschreibt allgemein, dass sich Strukturen verändert haben und Ansprüche gewachsen sind. Dies führt sie näher an dem Beispiel der veränderten Rollenerwartung der Geschlechter aus.

Für Sabine bedeutet der Einstieg der Frau in die Erwerbsarbeit einen erhöhten Stress für beide Geschlechter, da die Hausarbeit und Betreuung der Kinder nicht mehr alleinig von der Frau tagsüber übernommen wird, sondern ausgelagert bzw. in der Freizeit erledigt werden müssen. Für sie hat die Auflösung dieser Rollenstrukturen zur Folge, dass die Aufgabenfülle der/des Einzelnen ansteigt. Dies kann ihrer Meinung nach zu einer Überforderung führen. Das Zitat von Sabine lässt die Deutung zu, dass sie in der traditionellen geschlechterbezogenen Rollenverteilung einen Vorteil gegenüber den aktuell sich verwischenden Geschlechternormen erkennt, da durch die traditionelle Arbeitsteilung in Haus- und Erwerbsarbeit der/die Einzelne entlastet wird und mehr Arbeit verrichtet werden kann. Da die Arbeitsteilung heute nicht mehr direkt am Geschlecht festgemacht werden kann, sondern Aushandlungsprozessen unterliegt, bedeutet das, laut Sabine, eine schwierigere Situation für beide Geschlechter.

In den Interviews zeigt sich eine Kritik an der Auflösung handlungsleitender Strukturen. Dies wird an der Veränderung von Geschlechternormen und dem traditionellen Familienmodell näher ausgeführt. Diese Kritik kann als ein Wunsch nach Retraditionalisierung gedeutet werden. Dieser wird von den Betroffenen als Form der Vereinfachung und Komplexitätsreduktion des Lebens verstanden, welche mit einer gefühlten

Sicherheit und Stressreduktion in Verbindung gebracht wird.

Die Ebene der Zeitnormen

Weiterhin zeigt sich, dass Zeitnormen zum Gegenstand von Kritik werden. Hierzu thematisiert Esther Folgendes:

„Und (3) ja, dass alles so schnelllebig ist und. Ich meine früher hat man einen Brief geschickt, heute schreibt man eine E-mail, ja? Ähm, ja diese ständige Verfügbarkeit, diese ständigen Reize so, das ständig alles auf einen einprasselt und dass man auch ständig alles sofort gelöst haben muss und ja, eben dieses viele, für die Kinder dieses viele Programm. Damit fängt es ja irgendwie schon an. Und (3) ich habe vorher auch viele Dinge gleichzeitig gemacht irgendwie, ja? Das, das Radio laufen gehabt und die Kinder liefen hier rum und haben gespielt oder was und ich habe nebenbei noch telefoniert oder. Das versuche ich jetzt irgendwie runter zu schrauben und nee ich mach auch nur eins und ich mach auch den PC nicht mehr so viel an.“ (Esther, Zeile 1318–1327)

Für Esther sind gesellschaftliche Veränderungen, speziell die gefühlte Beschleunigung der Zeit, ursächlich für die Erkrankung an Burnout. Dies verdeutlicht sie am Beispiel der E-Mail, die – im Vergleich zu einem Brief – das Geschriebe-

ne unmittelbar an den Adressaten übermittelt, und des daraus resultierenden Gefühls der ständigen Verfügbarkeit für andere. Weiterhin würde, laut Esther, der/die Einzelne mit Reizen überhäuft; selbst Kinder seien ihrer Meinung nach von der Schnelllebigkeit der Welt betroffen und würden damit schon in jungen Jahren überfordert. Anders als Sabine und Uwe distanziert sie ihre eigene Erfahrungswelt als Betroffene nicht von ihren Definitionsversuchen, sondern führt ein Beispiel aus ihrer eigenen Biografie an. Mit der Aussage, dass sie den PC nicht mehr so häufig einschalten würde, hebt Esther hervor, dass sie sich nicht mehr so sehr der Vielfalt und ständigen Verfügbarkeit der Medien aussetzen möchte. Sie knüpft hier an eine, auch im öffentlichen Diskurs prävalente, Alltagskritik an den modernen Technologien und Medien an. Hinter der Kritik steht die Deutung, dass ein zu großer Konsum der Medien das Individuum überfordern würde, beispielsweise durch die ständige Erreichbarkeit über das Mobiltelefon. Dahinter verbirgt sich eine Normalitätsunterstellung, die vorgibt, welches Ausmaß an Konsum gesund und welches ungesund für das Individuum sei. Esther erkennt erste Anzeichen der Überforderung schon bei ihren Kindern:

„Ja, das ist jetzt wie mit dem Kleinen. Der beschäftigt sich jetzt schon den ganzen Vormittag nur mit so elektrischen Gedöns wo ich dann sage ok,

das ist eine Ausnahme, weil wir hier quatschen, dann ist er wenigstens ruhig, ja, aber ähm, das ist jetzt auch sowas. Ich habe schon vorher immer gesagt: „Nee, ihr könnt nicht so viel Fernsehen gucken“ und habe versucht das bei denen zu beschränken, aber jetzt denke ich, hat das nochmal einen handfesten Grund, dass ich das denen beschränke, ja, oder klar, es sind auch mal viele Situationen mit dabei wo ich sage das sind Ausnahmesituationen und ich will meine Ruhe haben ok, geht jetzt meinnetwegen tatsächlich an den PC oder Spiel mit dem Handy oder so [atmet ein] aber ich sag mal wenn ich wieder fit bin, dann hört das bei denen auch wieder auf, ja? Weil ich glaube, dass das denen gar nicht gut tut diese vielen elektrischen Dingen da rummachen.“ (Esther, Zeile 1346–1357)

Esther äußert den Medien gegenüber eine konservative Haltung. Bevor sie erkrankte, versuchte sie die Mediennutzung ihrer Kinder zu beschränken; erst durch ihre Erkrankung habe sie jetzt ein glaubhaftes Argument dafür. Hier verdeutlicht sich die Vorstellung, dass Esthers Überforderung und Erkrankung auch eine Reaktion auf eine Überlastung durch technische Geräte und Medienkonsum darstellen. Fernseher, Computer und Mobiltelefone werden als Gegenstände gedeutet, die den Menschen ablenken und schädigen. Sie setzen den

Menschen unter Stress, da sie die Kommunikationsmöglichkeiten und -wege beschleunigen. Esther setzt um, was sie in ihrer Therapie gelernt hat und was auch in den Informationsveranstaltungen empfohlen wurde, um Stress zu reduzieren: Sie versucht, den Umgang mit Medien zu reduzieren, plant medienfreie Zeiten ein und ist bestrebt, auch ihren Kindern einen bewussten Umgang mit den Medien vorzuleben.

Die Phase der Therapie nach seinem Zusammenbruch beschreibt Karl als eine Zeit der Entschleunigung, in der er gezwungen wird, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen und herauszufinden, was er eigentlich möchte:

„Und das dauert halt seine Zeit und ganz ganz langsames reparieren. Ganz langsam. Sie können da nicht mit dem Hammer und Meißel rangehen dieses verkrustete, sondern Sie müssen da ganz groß mit so einem großen Pinselchen dran arbeiten. Das ist die Erfahrung die ich gemacht habe.“ (Karl, Zeile 521–524)

Wie Esther äußert auch Karl einen Wunsch nach Entschleunigung. Burnout wird von Karl als ein Ausbruch aus einer schnelllebigen Welt konstruiert und als Möglichkeit, ein entschleunigtes Leben zu führen. Seine Maßnahmen zur Entschleunigung beinhalten das Ausscheiden aus dem Beruf und seine Verrentung.

Auch in den öffentlichen Informationsveranstaltungen werden eine Reizüberflutung durch die Vielzahl an Medien sowie die Beschleunigung als Auslöser für Stress und Burnout gedeutet. Als Beispiel dafür nennt die Sozialpädagogin die ständige Erreichbarkeit mit dem Mobiltelefon, welche Stress auslöse. Sie betont, dass sich die Menschen wieder auf sich selbst besinnen sollten. Man sollte ihrer Meinung nach lernen, auch mal nichts zu tun. Hierfür sei es wichtig, sich nicht von Medien ablenken zu lassen, sondern sich medienfreie Zeiten einzuplanen. Währenddessen könne man beispielsweise über den eigentlichen Sinn des Lebens nachdenken. In seiner Freizeit solle man Hobbies ausüben und Entspannungstechniken, wie zum Beispiel Yoga, erlernen, um den Alltag zu entschleunigen.

In den Interviews und den Informationsveranstaltungen wird eine Kritik an Zeitnormen deutlich, die Hartmut Rosa in seiner Theorie der Beschleunigung beschreibt (vgl. Rosa 2008). Rosa erkennt Zeit als ein soziales Konstrukt, welches im sozialen Leben stets präsent ist. Er stellt dar, dass kapitalistische Strukturen, welche in der Zeitstruktur eingebettet sind, Auswirkungen auf das soziale und materielle Leben der Gesellschaft haben (vgl. ebd.: 221ff.). Er geht davon aus, dass moderne Gesellschaften durch zeitliche Normen, wie Fristen und Ablaufpläne, synchronisiert werden. Eine De-Synchronisation tritt dann auf, wenn zwei

Prozesse sich nicht in gleicher Weise beschleunigen lassen (zum Beispiel gewisse Funktionen im menschlichen Körper). Jedoch gibt es auch Prozesse, die sich noch nicht beschleunigt haben oder Tendenzen einer Entschleunigung aufzeigen (zum Beispiel die Ausbildung) (vgl. ebd.: 223). Das Individuum, welches die zeitlichen Normen nicht erfüllen kann, macht sich schuldig, den sozialen Erwartungen nicht zu entsprechen. Aus diesem Grund deutet Rosa Depression und Burnout als Reaktionen der Betroffenen auf eine zeitliche Überlastung und einen erhöhten Stresslevel, welcher durch eine tendenzielle De-Synchronisation zwischen Individuum und sozialer Umgebung ausgelöst wird (vgl. ebd.: 236ff.). Rosa geht davon aus, dass die Beschleunigungsprozesse die Beziehung der Menschen zur Welt erschweren. Dies zeige sich in den unterschiedlichen Formen der Entfremdung als Resultat dieser Beschleunigungsprozesse. So würden sich die Menschen vom Raum, von der Dingwelt, von ihren eigenen Handlungen und der Zeit entfremden. Gleichzeitig setzten eine soziale Entfremdung und eine Entfremdung vom eigenen Selbst ein (vgl. ebd.: 235f.).

Rosa deutet zeitliche Normen als eine der dominierenden Normen in modernen Gesellschaften. Sie unterscheiden sich grundlegend von anderen, zum Beispiel politischen oder moralischen Normen, da sie zwar sozial konstruiert seien, jedoch nicht als gerechtfertigte Normen, sondern als naturgegebene Tatsachen

auftreten und scheinbar ohne Sachzwänge von außen existieren. Da sie jedoch außerhalb einer politischen Debatte stehen, habe die Gesellschaft weiterhin die Möglichkeit, sich als frei und nur minimal restriktiv wahrzunehmen. Rosa schreibt den Zeitnormen einen totalitären Charakter zu, da sie Druck auf den Willen und die Handlungen von Subjekten ausüben, auf alle Subjekte in gleicher Weise einwirken und sich nicht auf einen Teilbereich der Gesellschaft beschränken (vgl. ebd.: 232ff.). Durch diesen scheinbar naturgemäßen Zustand sei es fast unmöglich, zeitliche Normen zum Objekt der Kritik und Rechtfertigung werden zu lassen (vgl. ebd.: 221f.).

Burnout stellt sich in den Interviews und Beobachtungsprotokollen jedoch als eben jener Ausweg für Kritik dar. Über Burnout scheint es möglich zu werden, diese zeitlichen Normen zu enttarnen und zum Objekt der Kritik werden zu lassen. Dies könnte erklären, warum gerade im Zusammenhang mit dem Phänomen Burnout eine massive Kritik an den Zeitnormen, welche sich auch in einer Medienkritik verdeutlicht, nicht nur in den Interviews, sondern auch im öffentlichen Diskurs zu erkennen ist.

Burnout und Kritik am sozialen Wandel

Es zeigt sich daher, dass über die Thematisierung von Burnout eine Akteurskritik an neoliberalen Arbeitsmarktstrukturen, an der Auflösung handlungsleitender

Strukturen wie auch an Zeitnormen geübt wird. Hierbei werden zentrale Merkmale des gesellschaftlichen Wandels zum Objekt der Kritik. Diese formulierte Akteurskritik geht mit der Vorstellung einher, der aktuelle gesellschaftliche Zustand sei im Vergleich zur Vergangenheit schlechter zu bewerten. Die Kritik richtet sich gezielt an die Veränderung des traditionellen Familienmodells und der Geschlechterrollen, welche nun nicht mehr als handlungsleitende Strukturen herangezogen werden können, die Medien und veränderte Kommunikationswege, welche die Beschleunigung der Zeit repräsentieren, sowie an aktuelle Arbeitsverhältnisse. Es wird die Verdichtung der Arbeit und die Unsicherheit bezüglich einer nicht mehr planbaren Berufsbio-graphie als Anschlussmöglichkeiten für Kritik konstruiert. Über die Differenzierung zwischen „dem Führungspersonal“ und „dem/der Mitarbeiter_in“, wird der/die Arbeitnehmer_in als Leidtragende/r des Arbeitsmarktes und der schlechten Arbeitswelt konstruiert, welche/r dem Führungspersonal scheinbar hilflos ausgeliefert ist. Dies lässt die Deutung zu, dass Erschöpfung als soziales Konstrukt eine Arbeits- und Leistungsorientierung beinhaltet, welche als krankmachend verstanden wird. Wer an Burnout erkrankt, äußere demnach ein Leiden an gesellschaftlichen Strukturen, die einem Wandel unterworfen sind.

Burnout wird als Moment der Kritik an den überfordernden und krankma-

chenden Strukturen herangezogen und auf eine Zeit verwiesen, in der es weniger Technik, scheinbar weniger Arbeitsdruck und festere soziale Strukturen gab. Idiosynkratisch an dieser Erkrankung ist jedoch nicht nur die Formulierung einer Kritik, sondern, dass über die Thematisierung von Burnout Kritik beispielsweise an Zeitnormen erst möglich wird. Burnout wird als ein scheinbarer Beleg für die Berechtigung von Kritik herangezogen. Über Burnout wird es erst möglich, diese krankmachenden Strukturen (beispielsweise Zeitstrukturen) zu enttarnen und zum Objekt für Kritik werden zu lassen. Somit ist Burnout nicht nur als ein gesellschaftliches Leiden sondern speziell auch als eine Form der Kritik an krankmachenden Strukturen zu verstehen.

ZUR AUTORIN:

Katrin Nötling, 24, studiert Soziologie (Diplom) an der Technischen Universität Darmstadt. Zu ihren wissenschaftlichen Interessengebieten zählen: Biografieforschung, sozialer Wandel, Ökonomie und Lebensführung, Stadtsoziologie, Gender Studies.

LITERATUR

Bauman, Zygmunt (2008): *Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit*. Hamburg: Hamburger Edition.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2009): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer.

Blumer, Herbert (1973): Der methodologische Standort des Symbolischen Interaktionismus. In: Arbeitsgruppe

Bielefelder Soziologen (Hrsg.): *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*. Bd. 1: *Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie*. Reinbek: Rowohlt, S. 80–146.

Bröckling, Ulrich (2013): *Der Mensch als Akku, die Welt als Hamsterrad. Konturen einer Zeitkrankheit*. In: Neckel, Sigward/Wagner, Greta (Hrsg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 179–199.

Burisch, Matthias (2010): *Das Burnout-Syndrom*. Berlin: Springer.

Ehrenberg, Alain (2008): *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Franke, Klaus (1955): *Die sogenannte Managerkrankheit. Ihre Ursachen, ihre Behandlung, ihre Verhütung*. Stuttgart: Friedrich-Karl Schattauer.

Freudenberger, Herbert J. (1974): Staff Burnout-Out. In: *Journal of Social Issues*, Jg. 30/1, S. 159–165.

Geertz, Clifford (1991): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (2010): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Hans Hufer.

Graefe, Stefanie (2011): *Formierte Gefühle – erschöpfte Subjekte*. In: Koppetsch, Cornelia (Hrsg.): *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus. Zur Transformation modernen Subjektivität*. Wiesbaden: VS, S. 139–143.

Graefe, Stefanie (2010): *An den Grenzen der Verwertbarkeit. Erschöpfung im flexiblen Kapitalismus*. In: Becker, Karina/Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Reitz, Tilman (Hrsg.): *Grenzverschiebungen des Kapitalismus. Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands*. Frankfurt am Main: Campus, S. 229–252.

Hallsten, Lennart (1993): *Burning out: A framework*. In: Schaufeli, Wilmar B./Maslach, Christina/Marek, Tadeusz (Hrsg.): *Professional Burnout: Recent developments in theory and research*. Bristol: Taylor & Francis, S. 95–113.

Hauß, Rolf (2007): *Krankheiten, die Karriere machen: Zur Medizinialisierung und Medikalisierung sozialer Probleme*. In: Warrlich, Christian/Reinke, Ellen (Hrsg.): *Auf der Suche. Psychoanalytische Betrachtungen zum AD(H)S*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 159–186.

Haubl, Rolf (2013): Burnout – Diskurs und Metaphorik. In: Sighard Neckel; Greta Wagner (Hrsg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 165–178.

Heinemann, Linda von/Heinemann, Torsten (2013): Die Etablierung einer Krankheit? Wie Burnout in den modernen Lebenswissenschaften untersucht wird. In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hrsg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 129–147.

Kury, Patrick (2013): Von der Neurasthenie zum Burnout – eine kurze Geschichte von Belastung und Anpassung. In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hrsg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 107–128.

Legewie, Heiner; Schervier-Legewie, Barbara (2011): „Forschung ist harte Arbeit, es ist immer ein Stück Leiden damit verbunden. Deshalb muss es auf der anderen Seite Spaß machen“. Anselm Strauss im Gespräch mit Heiner Legewie und Barbara Schervier-Legewie. In: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS, S. 69–78.

Maslach, Christina (1976): Burned-out. In: *Human Behavior*, Jg. 9, S. 16–22.

Maslach, Christina (1993): Burnout: A multidimensional perspective. In: Schaufeli, Wilmar B./Maslach, Christina/Marek, Tadeusz (Hrsg.): *Professional Burnout: Recent developments in theory and research*. Bristol: Taylor & Francis, S. 19–32.

Maslach, Christina/Leiter, Michael P. (2001): *Die Wahrheit über Burnout. Stress am Arbeitsplatz und was Sie dagegen tun können*. Wien: Springer.

Mey, Günter/Mruck, Katja (2011): *Grounded Theory-Methodologie: Entwicklung, Stand, Perspektiven*. In: Mey, Günter/ Mruck, Katja (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS, S. 11–50.

Moldasch, Manfred/Voß, G. Günter (2003): *Subjektivierung von Arbeit*. Mering: Rainer Hampp.

Neckel, Sighard; Wagner, Greta (2013): Erschöpfung als „schöpferische Zerstörung“. Burnout und gesellschaftlicher Wandel. In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hrsg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 203–217.

Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2009): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.

Riemann, Gerhard (1984): „Na wenigstens bereitete sich da wieder was in meiner Krankheit vor“. In: Kohli, Martin/Robert, Günther (Hrsg.): *Biographie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven*. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 118–141.

Rösing, Ina (2008): *Ist die Burnout-Forschung ausgebrannt? Analyse und Kritik der internationalen Burnout-Forschung*. Heidelberg: Asanger.

Rosa, Hartmut (2011): *Entfremdung in der Spätmoderne. Umriss einer Kritischen Theorie der sozialen Beschleunigung*. In: Koppetsch, Cornelia (Hrsg.): *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus. Zur Transformation moderner Subjekte*. Wiesbaden: VS, S. 221–252.

Schaufeli, Wilmar/Enzmann, Dirk (1998): *The Burnout Companion to Study and Practice. A critical Analysis*. London: Taylor&Francis.

Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. *Neue Praxis*, Jg. 13/3, S. 283–293.

Schütze, Fritz (1984): Kognitive Figuren des Stehgreiferzählens. In: Kohli, Martin/Robert, Günther (Hrsg.): *Biographie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven*. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 78–117.

Thunman, Elin (2013): Burnout als sozialpathologisches Phänomen der Selbstverwirklichung. In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hrsg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 58–85.

Voß, G. Günther/Pongratz, Hans J. (1998): *Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 50/1, S. 131–158.

Voß, G. Günter/Weiß, Cornelia (2005): *Subjektivierung von Arbeit – Subjektivierung von Arbeitskraft*. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hrsg.): *In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt im Wandel*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Voß, G. Günther/Weiß, Cornelia (2013): *Burnout und Depression – Leiterkrankungen des subjektiven Kapitalismus oder: Woran leidet der Arbeitskraftunternehmer?* In: Neckel, Sighard/Wagner, Greta (Hrsg.): *Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp, S. 29–57.

Fachliteratur zum Thema

Buchempfehlungen der Redaktion

von Daniel Ellwanger



Solidarität in der Krise

Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis

von Lucie Billmann und Josef Held (Hrsg.)

Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2013

ISBN: 978-3-658-00911-3

59,99 €

Der Sammelband betrachtet das gegenwärtige Verhältnis von Solidarität und unterschiedlichen Formen der Krise(n) des Neoliberalismus in verschiedenen Zusammenhängen und Regionen der Welt. Die Bedeutungen und Wandlungen von solidarischem Handeln werden in je eigenen Kontexten nachgezeichnet: am Arbeitsplatz, in der Bildung, in Konzepten von Gewerkschaften. Ader auch wie solidarisches Handeln als kollektive Praxis verhindert wird und welchen Schwierigkeiten es ausgesetzt ist, ist unter anderem Gegenstand des Buches.

Soziologen und Historiker analysieren, ausgehend von gesellschaftlichen Umbrüchen und deren sozialen Folgen, unterschiedliche Ausprägungen von Netzwerken, die auf die Konsequenzen religiös-kultureller Differenzen und Neuformierungen reagieren. Von der Spätantike bis hinein in die Gegenwart werden unter religionssoziologischem Interesse Formen von Netzwerken verschiedener Glaubensrichtungen in den Blick genommen.



NSU Terror

Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse

von Imke Schmincke und Jasmin Siri (Hrsg.)

Bielefeld: Transcript, 2013

ISBN: 978-3-8376-2394-9

22,99 €

Der von Imke Schmincke und Jasmin Siri herausgegebene Sammelband liefert eine Analyse des politischen Diskurses in der Öffentlichkeit über die Ereignisse der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Um die Bedingungen des rechtsextremen Terrors näher zu beleuchten, werden gesellschaftspolitische Kontexte in den Blick genommen.

Es werden Beiträge und Interviews sowohl von Soziologen wie Paula-Irene Villa, Stephan Lessenich und Armin Nassehi als auch von Personen aus dem Umfeld der Opfer gebündelt. Neben einer Rekon-



Gesellschaftliche Umbrüche und religiöse Netzwerke

Analysen von der Antike bis zu Gegenwart

von Daniel Bauerfeld und Lukas Clemens (Hrsg.)

Bielefeld: Transcript, 2014

ISBN: 978-3-8376-2595-0

33,99 €

struktion der Ereignisse des NSU-Terrors sowie der Beschreibung medialer Diskurse aus unterschiedlichen Perspektiven fragen die Autor_innen danach, welche Erklärungen die soziologische Gesellschaftstheorie für den NSU-Terror bieten kann.



Die Entstehung des transzendenten Kapitalismus

von Jochen Hirschle
Konstanz: UVK, 2012
ISBN: 978-3-86764-386-3
24,99 €

Jochen Hirschle fragt in seinem Buch, ob und inwiefern die gegenwärtige Konsumgesellschaft als eine logische Fortschreibung des kapitalistischen Wirtschaftssystems verstanden werden kann. Dabei wird Konsum als ein Katalysator sozialer Prozesse betrachtet. Der Autor möchte so in Anschluss an Émile Durkheim zeigen, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung als ein Prinzip verstanden werden kann, welches Gesellschaft hervorbringt.



Kapitalismustheorie und Arbeit

Neue Ansätze soziologischer Kritik
von Klaus Dörre, Dieter Sauer,
Volker Witte (Hrsg.) Frankfurt
am Main: Campus, 2012
ISBN: 978-3-5934-1700-4
29,90 €

Die Beiträge in dem Sammelband widmen sich im Kontext der Finanzkrise und an-

derer dauerhafter Krisenerfahrungen dem Verhältnis von Kapitalismustheorie bzw. -kritik und Arbeitssoziologie. Arbeitssoziologische Forschung und Sozialkritik haben, nach dem Ermessen der Autor_innen, in der Soziologie ihr ehemaligen Schlüsselpositionen eingebüßt und sollen nun wieder für neue Anschlüsse aufbereitet werden. Im Fokus der Aufsätze stehen vor allem aktuelle Konzepte und Mechanismen kapitalistischer Akkumulations- und Verwertungsmechanismen, die die systemeigenen Dynamiken der Marktwirtschaft zu durchdringen versuchen.



Wittenberge ist überall

Überleben in schrumpfenden Regionen
von Andreas Willisch (Hrsg.)
Berlin: Ch. Links, 2012
ISBN: 978-3-86153-664-2
14,99 €

Der gesellschaftliche Umbruch der Stadt Wittenberge ist das Thema dieses Buches. Ein dreijähriges Forschungsprojekt untersuchte die sich durch Deindustrialisierung und Abwanderung verändernden Strukturen und Lebensbedingungen dieser Stadt und ihrer Einwohner_innen. Der Blick der Forscher_innen blieb jedoch nicht nur auf dieses Ort begrenzt; auch in anderen Regionen und Städten Europas, beispielsweise in der Türkei, in Norwegen und in Schweden, können ähnliche Entwicklungen beobachtet werden. Das Buch möchte demnach nicht nur einen punktuellen Verfall präsentieren, sondern allgemeine Entwicklungstendenzen in Europa aufzeigen.



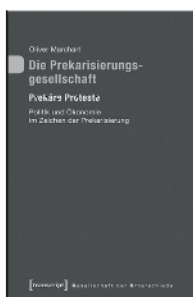
Lars Distelhorst

Leistung

Das Endstadium der Ideologie

■ Hinter die Fassaden der Leistungsgesellschaft geblickt – hinter dem hohlen Begriff der Leistung verbirgt sich die Leere einer Gesellschaft, deren Zentrum in der Akkumulationsbewegung des Kapitals liegt, während sie die letzten Karten der Ideologie spielt.

Januar 2014, 192 Seiten, kart., 22,99 €, ISBN 978-3-8376-2507-4



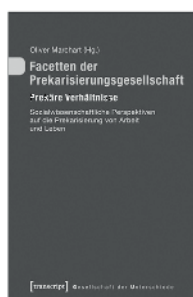
Oliver Marchart

Die Prekarisierungsgesellschaft

Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung

■ Wir leben in einer Gesellschaft zunehmender Verunsicherung: in der Prekarisierungsgesellschaft. Der Band analysiert die Strukturen dieser gesellschaftlichen Formation und nimmt die Protestbewegungen der Gegenwart und ihre politischen Implikationen in den Blick.

Oktober 2013, 248 Seiten, kart., 22,99 €, ISBN 978-3-8376-2192-1



Oliver Marchart (Hg.)

Facetten der Prekarisierungsgesellschaft

Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben

■ Wir leben in einer Prekarisierungsgesellschaft – der Band vereinigt eine Vielzahl von Perspektiven auf Prekarisierung und zeichnet so ein mehrdimensionales Bild eines Phänomens, das mit einem Griff nicht zu fassen ist.

Oktober 2013, 224 Seiten, kart., 24,99 €, ISBN 978-3-8376-2193-8



Ramón Reichert (Hg.)

Big Data

Analysen zum digitalen Wandel von Wissen, Macht und Ökonomie

■ Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit gab es so viel Datenmaterial wie heute: »Big Data« markiert eine tektonische Verschiebung von Wissen, Macht und Ökonomie. International führende Theoretiker der *Digital Humanities* nehmen eine tiefgreifende Analyse dieser Herausforderung vor.

April 2014, ca. 400 Seiten, kart., ca. 28,99 €, ISBN 978-3-8376-2592-9

Teilnehmende Beobachtungen

65

Das utopische Potenzial der Kunst

Ein Vergleich der Kulturdiagnosen Max Webers und Theodor W. Adornos

von Nicole Kleindienst

66

„Die Kunst ist der Statthalter der Utopie“ – so sagte der Schriftsteller Max Frisch 1986 im Interviewfilm „Gespräche im Alter“. In diesem beschreibt er die Kunst als einen Weg, der neue Welten zu eröffnen vermag. Mit dieser Möglichkeit von Kunst beschäftigten sich auch Max Weber und Theodor W. Adorno.

Beide formulierten kulturpessimistische Diagnosen ihrer Zeit, sahen aber zugleich kaum noch Potenziale für gesellschaftliche Veränderungen. Weber beschrieb seine Gegenwart als eine erstarrte Gesellschaft, in der sich das Prinzip der Rationalität, besonders das der Zweckrationalität, immer mehr durchsetze. Für Adorno lag die Situation noch schlimmer: Er sah nicht nur die Ausbreitung der Zweck-Mittel-Rationalität in alle Bereiche der Ge-

sellschaft. Das größte Übel bestand für ihn darin, dass die Menschen von diesem Prinzip bereits so vereinnahmt worden seien, dass sie sich keine Gesellschaft neben der bestehenden mehr vorstellen könnten. So gelangten beide Sozialwissenschaftler zur Kunst als einer der letzten gesellschaftlichen Freiräume.

Weber beschrieb seine Gegenwart als eine erstarrte Gesellschaft.

Weber: Freiheits- und Sinnverlust in der Moderne

Max Weber deckte viele Ambivalenzen innerhalb des durch die Aufklärung angestoßenen Prozesses der Rationalisierung auf. So führe der Rationalisierungsprozess in Wissenschaft, Wirtschaft und vor allem auch in der bürokratischen Verwaltung zwar zu Effizienz und ermögliche Leistungen in vorher nicht denkbaren Größenordnungen – etwa in

der wirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig führe dies aber auch zur Ausbreitung von Sachzwängen, also zum Beispiel festgeschriebene Arbeitsabläufe in der Verwaltung, welche die politische und individuelle Handlungsfreiheit erheblich eingrenzten. Weber beschrieb diese eingeschränkte Entscheidungsfreiheit als „stahlhartes Gehäuse der Hörigkeit“ (Weber 1988b: 389), in welches sich die Menschen „ohnmächtig“ einfügen müssten. Der Rationalisierungsprozess führe außerdem zu einer „Entzauberung der Welt“ (Weber 1994: 9). So hätten magische, poetische und außeralltägliche Weltdeutungsmomente ihre Bedeutung eingebüßt, ohne durch neue ersetzt zu werden. Dies führe zu einem Verlust an inneren Handlungsgründen, die Frage nach dem Sinn des Lebens bleibt offen. Laut Weber erschwere dies den Menschen eine gelingende Lebensführung.

Adorno: neuer Mythos und Scheinblüte des Individualismus

Auch Adorno stellte in der gemeinsam mit Max Horkheimer verfassten „Dialektik der Aufklärung“ die Widersprüche des Rationalisierungsprozesses dar. Sie erweiterten Webers Diagnose noch um die Annahme, dass die Menschen inzwischen so eingenommen von den existierenden Zuständen seien, dass

sie sich keine andere Gesellschaft mehr vorstellen könnten. Diesen Glauben an die Unabänderlichkeit der Verhältnisse führten er und Horkheimer auf die Ausbreitung der instrumentellen Vernunft zurück. Darunter verstehen sie eine Seite von Vernunft, welche die Welt nur nach rationalen Nutzenkalkülen beurteile. Dies sehe man besonders eindringlich an der Intensivierung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Andere Aspekte der Vernunft, zum Beispiel die Moral, befanden die beiden in ihrer Zeit als vernachlässigt.

Suche nach Wegen aus der durchrationalisierten Welt

Angeichts solcher kulturpessimistischer

Diagnosen stellt sich die Frage, ob Weber und Adorno auch Auswege aus dieser deterministisch erscheinenden Kulturentwicklung vorschlugen. Dazu ist anzumerken, dass

Kunst als einer der letzten gesellschaftlichen Freiräume.

man bei keinem der beiden Soziologen konkrete Entwürfe einer besseren Gesellschaft finden wird. Doch nannten sie gewisse ‚Mittel der Rettung‘. Interessanterweise wandten sie sich unter anderem der Ästhetik als einem Fluchtweg aus der durchrationalisierten Welt zu. Als ausgesprochene Liebhaber der Hochkultur, welche sie waren, lag dies vermutlich nahe. Besonders die Musik war eine Passion von Adorno und Weber.

Dem Fluchtpotenzial der Kunst maß Weber besonders auf individueller Ebene große Bedeutung bei. Kunst ermögliche dem Menschen einen Zugang zu seinem Inneren.

Weber: Kunst als Weg zu Innerlichkeit

Dem Fluchtpotenzial der Kunst maß Weber besonders auf individueller Ebene große Bedeutung bei. Kunst ermögliche dem Menschen einen Zugang zu seinem Inneren – eine Erfahrung, die er selbst oft machte, beispielsweise beim Hören von Richard-Wagner-Opern. Diese vermochten ihn in Ekstase zu versetzen, wie er in einem Brief an seine Mutter im August 1912 formulierte, nachdem er eine Aufführung der Wagner-Oper „Tristan“ gesehen hatte (Weber 1926: 510). Der Wert von Kunstwerken bestand für Weber vor allem in deren Fähigkeit, den Zuhörer oder das Publikum innerlich zu ergreifen und damit zur „innerweltlichen Erlösung vom Rationalen“ beizutragen (Weber 1984: 506). Leidenschaft und Hingabe waren für Weber wesentliche Momente seines Mensch-Seins: „Nichts ist für den Menschen als Menschen etwas wert, was er nicht mit Leidenschaft tun kann.“ (Weber 1985: 589)

Weber sah in seiner Gegenwart durchaus Versuche neuer Daseinsformen, bei

denen eine ganzheitliche Lebensführung angestrebt wurde und bei denen nicht nur die gesellschaftliche Rationalität vorherrschendes Prinzip sei, sondern auch die individuellen, inneren Momente des Menschen in die Lebensgestaltung einfließen. Der Soziologe beschrieb diese Möglichkeit am Beispiel von Künstlersekten. Genauer befasste er sich mit dem Künstlerkreis, der sich Anfang des 20. Jahrhunderts in Heidelberg um den Dichter Stefan George gebildet hatte. Das Besondere an den Künstlersekten sei, dass sie sich der Ästhetik als ihrem verpflichtenden Wert verschrieben hätten. Die sektenübliche Abgrenzung nach außen sah Weber für die Durchsetzung neuer Ideale des gesellschaftlichen Lebens als notwendig an. Diese Ideale würden „zunächst im Weg der Bildung einer Sekte begeisterter Anhänger, die sich voll zu verwirklichen streben und sich deshalb zusammenschließen und von anderen absondern, ins Leben getragen werden“ (Weber 1980: 141). Weber bewunderte diese innere Attitüde zur gesamten Lebensführung, auch wenn

die autoritär organisierte Struktur des George-Kreises nicht seinen Vorstellungen von einer gelungenen Ordnung entsprach.

Adorno: Kunst als Prinzip der Nutzlosigkeit

Das utopische Potenzial der Kunst interessierte Adorno weniger auf individueller, als auf gesellschaftlicher Ebene. In seinem letzten Werk, die „Ästhetische Theorie“, machte er dies deutlich: „Eine befreite Gesellschaft wäre [...] jenseits der Zweck-Mittel-Rationalität des Nutzens. Das chiffriert sich in der Kunst und ist ihr gesellschaftlicher Sprengkopf.“ (Adorno 1970: 337f.) Die erwähnte „befreite“ oder emanzipierte Gesellschaft sah Adorno nur über einen doppelten Umweg erschließbar: über die Kritik an der bestehenden Gesellschaft sowie eine Kritik am fortschrittlichsten Gegenentwurf zum Bestehenden. Das Ziel sah er in der Umsetzung einer Welt, die materiellen und geistigen Reichtum für alle gewährleisten könne. Dieser Gedanke, der sich fast nach romantischer Weltflucht anhört, entsteht bei Adorno aus der absoluten Negation des Bestehenden.

Indem er die autonome Kunst von der Massenkultur bzw. Kulturindustrie abgrenzt, macht Adorno deutlich, dass sei-

ne wesentliche Anforderung an Kunst in der Abkehr von den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionszwecken liegt. Er präferierte intellektualistische Kunst, welche für Laien unverständlich bleiben muss. Die Musiklehre von Arnold Schönberg ist ein Beispiel hierfür, ebenso die abstrakte Malerei. Autonome Kunst könne laut Adorno ein „Bild der Versöhnung“ ermöglichen – dies gelinge ihr, indem sie sich von keinerlei Nutzen, sei es politischem oder wirtschaftlichem, einspannen lasse. So stelle das *l'art pour l'art*-Prinzip den Protest des Nutzlosen dar; in einer Welt, die alles nutzbar machen will. Für Adorno lag in dieser Nutzlosigkeit die einzige Möglichkeit der Kunst, ihre Autonomie zu wahren und damit einen gesellschaftlichen Freiraum für die Entstehung von gesellschaftlichen Neuerungen zu bieten.

Kunst als Refugium

Der besondere Stellenwert, den Weber und Adorno der Kunst innerhalb der Gesellschaft einräumten, war eng verbunden mit ihrer persönlichen Leidenschaft für die Ästhetik.

Webers Zugang zur Kunst war vor allem emotionaler Art. Er verstand die Kunst als eine Sphäre, in der leidenschaftliche Hingabe noch möglich sei. Hier sah er eine Fluchtmöglichkeit aus

Autonome Kunst könne laut Adorno ein „Bild der Versöhnung“ ermöglichen.

der durchrationalisierten und entzauberten Welt. Eine konkrete Möglichkeit für eine neue Daseinsform boten dabei Künstlersekten. In solchen abgeschlossenen Kreisen schien es möglich, andere Lebenspläne, als die in der Gesellschaft vorherrschenden, zu realisieren. Dennoch bestand für Weber wohl kaum ein Zweifel an der Übermacht der kapitalistisch-rationalen Weltordnung. Zudem stand er der konkreten Umsetzung von Künstlersekten kritisch gegenüber (Weber 1926: 468f.).

Auch für Adorno stellte Kunst mehr ein Refugium, denn einen Ort echter Revolutionierung der Gesellschaft dar. Er wollte mit der Kunst einen Freiraum offenhalten, für diejenigen, die die bestehende gesellschaftliche Ordnung ebenfalls ablehnten. Kunst solle zudem unabhängig von der Zweck-Mittel-Rationalität und dem Wertungsprinzip bleiben. Es bleibt aber offen, ob Adorno sich tatsächlich eine Weltveränderung durch Kunst vorstellen konnte. Und fraglich ist auch, inwieweit sich die möglicherweise in der Kunst entstehenden utopischen Potenziale auf die Gesellschaft übertragen ließen, deren Grundkonzeption Adorno für ‚falsch‘ hielt und vollständig negierte.

Weder Weber noch Adorno ent-

wickelten konkrete Ansätze, wie die Kunst tatsächlich zur Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen könnte. Ihre Hinwendung zur ästhetischen Dimension gleicht so eher dem Aufsuchen eines Refugiums, das ihnen ‚Schutz‘ vor der Welt zu bieten vermag. Die Frage nach dem Potenzial der Kunst zur Veränderung der Gesellschaft bleibt dennoch bestehen. Beispiele anderer

Weder Weber noch Adorno entwickelten konkrete Ansätze, wie die Kunst tatsächlich zur Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen könnte.

Künstlergruppen zeigen, dass Versuche in diese Richtung unternommen wurden und werden. Oftmals sind die künstlerischen Zielsetzungen innerhalb dieser

Gruppen mit gesellschaftlichen Neuerungsvorstellungen verbunden. So wollte sich die 1905 in Dresden gegründete expressionistische Künstlergruppe „Die Brücke“ zum Beispiel „Arm- und Lebensfreiheit verschaffen gegenüber den wohlangesessenen älteren Kräften“ (Lorenz et al. 2008: 11) – künstlerisch geschah dies durch eine Vermischung von Malstilen, wie Elementen traditioneller deutscher Kunst mit denen afrikanischer und süd pazifischer Stammeskunst. Auch im Lebensstil versuchten sie diese Prinzipien umzusetzen, etwa durch eine Rückkehr zu einer direkteren Verbindung mit der Natur. Eine der wichtigsten Fragen für die Bedeutung solcher Künstlergrup-

pen bleibt aber, inwieweit die Prinzipien relativ abgeschlossener Gruppen auf größere soziale Einheiten übertragbar sind.

ZUR AUTORIN:

Nicole Kleindienst, 23, studiert Soziologie (Master of Arts) an der Technischen Universität Dresden. Zu ihren wissenschaftlichen Interessensgebieten gehören: Kultur-, Religions- und Wissenssoziologie.

LITERATUR

Adorno, Theodor W. (1970): Gesammelte Schriften 7. Ästhetische Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. (1972): Gesammelte Schriften 8. Soziologische Theorien I. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max (1947): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Darmstadt: WBG.

Braun, Christoph (1992): Max Webers „Musiksoziologie“. Laaber: Laaber.

Lorenz, Ulrike/Wolf, Norbert (2008): Brücke – Die deutschen „Wilden“ und die Geburt des Expressionismus. Köln: Taschen.

Rosa, Hartmut/David Strecker/Andrea Kottmann (2007): Soziologische Theorien. Konstanz: UVK.

Schweppenhäuser, Gerhard (2009): Theodor W. Adorno. Zur Einführung. Hamburg: Junius.

Weber, Marianne (1926): Max Weber. Ein Lebensbild. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Weber, Max (1980) [1921]: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, hrsg. von Johannes Winkelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Weber, Max (1984): Max-Weber-Gesamtausgabe I. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Weber, Max (1985) [1922]: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hrsg. von Johannes Winkelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Weber, Max (1988a) [1920]: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, hrsg. von Johannes Winkelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Weber, Max (1988b) [1924]: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, hrsg. von Marianne Weber. Stuttgart: UTB.

Weber, Max (1994) [1919]: Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter. Tübingen: J.C.B. Mohr.

ANKÜNDIGUNG BUCHTIPP:

Julia Bulk:

Neue Orte der Utopie

*Zur Produktion von
Möglichkeitsräumen bei
zeitgenössischen Künstlergruppen*

09/2014, 308 Seiten, kart.,
zahlr. Abb. ISBN 978-3-
8376-1613-2

erscheint vorauss. nicht vor 28. September 2014



Vielfach wurde bereits das Ende des utopischen Zeitalters ausgerufen. Dessen ungeachtet bilden sich heute wieder vermehrt Künstlergruppen, die den utopischen Diskurs erneuern. Am Beispiel von Gruppen wie Atelier Van Lieshout, N55, Anke Haarmann und dem Institut für Paradiesforschung zeigt Julia Bulk, wie in der zeitgenössischen Kunst gemeinschaftliche Produktionsformen genutzt werden, um Möglichkeitsräume für einen ständigen Transformationsprozess zu schaffen. Anhand zahlreicher historischer Rückblicke wird dargelegt, wie die Entwicklung der Kunst vom Werkhaften zum Performativen neue Möglichkeiten für die einst rein literarische Gattung Utopie eröffnet.

Julia Bulk (Dr. phil.) ist wissenschaftliche Assistentin im Kunstmuseum Stuttgart. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der zeitgenössischen Kunst.

A photograph of a woman in a headscarf and patterned dress carrying a large sack on her back, walking up a steep, muddy embankment. The image is the background for the page, showing a woman in a headscarf and patterned dress carrying a large sack on her back, walking up a steep, muddy embankment. The woman is in the upper right portion of the frame, looking down. The embankment is made of dark, wet earth, and the background is a dark, overcast sky.

Susanne A. Friedel, Workers (2010)

Im Gegensatz zu Deutschland und den meisten anderen europäischen Ländern sind weibliche Bauarbeiterinnen in Äthiopien kein seltenes Bild. Auf den Baustellen selbst bleiben den Männern jedoch zumeist die Tätigkeiten vorbehalten, die ein gewisses fachliches Wissen bzw. Erfahrung erfordern. Mit der Konsequenz, dass die Frauen für die oftmals physisch anstrengenderen (Hilfs-)Arbeiten, wie zum Beispiel Lastentransport, zuständig sind. Auch äthiopische Bauarbeiterinnen verdienen in aller Regel weniger (wenn auch mehr verglichen mit klassisch ‚weiblichen‘ Berufen) als ihre männlichen Kollegen – selbst wenn sie über ein gleiches Maß an Erfahrung verfügen.

Mit dem englischen Terminus *Workers* werden gewöhnlich in erster Linie männliche Arbeiter assoziiert. Diese Arbeit zeigt hingegen Frauen in ihrer Rolle der Arbeiterin und versteht sich als Hommage an die alltäglichen körperlichen Leistungen insbesondere afrikanischer Frauen. Obgleich seit jeher in den afrikanischen Kulturen verankert, findet weibliche Arbeit auch dort ebenfalls selten Beachtung, geschweige denn Würdigung. Existierende stereotype Vorstellungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Rolle von (afrikanischen) Frauen sollen derart zugleich konterkariert werden.



XXXI

Fotoabdruck mit der freundlichen Genehmigung von Susanne Friedel.



Ausdrucksformen der Krise um 1900

Interferenzen der Krisenwahrnehmungen mit einer *Weiblichen Kultur*

von Julia Schellnock

72

abstract

Im Mittelpunkt des Artikels steht die Fragestellung, welche Verbindungen zwischen einer *Weiblichen Kultur* und der Krise um 1900 bestehen. Diese markante Zeitenwende konfrontierte den Einzelnen im Deutschen Kaiserreich mit einer Gesellschaft, die sich im Umbruch von der Agrar- zur Industrienation befand. Das Soziale und Kulturelle wurde in den Sog des Wandels gezogen. Die Zeitgenossen nahmen diese Umwälzung als eine tiefe Krise wahr. Das Geschlechterverhältnis war in einer Form von den Wandlungen betroffen, dass es zu den am meisten diskutierten Themen der Jahrhundertwende zählte. Krise, Kultur und Geschlecht überlagerten sich in den zeitgenössischen Auseinandersetzungen. An den drei verschiedenen Ideen einer *Weiblichen Kultur* von Georg Simmel, Marianne Weber und Benedict Friedlaender soll nachgezeichnet werden, wie sich die Verquickungen von Krise, Kultur und Geschlecht vollzogen und welche Rolle dem Weiblichen bei der Bewältigung der Krise von den drei Autor_innen zugeschrieben wurde.

Krisenzeitalter

Der Begriff *Krise* hat weit zurückreichende begriffsgeschichtliche Ursprünge, doch Reinhard Koselleck folgend beginnt mit dem 19. Jahrhundert das Zeitalter der Krise (vgl. Koselleck 1982: 635). Die Krise avancierte zu einem zentralen Begriff: „Das Zeitalter der Revolution schien beendet, aber die Erfahrungen des anhaltenden Umbruchs, des Übergangs und die Hoffnungen, die da-

rauf gesetzt wurden, nahmen kein Ende. Für diesen Befund bot sich der Begriff ‚Krise‘ wegen all seiner Varianten als besonders schlüssig an.“ (Ebd.) Das gesamte 19. Jahrhundert war von Umbrüchen geprägt: Während der Wilhelminischen Ära des Deutschen Kaiserreiches kam es infolge des raschen industriellen Wachstums und des Überganges von der Agrar- zur Industrienation erneut zu einer Vielzahl an Transformationsprozessen,

welche die Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterten und sie nachhaltig soziokulturell veränderten.

In zeitgenössischen Debatten interferierten Krise, Kultur und Geschlechterverhältnis, indem sie vielfältig miteinander verwoben diskutiert wurden. Beispielhaft für diese Überlagerungen steht die begriffliche Verschmelzung *Weibliche Kultur*, welche bei mehreren Autor_innen um 1900 auftauchte. Aufbauend auf Ausführungen zu Krise, Kultur und Geschlecht um 1900 sollen im Folgenden die theoretischen Ansätze von Georg Simmel, Marianne Weber und Benedict Friedlaender vorgestellt werden. Es wird der Frage nachgegangen, wie die Idee einer *Weiblichen Kultur* und die akute Krise von 1900 miteinander in Beziehung gesetzt wurden. Abschließend wird ein kurzer Ausblick zum gegenwärtigen Verhältnis von Geschlecht und Krise unternommen. In diesem Aufsatz wird häufiger von *Verweiblichung* gesprochen – dieser Terminus wurde zeitgenössisch genutzt und zielte auf die Verschiebung der traditionellen Geschlechtergrenzen in Gesellschaft und Identität ab.

Jahrhundertwende 1900 und die Krise

Die Jahrhundertwende um 1900 stellte einen markanten Zeitabschnitt dar, weil sich in dieser Zeit der Übergang von dem ‚langen 19. Jahrhundert‘ in das ‚kurze 20. Jahrhundert‘ vollzog. Das Bild des Januskopfes verkörpert diesen Übergang-

scharakter und verweist auf „die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem [...], das spannungsreiche Nebeneinander von überlebten und neu sich artikulierenden Strukturen und Lebensformen“ (vom Bruch 1989: 37). Davon zeugen auch zeitgenössische Beobachtungen: „Und so leben wir nicht nur tatsächlich in einem Übergangszeitalter, sondern [...] wir fühlen uns auch als Menschen des Übergangs. Übergangszeit aber ist böse Zeit, vor allem weil in ihr unsere Gedanken und Gefühle auf allen Punkten zwiespältig geworden sind.“ (Ziegler 1899: 523)

Dieses zeitgenössische Unbehagen drückte sich in seiner Vielzahl anklagender Schlagworte wie Desorientierung, Entleerung, Entwurzelung, Unkultur oder geistige Veräußerlichung aus. Wiesen Reflexionen zur Jahrhundertwende 1900 vorrangig noch optimistische Zuversicht für die Zukunft sowie Würdigung des Fortschrittes auf (vgl. Möller 1997: 175ff.), erfasste die Krise zunehmend „größere Teile der wilhelminischen Gesellschaft“ (Ullmann 1995: 196). Eine tiefe Skepsis griff um sich: „Daß sämtliche Lebensäußerungen der zeitgenössischen Kultur sich in krisenhafter Umgestaltung befänden und der Ausgang aus dieser Krise noch offen sei, das haben sich die europäischen Gesellschaften des ausgehenden 19. Jahrhunderts fast täglich und fast überall gleichsam vorgesagt [...]“ (Drehse/Spahn 1996: 11) Klaus Vondung sieht diese Krise hauptsächlich in drei Punkten verankert: (I) „in

dem rapiden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungsprozeß selbst, welcher zwangsläufig Entwicklungs- und Strukturkrisen mit sich brachte“ (Vondung 1976: 20), (II) in „eine[r] wesentlich tiefergehende[n] und vor allem permanente[n] Krise der wilhelminischen Gesellschaft“ (ebd.: 20f.) und (III) „in der geistigen Orientierungs- und Niveaulosigkeit der Zeit“ (ebd.: 21). Damit überlagerten sich drei Krisenelemente und verstärkten sich gegenseitig.

Die Krisenwahrnehmung spiegelte sich im Aufblühen der Kulturkritik wider. Die Kultur wurde vermehrt zum Gegenstand (populär-)wissenschaftlicher Auseinandersetzungen und zum Leitmotiv bzw. „Zentralbegriff des europäischen Selbstverständnisses“ (Tenbruck 1986: 277). Kultur galt dabei als „zentrale Kategorie zur Dimensionierung gesamtgesellschaftlicher Wirklichkeit“ (vom Bruch et al. 1989: 12). Damit konnten Kultur- und Gesellschaftskritik miteinander konvergieren. Kultur avancierte zu einer Beschreibungs- und Analysekatgorie der Gesellschaft; häufige Termini waren beispielsweise Kulturhöhe oder Kulturverfall. Die Situation der gegenwärtigen Gesellschaft, ihre Kultur und die Krise dieser beherrschten bald eine Vielzahl an Debatten – nicht nur in Philosophie und Wissenschaft, auch in der Politik: „der

bis dahin dominierende sozialpolitische Diskurs [wurde] zunehmend von einem neuen, kulturkritischen Diskurs überlagert und weitgehend abgelöst“ (ebd.: 11). Die Kulturkritik reflektierte die Krise um 1900, fragte dabei zugleich nach der Zukunft und neuen Ordnungskonzepten.

Geschlecht um 1900

Das Geschlecht gehörte im 19. Jahrhundert zu den primären Strukturvariablen. Die Geschlechtszugehörigkeit bestimmte den Lebensverlauf des Einzelnen. Die Ideologie der Geschlechtscharaktere war tief in der Gesellschaft verwurzelt und weit verbreitet. Maßgeblich für den Geschlechtscharakter war die Zeugungsfunktion. Der Mann galt als das Allgemeine, die Frau im Gegenzug als das Besondere; beide ergänzten einander. Dem Geschlechtscharakter von Frau und Mann war eine Reihe von geschlechtseigentümlichen Eigenschaften, Tugenden und Merkmalen anhängig (vgl. Hausen 1976: 368), welche aus „einem Gemisch aus Biologie, Bestimmung und Wesen“ (ebd.: 367) hervorgingen. Die Vorstellung der Geschlechtscharaktere zog eine Dichotomisierung des Lebens in Familien- und Berufswelt sowie die Polarisierung ihrer Lebenswelten und Aufgabenbereiche nach sich. Daraus folgte für viele nicht nur die Hierarchisierung der Geschlechter, sondern

Die Krisenwahrnehmung spiegelte sich im Aufblühen der Kulturkritik wider.

zugleich die Legitimierung dieser Hierarchisierung (vgl. ebd.: 372ff.).

Damit waren die Grundlagen für eine asymmetrische Behandlung der Geschlechter gelegt, welche in der Natur verankert sein sollte, sich dementsprechend dem menschlichen Handlungsspielraum entzog und somit als Naturgesetz angesehen werden konnte: „[D]as

›Argument Natur‹
[wurde] schon seit
der antiken Na-
turphilosophie zur
Begründung der
Ungleichheit der
Geschlechter heran-
gezogen, aber in der
Neuzeit des Abend-
landes gewinnt es

erst wirklich an Prominenz.“ (Klinger 2002: 71) Der Geschlechtscharakter bildete zudem den Bezugsrahmen für eine geschlechterspezifische Sozialisation: „Die Definition der ‚Geschlechtscharaktere‘ ist zugleich die Formulierung eines Bildungsprogrammes“ (Hausen 1976: 388) und umfasste einen Handlungs-, Verhaltens- und Kompetenzrahmen. Frauen wurden tief in das Gattungswesen eingeschrieben: Der Fortpflanzungszweck bestimmte vorrangig ihr Dasein, idealtypisch erfüllte sich ihr Leben als Gattin, Mutter und Hausfrau.

Doch durch die Krisen des 19. Jahrhunderts wurden der traditionellen Geschlechterordnung zunehmend ihre Grundlagen entzogen. Die Fami-

lienordnung und die arbeitsteilige Geschlechterhierarchie waren unmittelbar von den ökonomischen Wandlungen betroffen (vgl. Klinger 2000: 39ff.): Die schlechte wirtschaftliche Lage der unteren Schichten trug dazu ebenso bei (vgl. Frevert 1986: 80ff.) wie das Ansteigen des Heiratsalters und die Umgestaltung der Haushalte, welche unverheiratete,

weibliche Angehörige zu ‚Erschwerenissen‘ werden ließ (vgl. ebd.: 116ff.).

Organisierte Anfänge der Frauenbewegung gab es seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

Ziel war „die Ver-

schiebung der geschlechtsspezifisch gezogenen Grenzen zwischen Privatheit und dem nur Männern zugestandenem Bereich der Öffentlichkeit: der Kampf um Zugang zu Bildung und Erwerb, um Stimmrecht und politische Partizipation sowie gegen eine ›doppelte‹, nach Geschlechtern getrennte Moral und Justiz“ (Gerhard 1995: 252). Die gemäßigte Frauenbewegung teilte mehrheitlich die Grundüberzeugung der Geschlechterverschiedenheit und einer besonderen Stellung der Ehefrau und Mutter.

Krise, Kultur und Geschlecht

Die Frauenbewegung war aus den gesellschaftlichen Umwälzungen entstanden und trieb diese weiter voran: Zum

**Doch durch die Krisen
des 19. Jahrhunderts
wurden der traditionel-
len Geschlechterordnung
zunehmend ihre Grund-
lagen entzogen.**

einen stellte sie das „Ergebnis gesamtgesellschaftlicher Widersprüche und veränderter politischer Rahmenbedingungen“ (Gerhard 1994: 151) dar. Zum anderen war „sie durch ihren Einfluß auf die Veränderung der Lebensweise und Verhaltensorientierungen selbst Motor sozialen Wandels, sozialer Differenzierung und Individualisierung und damit ein wesentlicher Faktor gesellschaftlicher Modernisierung“ (ebd.). Umwälzungen und Frauenbewegung bedingten sich so wechselseitig.

Das Geschlechterverhältnis nahm nun die Stellung eines Leitmotives in den Debatten der Kulturkritik und in den gesellschaftlichen Reflexionen ein: Claudia Honegger sieht eine grundlegende Verbindung von Geschlecht und Kultur in ihrem gemeinsamen modernen Ursprung verankert (vgl. Honegger 1988: 142). Seit dem 18. Jahrhundert wurden Kultur und Geschlecht auf zwei Arten miteinander in Beziehung gebracht: (I) „das Kulturniveau bemißt sich auch oder vor allem an der Stellung der Frau“ (ebd.: 145) und (II) „es gibt von Anfang an zwei Kulturen: die überzivilisierte, weiblich dominierte falsche und die mäßig zivilisierte, männlich dominierte richtige Kultur“ (ebd.). Andrea Seier beobachtet bei der gegenseitigen Bezugnahme von Geschlecht und Kultur ein Abbildungs- oder wechselseitiges Metaphorisierungsverhältnis (vgl. Seier 2000: 142ff.): Erfolgt eine Abbildung, wird „der Zustand der *Kultur* [...] an der Ordnung

der Geschlechterverhältnisse abgelesen“ (ebd.: 142, Hervorhebung im Original). Veränderungen in der Geschlechterordnung konnten so als Kulturkrise deklariert werden. „Die Vorstellung dessen, was *Kultur* beinhaltet (und was nicht), konstituiert sich durch die angenommene qualitative Differenz zweier Geschlechter“ (ebd.: 143, Hervorhebung im Original) – und eben dies zeichnet Metaphorisierung aus. Damit waren zwei Perspektiven möglich: Einerseits „gilt die Ausdifferenzierung der Geschlechter als Anzeichen für den *Fortschritt der Kultur*“ (ebd., Hervorhebung im Original) und andererseits „[konstituiert] sich im Namen der *Kultur* eine vermeintliche *natürliche* Geschlechterordnung“ (ebd.: 144, Hervorhebung im Original). Einer ‚ordnungsgemäßen‘ Kultur lag so ein bestimmtes Geschlechterverhältnis zugrunde (vgl. ebd.: 145). Hannelore Bublitz verweist im Anschluss an Jacques Le Rider auf die zeitgenössisch vorgenommene Verquickung zwischen Kulturverfall und *Verweiblichung* (vgl. Bublitz 2000: 38ff.). Die als natürlich angesehene Geschlechterordnung und die Kultur waren durch die Feminisierung bedroht, welche „sowohl als männliches ›Verweiblichungsbegehren‹ wie auch als ›Vermännlichung‹ von Frauen in Erscheinung [trat] und [...] als Inbegriff des Kulturverfalls“ (ebd.: 38) galt. Zeitgenössisch wurde das Weibliche als Kulturkrankheit aufgefasst: Es „steht [...] für die ›Entartung‹ des Menschen“ (ebd.: 41).

Über diese Zusammenhänge hinaus gab es um 1900 die sprachliche Verschmelzung von Geschlecht und Kultur in der Begrifflichkeit *Weibliche Kultur*. Waren schon implizit um 1900 Aussagen über das Verhältnis von Krise, Kultur und Geschlecht ineinander verflochten, stellt sich nun die Frage, wie sich dies in expliziten Thematisierungen einer *Weiblichen Kultur* gestaltete. Ausführungen unter dem Terminus *Weibliche Kultur* waren jedoch rar. Für diesen Aufsatz wurden drei Ansätze ausgewählt, welche auf ähnlichen Grundannahmen beruhen, dennoch durch andere Blickwinkel verschiedene Relationen zur Krise eingehen und so die gesellschaftliche Situation und Zukunft different bewerten.

Georg Simmel: Weibliche Kultur

Georg Simmel äußerte sich in verschiedenen Schriften zur zeitgenössischen Situation der Geschlechter und Frauen. Er wandte sich nicht nur an das wissenschaftliche Publikum, sondern schrieb auch für die Tagespresse und griff somit in die Kontroversen ein. Von 1890 bis zu seinem Lebensende beschäftigte er sich kontinuierlich mit dieser Thematik in Schriften zur Prostitution, Ehe und Familie, zur Frauenbewegung und damit verbundenen Bildungsfragen sowie zu (sozial-)psychologischen Fragestellungen zur Weiblichkeit. Simmel entwickelte seine eigene Geschlechterphilosophie, das Hauptwerk „*Weibliche Kultur*“ erschien in zwei Fassungen 1902 und 1911.

Unter Kultur versteht Simmel die „Vervollkommenung von Individuen, die vermöge des in der geschichtlichen Gattungsarbeit objektivierten Geistes gewonnen wird“ (Simmel 1911b: 278). Kultur hat infolgedessen zugleich einen objektiven und subjektiven Charakter und ist vom Menschen geschaffen (vgl. Simmel 1911a: 249ff.). In der Moderne, so Simmels Prognose, kommt es zur *Tragödie der Kultur*. Ursache dafür ist, dass mit der Differenzierung und der fortschreitenden Arbeitsteilung ein zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen objektiver und subjektiver Kultur entsteht, welches zu einer gegenseitigen Verselbstständigung und Entfremdung zwischen beiden Kulturformen führt; wohingegen „Kultur eben immer nur die Synthese einer subjektiven Entwicklung und eines objektiven geistigen Wertes bedeutet“ (ebd.: 260). Die Individuen schaffen es weder auf quantitativer noch auf qualitativer Ebene, sich die objektiven Kulturwerte anzueignen und die aufkommende Kluft zwischen beiden Kulturformen zu schließen. Eine Tragödie ist dies, da der Konflikt der Kultur immanent ist (vgl. ebd.: 272ff.).

Frau und Mann stellt Simmel als Polarisierungen komplementär gegenüber. Beide Geschlechter unterscheiden sich grundlegend in ihren Eigenschaften, Anlagen und Wesenstendenzen. Dabei sind in Simmels Auffassung Frauen durch ihre Einheitlichkeit und Naturhaftigkeit bestimmt; das heißt, sie sind undifferen-

zierter als Männer und bleiben enger in den Gattungstypus eingeschlossen (vgl. Simmel 1890: 66ff.). Simmel folgend lassen sich aus diesen Tatsachen bestimmte weibliche Eigenheiten, Fähigkeiten und Fertigkeiten aufzeigen. Er betont mehrmals, dass er damit keine Hinabstufung des Weiblichen verfolge, Undifferenziertheit eben keinen Mangel darstelle, sondern es eine andere Qualität im Vergleich zu den Männern sei, die sich aus der psychologischen Grundkonstellation ergebe (vgl. ebd.: 85ff.).

Simmel kritisiert die Frauenbewegung dahingehend, dass es in ihrer Zielstellung nur „um den persönlichen Anteil an schon bestehenden, ihnen nur bisher versagten Kulturgütern“ (Simmel 1911b: 279) gehe. Die Bewegung fordere, so Simmel, nur die Erweiterung der subjektiven Kultur für sich und vernachlässige die objektiven Kulturwerte völlig. Des Weiteren stellt Simmel fest, dass Kultur nicht geschlechtslos sei. Sie sei – bis auf kleine Bereiche – sogar in doppelter Hinsicht ein männliches Produkt; denn dies werde nicht nur deutlich im „objektiv männlichen Charakter, sondern [...] auch zu ihrer immer wiederholten Ausführung [werden] spezifisch männliche Kräfte“ (Simmel 1902: 66) verlangt. Kultur ist sozusagen in Form und den notwendigen Inhalten, welche die Form erfüllen, männlich. Unter Prämisse seiner Weiblichkeitsauffassung muss es für ihn zwangsläufig zu einer Diskrepanz zwischen der We-

sensart der Frauen und der (männlichen) Kultur kommen.

Auf diesen Grundlagen fußt jene Frage, die Simmel in den Mittelpunkt seiner Arbeit rückt: „ob die erstrebte Freiheit der Frauen neue Kulturqualitäten würde entstehen lassen“ (ebd.: 69). Simmel bejaht die Frage in Hinblick auf eine Untersuchung von Berufen, in denen Frauen Leistungen erreichen, welche Männer aufgrund ihrer Wesensdisposition nicht erbringen können (vgl. ebd.). Des Weiteren führt er eine Vielzahl an Tätigkeitsbereichen auf, in denen er auf eine Bereicherung durch die weibliche Arbeit hofft (vgl. ebd.: 70ff.; Simmel 1911b: 290ff.). Die Tätigkeiten bilden Nischen und ergänzen die männlichen Leistungen. Simmel verweist noch auf jenen Bereich, der seiner Meinung nach als objektive Kulturleistung der Frauen angesehen werden kann: So ist das Haus, nach Simmel „die große Kulturleistung der Frau“ (Simmel 1902: 77). Mit der modernen Gesellschaft habe diese Betätigung für die Frauen an Substanz verloren. Aber der zwanghafte Versuch, die subjektive, weibliche Kultur der Frau und die objektive, männlich geprägte Kultur zusammenzubringen, sei problematisch und die Gesellschaft möge aufhören, „die bestehende, d. h. die männliche Kultur für die einzig mögliche zu halten“ (ebd.: 78). Ziel muss nach der Argumentationslogik Simmels deshalb sein, eine eigene weibliche, objektive Kultur als neuen Weltteil und eigene Lebenswelt zu entwickeln.

Vorläufig sollen Frauen noch am Recht, der Bildung und den Bewährungen der Männer partizipieren, um „in dieser Form die Basis, das Material, die Technik für ihre besonderen Leistungsmöglichkeiten bekommen [zu] können“ (ebd.: 80). Simmel spricht sich dabei insbesondere gegen die „brutale Gleichmacherei der Emanzipationsparteien“ (ebd.: 81) aus – bei aller Partizipation muss nach Simmel die Sensibilität für die Besonderheiten beider Geschlechtswesen berücksichtigt bleiben. Wie konkret die objektive, weibliche Kultur aussehen kann, bleibt im Dunkeln und Simmel hegt auch Zweifel, wann und in welcher Form eine *Weibliche Kultur* auftreten wird (vgl. ebd.: 83; Simmel 1911b: 317).

Marianne Weber: Die Frau und die objektive Kultur

Marianne Weber publizierte neben der Gesamtausgabe und Biografie ihres Ehemannes Max Weber auch eigene Texte, insbesondere zu Themen der zeitgenössischen Frauenbewegung. Die Abhandlungen bewegen sich zumeist zwischen wissenschaftlicher Herleitung, praktischer Ausdeutung und frauenpolitischem Appell. Zentraler Punkt dabei ist die „Frage, welche Bedeutung die Transformation in eine moderne Gesellschaft für die kulturellen Muster weiblicher Vergesellschaftung hat“ (Wobbe 1997: 32). In „Die Frau und die objektive Kultur“ (1913) übt Marianne Weber Kritik an Simmels Vorstellungen einer *Weiblichen Kultur* und er-

läutert ihre Auffassungen zum Verhältnis von Frauen und Kultur.

Nach Weber ist eine Frau Mensch und Frau zugleich und ein Mann Mensch und Mann zugleich: Einerseits gehören „Mann und Weib [...] beide zum Geschlecht der Menschen, das sich durch die Übereinstimmung typischer geistiger und körperlicher Beschaffenheiten von allen anderen Gattungen unterscheidet“ (Weber 1913: 95) und „andererseits besitzen sie, neben ihren Gemeinsamkeiten, einige typische spezifische Beschaffenheiten, die jedes Geschlecht vom anderen unterscheiden“ (ebd.). Diese geschlechterspezifischen Beschaffenheiten nennt sie Sondergut (vgl. ebd.). Ziel der Frauenemanzipation nach Weber ist die Vervollkommnung der Frau, das heißt „die Verschmelzung ihres echten Weib- und ihres echten Menschenseins“ (ebd.: 133), also die Überwindung der Gleichsetzung von Mann und Mensch und zugleich die Gewährleistung des weiblichen Sondergutes. Dieser Typus, bezeichnet von Weber als *neue Frau*, stellt eine kulturell bedingte Weiterentwicklung des Weiblichen dar (vgl. ebd.: 116).

Frauen sind aufgrund ihres *Menschseins* grundsätzlich für das Berufsleben und zu kulturellen Sachleistungen befähigt, bedeutend ist jedoch, dass ihre Weiblichkeit dabei nicht zerstört wird (vgl. ebd.: 108ff., 117ff.). Weber kritisiert daher Simmels Entbindung der Frau von der Pflicht zur Mitgestaltung an der Kultur. In Hinblick auf Simmels

Berufseinschätzung fügt sie an, dass das Haus weder gleichwertig zur Betätigung eines Mannes ist, noch eine Selbstverständlichkeit für Frauen darstellt (vgl. ebd.: 110ff.).

Aufgrund des gemeinsamen Nenners *Menschsein* der beiden Geschlechter teilt Weber auch Simmels Auffassung nicht, dass es eine Diskrepanz zwischen weiblicher Wesensart und männlich geprägter, objektiver Kultur gibt: „Dabei kann es keinen prinzipiellen Unterschied ausmachen, ob die Ordnungen und Zusammenhänge, die Sache oder die Idee, denen sich etwa die Frau dienend unterstellt, von ihr selbst geschaffen, aus ihrer Wesensart herausgewachsen, oder ob sie ihr vom Mann vorgezeichnet sind.“ (Ebd.: 111) Weber kann daher auf eine Anpassung der *neuen Frau* an die objektive Kultur abzielen und muss nicht – wie Simmel – einen Umweg über die Schaffung einer zweiten Lebenswelt einschlagen. Bedeutend für Weber ist hier, dass der Frau die Freiheit, nicht die Verpflichtung, zur kulturellen Mitgestaltung übertragen wird und sie nicht von vornherein auf das Sondergut beschränkt wird (vgl. unter anderem ebd.: 133). Zudem betont Weber – ganz im Einklang zur gemäßigten Frauenbewegung – den notwendigen Einfluss von Frauen, um den gesellschaftlichen Veränderungen der Jahrhundertwende entgegenzutreten zu können: „Sie soll einstehen für das, was er bestimmten persönlichen Vollendungswerten schuldig bleibt: Seiner

Zerrissenheit soll sie die Harmonie, seiner Spezialisierung die Ganzheit, seiner Hingabe an das Objektive die Hingabe an das Lebendige gegenüberstellen, auf daß durch solche Arbeitsteilung die Idee des Menschseins erfüllt werde.“ (Ebd.: 131f.) Die Kultur und das männliche Subjekt bedürfen des Weiblichen in dieser Sichtweise.

Benedict Friedlaender: Männliche und weibliche Kultur

Benedict Friedlaender setzte sich mit einer Vielzahl an Themen aus den Natur- und Sozialwissenschaften auseinander. Er kämpfte vorrangig für die Wiederbelebung der Anerkennung der antik-griechischen Beziehung zwischen Mann und Jüngling sowie die Abschaffung des Paragraphen 175. Entstanden die Gedanken zur *Weiblichen Kultur* anfänglich als Nebenprodukt, widmete er sich diesen später in der eigenständigen Publikation „Männliche und weibliche Kultur. Eine kausalhistorische Betrachtung“ (1906), in der er die von ihm beobachtete Verquickung von Frauenfrage und Kulturproblemen erörterte.

Ausgangspunkt und Anstoß seiner Betrachtungen sind der steigende Einfluss des Weiblichen in der Gesellschaft und dessen Wirkung auf die Kultur und ihre Entwicklung. Er räumt der Frauenfrage eine bedeutende Stellung ein, da von ihr nicht nur der Grad der *Ver-männlichung* bzw. *Verweiblichung* einer Gesellschaft, sondern auch „Geschichte

und Schicksal der Völker“ (Friedlaender 1906: 5) abhängt. Da für ihn schon der kleinste Wandel im Verhältnis der Geschlechter langfristige, folgenreiche Veränderungen nach sich zieht, erscheint ihm die Gefahr durch die *Verweiblichung* gewaltig.

Friedlaender weist Gleichheit und Gleichwertigkeit von Frau und Mann zurück, missbilligt zudem den „modernen Gleichheitsfanatismus“ (ebd.: 8) als „verhängnisvollste Narrheit unsres Zeitalters“ (ebd.: 8) und sieht die Ungleichheit sowie die hierarchische Asymmetrie in der Natur begründet. Männlichkeit zeichnet sich für Friedlaender im Gegensatz zur Weiblichkeit durch Genialität aus: „Niemand zweifelt daran, dass das männliche Geschlecht im Durchschnitte das verständigere, weisere und gerechtere sei [...]“ (Ebd.: 8) Dem Weiblichen sei die „Luxusneigung, Eitelkeit, Leichtgläubigkeit“ (ebd.: 10) sowie Kritiklosigkeit eigen.

Nationen weisen nach Friedlaender entweder eine männliche oder eine weibliche Kultur auf: nach „dem Grade, in dem die einzelnen Nationen männlich denken, fühlen und handeln, oder aber der sozialen Gynäkokratie und ihren Folgen anheimgefallen sind“ (ebd.: 5). In einer Nation mit einer männlichen Kultur herrscht die traditionelle Geschlechterordnung, das heißt, der Mann nimmt die dominante Stellung ein und die Frau soll in ihrer familialen Rolle geschätzt werden (vgl. ebd.: 14f.). Damit wird den Gefahren der Plutokratie, der

Korruption, der sozialen Zerklüftung und des kulturellen sowie wissenschaftlichen Verfalls entgegengewirkt; in einer *Weiblichen Kultur* bzw. in einer Gynökokratie hingegen können all diese Kulturkrankheiten ausbrechen (vgl. ebd.: 14ff.). Als modernes Beispiel für eine *Weibliche Kultur* nennt Friedlaender unter anderem die USA und „vieles trifft leider auch schon für Deutschland in einigem Masse [sic] zu“ (ebd.: 17). Er vermutet anhand verschiedener weiterer Beispiele ein Naturgesetz zwischen *Verweiblichung* der Kultur und einsetzendem Kulturverfall, welches er 1908 nochmals hervorhebt (vgl. Friedlaender 1908: 272f.). Als den eigentlichen Problempunkt der *Verweiblichung* sieht Friedlaender die Schwächung der Kultur insgesamt. Die *Weibliche Kultur* bzw. die *Verweiblichung* der Gesellschaft erklärt er zum Ausgangspunkt für den Kulturuntergang (vgl. Friedlaender 1906: 26). Friedlaender schwebt stattdessen eine Gesellschaft, welche Kulturhöhe verheißt, vor, in der der Einfluss der Frauen auf die Gesellschaft und die Männer marginal ist, die Frauen in die Trias ‚Gattin, Mutter, Hausfrau‘ eingeschrieben sind und die Beziehung zwischen Mann und Jüngling gesellschaftliche Akzeptanz findet.

***Weibliche Kultur* als Ausdruck der Krisenwahrnehmungen**

Bei allen drei Ausführungen zur *Weiblichen Kultur* geht es um die Fragen, inwiefern die Veränderung der gesellschaft-

lichen Stellung der Frau möglich bzw. wünschenswert ist, sie auf die Kultur zurückwirkt und wie dies zu bewerten ist. Die Ansätze von Simmel, Weber und Friedlaender beruhen auf einer ähnlichen Annahme der zumindest teilweisen Verschiedenheit der Geschlechter, welche unterschiedlich interpretiert wird. Simmel und Weber streben zumindest Gleichwertigkeit an, Friedlaender lehnt dies vehement ab.

Alle drei Autor_innen reagieren mit ihren Ausführungen auf die zeitgenössisch wahrgenommene Krise. Simmel deutet eine mögliche Erlösung durch das Weibliche an. Aufgrund seines tiefgehenden Kulturpessimismus verwundert dies. Die *Tragödie der Kultur* scheint für ihn eigentlich unabwendbar, doch eine *Weibliche Kultur* könnte hier neue, unbekannte Dimensionen eröffnen. Simmel formuliert zwar eine Weiblichkeitssehnsucht, lässt die Ausführungen zur Umsetzung einer *Weiblichen Kultur* aber vage. Weber – wie auch der Großteil der gemäßigten Frauenbewegung – verfolgt die Idee der Kulturmission der Frau, das heißt, die Gesellschaft bedarf des heilenden, weiblichen Einflusses, um die Krisenerscheinungen korrigieren zu können. Nur wenn Frauen aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft bzw. Kultur mitwirken (können) und ihre Kulturaufgaben übernehmen, werden die Negativerscheinungen des Fortschrittes eingedämmt. Friedlaender sieht in der *Verweiblichung* der Gesellschaft den zwangsläufigen Kul-

turverfall und plädiert für die Stärkung der männlichen Kultur und des Mannes in der Gesellschaft. Das Weibliche wird bei ihm für die Kulturkrankheiten, also die Krisenerscheinungen, verantwortlich gemacht. Diesen Zusammenhang erhebt er gar zum Naturgesetz. Die Behebung der Krise kann für Friedlaender nur durch die Wiederbelebung eines traditionellen Geschlechterverhältnisses und die Befreiung des Mannes erfolgen.

Aus diesen Bewertungen leiten sich ferner die unterschiedlichen Einstellungen zur Frauenbewegung und ihren Forderungen ab. Friedlaender lehnt jegliche Emanzipation der Frau ab, wenn sie die Freiheit des Mannes beschränkt. Simmel setzt sich mit der Frauenbewegung auseinander und teilt in mancher Hinsicht ihre Bestrebungen, indem er beispielsweise die Bildung von Frauen und Mädchen fördert; er fordert zugleich aber von der Frauenbewegung eine Revision ihrer Ziele unter Aspekten der objektiven Kultur und der Krise. Weber ist aktiv an der bürgerlichen Frauenbewegung beteiligt, sie unterstützt sie in organisatorischen Belangen, gehört dem Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine an und setzt sich für frauenpolitische Interessen publizistisch ein. Der vorgeschlagene Modus für die Krisenbewältigung fällt demnach verschieden aus. Bei Weber ist die Frauenbewegung der Lösungsweg schlechthin für die Milderung der Krise, da nur die Frau zwischen der subjektiven und objektiven Kultur vermitteln kann.

Simmel fordert die Frauenbewegung auf, ihre Zielstellung anzupassen, um neue Wege, welche subjektive und objektive Kultur wieder annähern, sichtbar werden zu lassen. Friedlaender spricht sich gegen jede weibliche Emanzipation aus, da diese die Krise und den Kulturverfall erst verursacht.

Die Krise um 1900 war somit Anlass, verschiedenartige Vorstellungen von Geschlechterordnungen und -hierarchien zu platzieren: Aus den Irritationen wurden die besondere Bedeutung der Frau (Weber), die Ablehnung der weiblichen Emanzipation (Friedlaender) oder die Spaltung in eine männliche und weibliche Lebenswelt (Simmel) abgeleitet. Damit umfasst das Spektrum die Konzeptualisierung einer neuen Weiblichkeitsvorstellung, die Skizzierung einer neuen Welt und die Beschwörung der traditionellen Geschlechterhierarchie. Die weibliche Emanzipation begünstigte weitere Verunsicherungen der männlichen Identität, welche sich in einer Überbetonung der empfundenen weiblichen Minderwertigkeit entlud, aber auch die Hoffnung auf eine bessere Welt aufkommen ließ. Das Geschlechterproblem der Jahrhundertwende wurde in den Ideen einer *Weiblichen Kultur* als Kulturfrage erör-

Die Krise um 1900 war somit Anlass, verschiedenartige Vorstellungen von Geschlechterordnungen und -hierarchien zu platzieren.

tert und die Kulturprobleme wurden als Geschlechterfrage diskutiert. Bei beiden Thematisierungen spielte die Krise einen essenziellen Ausgangs- bzw. Berührungspunkt. Die Ausgestaltung der Beziehung zwischen den Geschlechtern besaß dabei eine zukunftsweisende Haltung, verwies zugleich auf die Fragen, ob und wie der Krise (erfolgreich) begegnet werden kann, und nahm daher eine

Schlüsselposition ein. Krise, Kultur und Geschlecht um 1900 standen somit für die Autor_innen in direktem Zusammenhang.

Ausblick: Krise und Geschlecht nach 1900

Auf den ersten Blick erscheint der Vergleich der heutigen Situation mit der Lage um die Jahrhundertwende 1900 absurd. Geschlecht ist nun keine primäre Strukturvariable mehr, gesetzliche Gleichberechtigung besteht und die unmittelbare Diskriminierung ist eingedämmt. Dennoch ist Geschlecht weiterhin eine Ordnungskategorie, welche die Gesellschaft strukturiert. Die Annahme der Wesensverschiedenheit der Geschlechter begegnet uns auch im heutigen Alltag. Die Geschlechtscharakterideologie ist langlebzig: „Die Polarisierung der Ge-

schlechtscharaktere als kulturelle Vorgaben wirkt bis in die Gegenwart fort, auch wenn sich diese starre Entgegensetzung abgeschwächt hat.“ (Lenz 2001: 200) Gegenwärtig wird von Geschlechterstereotypen gesprochen. Das Geschlecht wird weiterhin als ein Merkmal zur Gruppenbildung betrachtet. Trotz aller Kritik an der Annahme eines Zwei-Geschlechtersystems oder der Diskussionen um die Begriffe und Gehalte von *sex* und *gender*

der wird beispielsweise in nahezu jeder (wissenschaftlichen) Umfrage das Geschlecht der Befragten erhoben und als Auswertungskriterium eingesetzt. Auch der geforderte Kultureinfluss sowie die Sonderstellung der Frau als Mutter in der alten Frauenbewegung haben lange Schatten geworfen. Der Differenzfeminismus führte den Gedanken der Geschlechterverschiedenheit bis in die 1980er Jahre fort. Die Idee einer *Weiblichen Kultur* tauchte dabei immer wieder auf – auch wenn sie bei Weitem nicht das Simmel'sche Ausmaß einer zweifachen Lebenswelt erreichte, war die Sonder(stell)ung des Weiblichen regelmäßig ein Thema.

Auf der Basis, dass Traditionslinien zwischen 1900 und heute existieren, erscheint die Frage legitim, ob es weiterhin eine Verquickung zwischen Krise

und Geschlecht gibt. Die Forschung zu Arbeit und Geschlecht bietet dafür Beispiele: Untersuchungen zu Verlusten der (weltweiten) Finanzkrisen zeigen unter anderem, dass diese Krisen vor allem Frauen erreichen, indem sie eher vom Arbeitsplatzverlust oder Arbeitsverringerung, Strukturanpassungen im Sozialbereich oder weiteren Auswirkungen wie Preissteigerung der Lebensmittel betroffen sind (vgl. Young/Hoppe

2010: 583f.). Auch Weiblichkeits- und Männlichkeitsbilder spielen noch eine Rolle. Christa Wichterich beobachtet zwar, dass „die Diskurse [...] mit alten Gendernormen wie männlich = rational, weiblich = emotional [brechen], [sie] konstruieren aber neue zweigeschlechtliche Identitäten“ (Wichterich 2011: 141), indem „die Gender-Diskurse mit ihrem Fokus auf Subjektivitäten zeigen, wie die verhaltenstheoretischen Analysen der Finanzmärkte und biologistische Zuschreibungen die Strukturanalyse und Systemkritik verdrängen und die Notwendigkeit von Veränderungen umdefinieren: Weibliches Verantwortungsmanagement soll nun das männliche Draufgängertum ersetzen“ (ebd.). Stereotype von Weiblichkeit und Männlichkeit werden so wiederbelebt. Zudem wird Krise nun auch mit Männlichkeit in

Die Bezugnahme von Krise und Geschlecht wird demnach auch in der Zukunft ein Thema bleiben.

Verbindung gebracht. Michael Meuser betont, dass „die Diagnose von der Krise des Mannes [...] auf die Mitglieder der Männergruppen zu begrenzen“ (Meuser 2010: 323) ist und „die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses [...] beide Geschlechter“ (ebd.: 328) berührt, „aber sie trifft angesichts der historisch konstituierten unterschiedlichen Bedeutungen der Erwerbsarbeit für geschlechtliche Identitätsbildungen Männer anders als Frauen.“ (Ebd.) Die Bezugnahme von Krise und Geschlecht wird demnach auch in der Zukunft ein Thema bleiben.

ZUR AUTORIN:

Julia Schellnock, 28, promoviert im Fach Soziologie an der Technischen Universität Dresden. Zu ihren wissenschaftlichen Interessengebieten zählen: Soziologische Theoriengeschichte, Kultur- und Wissenssoziologie sowie Geschlechterverhältnisse.

LITERATUR

- Bublitz, Hannelore** (2000): Zur Konstruktion von ›Kultur‹ und Geschlecht um 1900. In: Bublitz, Hannelore/Hanke, Christine/Seier, Andrea (Hrsg.): Der Gesellschaftskörper. Zur Neuordnung von Kultur und Geschlecht um 1900. Frankfurt am Main: Campus, S. 19–96.
- Drehse, Volker/Sparr, Walter** (1996): Die Moderne. Kulturkrise und Konstruktionsgeist. In: Drehse, Volker (Hrsg.): Vom Weltbildwandel zur Weltanschauungsanalyse. Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung um 1900. Berlin: Akademie, S. 11–29.

Frevert, Ute (1986): Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Friedlaender, Benedict (1906): Männliche und weibliche Kultur. Eine kausalhistorische Betrachtung. Leipzig: Deutscher Kampf.

Friedlaender, Benedict [1909] (1908): Vorwort zu dem Aufsatz Arthur Schopenhauer's „Über die Weiber“. In: Friedlaender, Benedict: Die Liebe Platons im Lichte der modernen Biologie. Gesammelte kleinere Schriften. Treptow bei Berlin: Bernhard Zack's, S. 271–274.

Gerhard, Ute (1994): Frauenbewegung als soziale Bewegung. In: Deutsche Forschungsgemeinschaft; Senatskommission für Frauenforschung (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen. Berlin: Akademie, S. 145–156.

Gerhard, Ute (1995): Die »langen Wellen« der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main: Campus, S. 247–278.

Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen. Stuttgart: Klett, S. 363–393.

Honegger, Claudia (1988): »Weiblichkeit als Kulturform«. Zur Codierung der Geschlechter in der Moderne. In: Haller, Max/Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): „Kultur und Gesellschaft“. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988. Frankfurt am Main: Campus, S. 142–155.

Klinger, Cornelia (2000): Die Ordnung der Geschlechter und die Ambivalenz der Moderne. In: Becker, Sybille/Kleinschmit, Gesine/Nord, Ilona/Schneider-Ludorff, Gury (Hrsg.): Das Geschlecht der Zukunft. Frauenemanzipation und Geschlechtervielfalt. Stuttgart: Kohlhammer, S. 29–63.

Klinger, Cornelia (2002): Die Kategorie Geschlecht zwischen Natur, Kultur und Gesellschaft. In: Helduser, Urte/Schwietring, Thomas (Hrsg.): Kultur und ihre Wissenschaft. Beiträge zu einem reflexiven Verhältnis. Konstanz: UVK, S. 69–84.

Koselleck, Reinhart (1982): Krise. In: Brunner, Otto (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3 H – Me. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 617–650.

Lenz, Karl (2001): Im ehernen Gehäuse der Kultur. Geschlechterkonstruktion in heterosexuellen Zweierbeziehungen. In: Brückner, Margit/Böhnisch, Lothar (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse. Gesellschaftliche Konstruktionen und Perspektiven ihrer Veränderung. Weinheim: Juventa, S. 179–207.

Meuser, Michael (2010): Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster. Wiesbaden: VS.

Möller, Frank (1997): Das Jahr 1900. Der Traum vom endlosen Fortschritt. In: Bünz, Enno (Hrsg.): Der Tag X in der Geschichte. Erwartungen und Enttäuschungen seit tausend Jahren. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 169–187.

Seier, Andrea (2000): »Überall Culture und kein Ende«. Zur diskursiven Konstitution von »Kultur« um 1900. In: Bublit, Hannelore/Hanke, Christine/Seier, Andrea (Hrsg.): Der Gesellschaftskörper. Zur Neuordnung von Kultur und Geschlecht um 1900. Frankfurt am Main: Campus, S. 112–178.

Simmel, Georg (1999) [1890]: Zur Psychologie der Frauen. In: Dahme, Heinz-Jürgen (Hrsg.): Georg Simmel Gesamtausgabe. Band 2: Aufsätze 1887 bis 1890. Über soziale Differenzierung [u. a.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 66–102.

Simmel, Georg (1995) [1902]: Weibliche Kultur. In: Kramme, Rüdiger/Rammstedt, Angelika/Rammstedt, Otthein (Hrsg.): Georg Simmel Gesamtausgabe. Band 7: Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908. Band I. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 64–83.

Simmel, Georg (1911a): Der Begriff und die Tragödie der Kultur. In: Simmel, Georg: Philosophische Kultur. Gesammelte Essays. Leipzig: Dr. Werner Klinkhard, S. 245–277.

Simmel, Georg (1911b): Weibliche Kultur. In: Simmel, Georg: Philosophische Kultur. Gesammelte Essays. Leipzig: Dr. Werner Klinkhard, S. 278–319.

Tenbruck, Friedrich H. (1986): Bürgerliche Kultur. In: Neidhardt, Friedhelm/Lepsius, Rainer M. /Weiß, Johannes (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 27. Opladen: Westdeutscher, S. 263–285.

Ullmann, Hans-Peter (1995): Das deutsche Kaiserreich 1871–1918. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

vom Bruch, Rüdiger (2005) [1989]: Kaiser und Bürger. Wilhelminismus als Ausdruck kulturellen Umbruchs um 1900. In: vom Bruch, Rüdiger/Liess, Hans-Christoph (Hrsg.): Bürgerlichkeit, Staat und Kultur im Kaiserreich. Stuttgart: Franz Steiner, S. 25–51.

vom Bruch, Rüdiger/Graf, Friedrich Wilhelm/Hübinger, Gangolf (1989): Einleitung. Kulturbegriff, Kulturkritik und Kulturwissenschaften um 1900. In: Bruch, Rüdiger/Graf, Friedrich Wilhelm/Hübinger, Gangolf (Hrsg.): Kultur und Kulturwissenschaften um 1900. Krise der Moderne und Glaube an die Wissenschaft. Stuttgart: Franz Steiner, S. 9–24.

Vondung, Klaus (1976): Zur Lage der Gebildeten in der wilhelminischen Zeit. In: Vondung, Klaus (Hrsg.): Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 20–33.

Weber, Marianne (1919) [1913]: Die Frau und die objektive Kultur. In: Weber, Marianne: Frauenfragen und Frauengedanken. Gesammelte Aufsätze. Tübingen: Mohr, S. 95–133.

Wichterich, Christa (2011): Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise. In: Demirović, Alex/Düick, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, S. 129–145.

Wobbe, Theresa (1997): Wahlverwandtschaften. Die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft. Frankfurt am Main: Campus.

Young, Brigitte/Hoppe, Hella (2010): Globalisierung. Aus Sicht der feministischen Makroökonomie. In: Becker, Ruth/Budrich, Barbara (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS, S. 582–590.

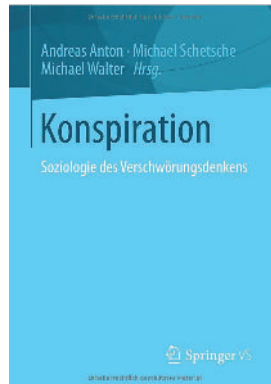
Ziegler, Theobald (1899): Die geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts. Berlin: Georg Bondi.

Rezension zu „Anton/Schetsche/Walter (Hrsg.): Konspiration“

Soziologie des Verschwörungsdenkens

von Alan Schlink

Nicht erst seit dem Abhörskandal durch den US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst NSA ist der Konspirationismus ein Thema in den Medien und in der Wissenschaft. Mit der Verbreitung des Internets hat sich auch die Möglichkeit der Produktion und Popularisierung heterodoxen, das heißt von der gesellschaftlichen Norm abweichenden, Wissens potenziert und Verschwörungstheorien sind ein Teil davon. Der vorliegende Sammelband orientiert sich programmatisch an den wissenssoziologischen Arbeiten zu Verschwörungstheorien der Herausgeber und ist systematisch untergliedert in drei Bereiche: „Fallstudien“, „Mediale Diskurse“ und „Theoretische Perspektiven“. Das einleitende Kapitel von Andreas Anton, Michael Schetsche und Michael K. Walter versucht, die verschiedenen im Band versammelten Zugänge und Pers-



Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens.
Herausgeber: Anton, Andreas/
Schetsche, Michael / Walter,
Michael K. (2014); Wiesbaden:
Springer VS.

pektiven aus der wissenssoziologischen Position zu integrieren, wobei viele der Beiträge bereits stark sozialkonstruktivistisch und wissenssoziologisch strukturiert sind und sich damit selbst wiederum an der theoretischen Vorarbeit von Anton und Schetsche orientieren. Der Buchaufbau ist insofern gut gelungen, als dass den Leser_innen zunächst empirische und historische Fallbeispiele von

Verschwörungen bzw. Verschwörungstheorien vorgestellt werden, die in den nachfolgenden Kapiteln auf abstrakterer Ebene hinsichtlich ihrer Logik, Systematik, Funktionalität usw. analysiert werden.

Während die Realität von Verschwörungen, so die Herausgeber in der Einleitung, als gemeinhin anerkanntes gesellschaftliches Wissen gilt – man denke etwa an das Mordkomplott gegen Julius Cäsar oder an die Hyperverschwörung des Manhat-

tan-Projekts (Deckname für die geheime Entwicklung der Atombombe in den USA während des Zweiten Weltkriegs) – ist der Begriff der Verschwörungstheorie innerhalb der letzten Jahrzehnte zum Kampfbegriff mutiert, vor dessen semantischen Horizont die Legitimität des Wissens um eine Verschwörung selbst wieder infrage gestellt, angegriffen oder pathologisiert wird (S. 12). Aus der wissenssoziologischen Perspektive zeige sich dagegen, dass auch das Wissen um reale Verschwörungen nur im Modus der Verschwörungstheorie verhandelbar sei. Somit trete die Verschwörungstheorie einmal als orthodox, einmal als heterodox auf, je nach dem „Grad ihrer gesellschaftlichen Anerkennung“ (S. 16). Aus einem solchen Blickwinkel, der sich gegen die Essentialisierung, Homogenisierung und Psychologisierung von Verschwörungstheorien wendet, könne demnach zunächst „kein *grundlegender* Unterschied zwischen orthodoxen und heterodoxen Verschwörungsdeutungen“ bestehen (S. 15), wie ihn viele Verschwörungs-Skeptiker_innen implizit oder explizit annehmen. Zu jenen gehörte auch Karl Popper, der durch seine Zurückweisung des Verschwörungsdenkens als säkularisierte Form des „religiösen Aberglaubens“ die Sozialwissenschaft in dieser Hinsicht nachhaltig geprägt hat (Popper, Karl (1980) [1958]: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. Falsche Propheten*. Bern: A. Francke, S. 182).

JFK, UFOs und der 11. September

Im ersten Beitrag fragt Gerd H. Hövelmann danach, was gerade den Kennedy-Mord als Referenz für Verschwörungstheorien so besonders macht. Für Hövelmann sind es drei Faktoren, die den Tod des US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy als eine persistente und nachhaltige Ressource für unzählige Verschwörungstheorien auszeichnen und die, so seine These, generalisierbar seien: erstens, der hohe „*Grad der Sichtbarkeit der Tat*“ (S. 32; alle Hervorhebungen im Original) über Bilder und Massenmedien; zweitens, „*ganz offenkundige Manipulationen*“ (S. 33f.), die eine „Verschwörung zweiter Art“, das heißt eine Verschwörung nach der wahrscheinlichen Mordverschwörung, nahelegen (S. 33f.); drittens, die „*Irrationalität der rationalen Aufklärer*“, die mit dilettantischen Mitteln versuchten, offenkundige Tatsachen zu leugnen und ‚wegzuerklären‘ (S. 34). Hövelmann zielt also weniger auf eine Bewertung des vorgeblichen Tathergangs ab, als dass er vielmehr dessen ‚Aufklärung‘ von offizieller Seite (S. 44–48), sowie das verdächtige Verhalten einzelner (Medien-)Akteure (S. 56–61) und die Rahmenbedingungen der Tat insgesamt beleuchtet. Sein Fazit: Ohne den „irritierenden Dilettantismus“, die vielen „Manipulationen an Beweisen, Dokumenten und Narrationen“ – also „Verschwörungen zweiter Art“ – „wäre manche Verschwörungsvariante gar nicht erst entstanden

Ohne den „irritierenden Dilettantismus“, die vielen „Manipulationen an Beweisen, Dokumenten und Narrationen“ – also „Verschwörungen zweiter Art“ – „wäre manche Verschwörungsvariante gar nicht erst entstanden und für viele Beobachter sogar glaubhaft geworden“.

und für viele Beobachter sogar glaubhaft geworden“ (S. 61). Die Terrorexpertin Regine Igel untersucht im Anschluss die personellen Verflechtungen in den 1960er und 1970er Jahren zwischen der Elite-Freimaurerloge „Propaganda Due“, verschiedenen italienischen Regierungen, der Justiz und dem Militär sowie den „stay behind“-Armeen der Nordatlantischen Allianz (NATO), die gemeinhin als „Gladio“ bekannt sind. „Gladio“ verweist damit auf eine ‚reale‘ Verschwörung. Unter dem Dogma des Antikommunismus verübten Gladio-Zellen massive Terroranschläge gegen die eigene Bevölkerung, um sie dem politischen Gegner anzulasten. Igel rekonstruiert die Involvierung vor allem der CIA in diesem tiefenpolitischen Machtgefüge und legt die Steuerung der von der NATO initiierten Gladio-Struktur durch den US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst spätestens seit 1968 offen (S. 81).

Während Marcus Klöckner sich im darauf folgenden Beitrag mit den verschiedenen Verschwörungsdeutungen zur Bilderberg-Gruppe – welche jährlich

ein (semi-) ‚privates‘ Treffen westlicher Eliten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Medien und Militär veranstaltet – befasst, die er vor dem Hintergrund der „Power Structure Research“ (C.W. Mills) als politische und soziale „Struktursetzungsmacht“ (S. 104) bezeichnet, widmet sich der Wissenschaftshistoriker und Molekularbiologe Erhard Geißler diversen Theorien zur Herkunft der Immunschwächekrankheit AIDS bzw. dessen mutmaßlichen Erregers HIV. Auf die Thesen von AIDS-Leugner_innen wie Peter Duesberg geht Geißler dabei nicht ein, da er sie als von der „Mehrzahl der Experten [...] mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ für widerlegt hält (S. 114). Dafür zeichnet er sehr kleinteilig die Geschichte und die (Er-) Findung der HI-Viren nach und verfolgt den Ursprung der „Fort-Detrick-Hypothese“, laut derer die Erregerviren aus einem US-amerikanischen Militärlabor stammen, möglicherweise um als biologische Waffe eingesetzt zu werden (S. 116ff.). Geißler rekonstruiert historisch, wie es zu dieser Verschwörungstheo-

rie kam und identifiziert als Quelle das Biologen-Ehepaar Jakob und Lilli Segal. Der russische Geheimdienst KGB nahm diese Theorie offenbar für eine Desinformationskampagne auf, kann aber, so Geißler, nicht als ihr Urheber belegt werden (S. 130f.).

Theoretisch wie empirisch reizvoll mutet der Beitrag von Ingbert Jüdt an, in dessen Mittelpunkt die auch jenseits der internationalen UFO-Szene, zum Beispiel über TV-Serien oder das PC-Spiel *Deus Ex*, populär gewordenen *Majestic-12-Dokumente* stehen. Diese seien nach Jüdt vorsätzliche Fälschungen und Produkte der Täuschungskampagne eines „interne[n] Nachrichtendienst[es] der Luftwaffe“ (S. 141). Die mit der Fälschung und Propagierung der *Majestic-12-Dokumente* eingeleitete umfassende Desinformierung der UFO-Szene sei ein „Rückkoppelungsprodukt“ der Doppelagententätigkeit des in den 1980er Jahren einflussreichen UFO-Forschers William Moore, so Jüdt, „mit der vorläufige, hypothetische und spekulative Ideen aus der UFO-Forschung in eine scheinbare historische ‚Faktizität‘ verwandelt wurden (S. 143f.). Die Kampagne, bilanziert Jüdt, „bewirkte einen systematischen und nachhaltigen Wechsel in der zeitgenössischen UFO-Forschung: weg von wissenschaftlich-empirischen Untersuchungen und hin zu umfangreichen theoretischen Vorstellungen und Vorwürfen an eine Vielzahl US-amerikanischer Regierungsbehörden.“ (Ebd.)

Sie lenkte die Aufmerksamkeit der UFO-Forschung vom „Nichtwissen“ hin zu einem definitiven „Falschwissen“ (S. 154), durch dessen Proklamierung ihre Anhänger_innen sich lächerlich machten und stigmatisiert wurden. Demnach sei klar: „[D]as ‚Wissen‘ über eine Verschwörung kann ebenso selbst das Produkt einer Verschwörung sein [...]“ (S. 154) Mit Rekurs auf Hövelmanns Beitrag (S. 34) kann demzufolge präzisiert werden: „Verschwörungen zweiter Art“ müssen nicht zwingend auf „Verschwörungen erster Art“ (S. 34) verweisen. Sie können ein vermeintliches Geheimwissen – zunächst ganz zweckunspezifisch – auch vortäuschen. Dass ein (Fake-) „Cover Up“ die Persistenz von Verschwörungstheorien tendenziell erhöht, wie Hövelmann annimmt, zeigt auch das Beispiel der *Majestic-12-Dokumente* deutlich.

Bezogen auf den 11. September 2001 stehen im Beitrag von Andreas Anton nicht der mögliche Cover-Up oder die Inszenierung der Terroranschläge im Vordergrund, sondern zunächst die nüchterne Unterscheidung dreier verschiedener Deutungsmöglichkeiten des Ereignisablaufs, die Anton von dem Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser entlehnt: erstens, die „Surprise“-Theorie, die besagt, dass die US-amerikanischen Behörden vom Angriff der Terroristen überrascht worden seien („offizielle“ Theorie); zweitens die „LIHOP“-Theorie, gemäß welcher

Den Grund für diese „Legitimationsmaschinerie“ sieht Walter im Angriff auf die Wirklichkeitskonstruktion des „Qualitätsjournalismus“ der klassischen Massenmedien, die vor allem durch die Netzwerkmedien mehr und mehr ihre Deutungshoheit einbüßen.

die Behörden ein Vorwissen des Anschlags gehabt, ihn aber aus verschiedenen Motiven nicht verhindert hätten; drittens, die „MIHOP“-Theorie, wonach US-amerikanische Sicherheitsbehörden den Anschlag (mit-)verursacht hätten (S. 161–164). *Alle drei* Theorien stellen Verschwörungstheorien dar, unterscheiden sich jedoch im Grad ihrer gesellschaftlichen Anerkennung. Nach der Vorstellung verschiedener Akteure der ‚9/11-Wahrheitsbewegung‘, ihrer erklärten Gegner_innen sowie ihrer möglichen Motive und Interessen plädiert Anton für eine „offene Debatte“, indem er Poppers Verschwörungsskeptizismus gegen dessen eigene Prämissen wendet: „So lange es offene Gesellschaften gibt, wird es immer dominierende und abweichende Wirklichkeitsbestimmungen und Kämpfe um die Deutungsmacht geben.“ (S. 178) Es seien „gerade diese Kämpfe [...] die einen erheblichen Teil der dynamischen Entwicklung des Wissens innerhalb von Gesellschaften ausmachen.“ (Ebd.)

Die Mediatisierung der Verschwörung

Michael K. Walter leitet den zweiten Teil des Bandes mit einer Reflexion medialer „Legitimitätsstrategien gegenüber Verschwörungstheorien zum 11. September“ ein. Mit dem begrifflichen Instrumentarium von Peter L. Berger, Thomas Luckmann und Pierre Bourdieu zeigt er plausibel, dass eine Therapeutisierung und Nihilierung (S. 183ff.) sowie auch eine De-Autorisierung (S. 190f.) heterodoxer Verschwörungstheorien zu 9/11 im massenmedialen Diskurs hegemonial sind. Den Grund für diese „Legitimationsmaschinerie“ sieht Walter im Angriff auf die Wirklichkeitskonstruktion des „Qualitätsjournalismus“ der klassischen Massenmedien, die vor allem durch die Netzwerkmedien mehr und mehr ihre Deutungshoheit einbüßen (S. 200). René König, der seine Diplomarbeit über die Funktionsweise und die Generierung von Wissen auf *Wikipedia* in Bezug auf heterodoxe Deutungen zu 9/11 geschrieben hat, erklärt schließlich, weshalb

Dabei sei gerade der Film, wie er an verschiedenen Beispielen aufzeigt, paradoxerweise das geeignetste und zugleich auch das trügerischste Medium der Verarbeitung von Verschwörungen und Verschwörungstheorien.

auch in diesem vermeintlich ‚offenen‘ Projekt alternatives und heterodoxes Wissen prinzipiell exkludiert wird (S. 216). Sein Beitrag ist eine kritische und ernüchternde Reflexion über die Verarbeitung und Verbreitung von Wissen in den Zeiten der großen Suchmaschinen, Social Media und der Commons, die darauf aufmerksam machen will, dass das Internet nicht nur ein Massenmedium der Multiplikation, sondern aufgrund algorithmischer (Eigen-)Logiken zugleich ein Medium der Fragmentierung, Anpassung und Individualisierung von Wissen ist.

Einen erfrischende Abwechslung bringt der Aufsatz von Sven Großhans, der sich mit der Verschwörungstheorie im Comic auseinandersetzt und dazu die erfolgreiche US-Comicserie „Watchmen“ analysiert. Großhans verdeutlicht, wie der Produzent Alan Moore das Thema der Verschwörung nicht nur zum Gegenstand seines Comic-Narrativs macht, sondern wie er in seiner Geschichte die Form des Verschwörungsdenkens selbst zum reflexiven Gegenstand erhebt und dadurch kritisches Nachdenken fordert.

Vorteilhaft wären hierbei Illustrationen gewesen, denn die für den Comic charakteristische „Closure“, als „konstruierende[s] Mitwirken des Rezipienten, durch das die Bilder erst zu einem narrativen Ganzen werden“ (S. 225), kann auf der rein textualen Ebene kaum verwirklicht werden. Großhans' Beitrag verweist neben der semantisch-symbolischen auf die narrative Struktur von Verschwörungstheorien, in deren Mittelpunkt gesellschaftliche Ereignisse stehen, die intentional gedeutet werden. Matthias Hurst untersucht diese Struktur für das Genre des Films. Das Massenmedium des Films könne dazu beitragen, dass heterodoxes Wissen sich „langsam als orthodoxes [...] durchzusetzen beginnt“ (S. 244). Dabei sei gerade der Film, wie er an verschiedenen Beispielen aufzeigt, paradoxerweise das geeignetste und zugleich auch das trügerischste Medium der Verarbeitung von Verschwörungen und Verschwörungstheorien, deren sinnhaft-narrative Aufarbeitung tendenziell zur Vermengung von Fakt und Fiktion führe: Denn „[d]er undurchschaubaren Verschwörung“, so Hurst, sei

„scheinbar nur durch die überschaubare, logisch verknüpfende, narrative (Film-) Struktur als mediales Pendant zur Verschwörungstheorie beizukommen“, die sich durch ihre fiktive Form aber selbst wieder desavouiere (S. 256).

Theorien über Verschwörungstheorien

Dem Beitrag von Michael Butter im dritten Teil des Bandes gelingt es, auf wenigen Seiten die Tradition des konspirationistischen Denkens in den USA historisch zu rekonstruieren. Butter vertritt die These, dass sich „der amerikanische Verschwörungsglaube [...] nicht durch den Rekurs auf einzelne Verschwörungen oder grundlegende gesellschaftliche Umstürze“, sondern wesentlich durch „das Zusammenwirken der drei Ideengeschichtlichen [sic] Faktoren“ – die mechanistische Epistemologie, den libertären Republikanismus sowie den manichäistisch-geprägten Puritanismus – erklären lasse (S. 261ff.). Insofern habe der Konspirationismus über lange Zeit einen herausragenden Stellenwert in der nordamerikanischen Gesellschaft gehabt und sei ein orthodoxes Deutungsmuster gewesen. Die „Verschwörungstheorie“ als pejorativer Begriff dagegen sei ein sehr modernes, erst Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre sichtbar gewordenes Phänomen. Dessen Aufkommen verweise auf einen Bruch mit der konspirationistischen Denktradition und markiere damit einen gesellschaftlichen Bedeutungswandel im

Umgang mit Verschwörungen (S. 268). Hier zeigt sich der systematische Bezug zum einleitenden Kapitel (S. 12f.), in dem die Herausgeber die deskriptive Dimension des Begriffs hinterfragen und auf seine normative und hegemoniale Diskursqualität hinweisen.

Die letzten Beiträge von David Coady, Sascha Pommrenke und Oliver E. Kuhn diskutieren jeweils „Gerüchte“, Verschwörungstheorien und „spekulative Kommunikation“ aus philosophischer, anthropologisch-sozialpsychologischer und wissenschaftstheoretischer Sicht. Vor allem der Aufsatz von Pommrenke verdeutlicht dabei die Grenzen des anthropologisch-sozialpsychologischen Konstruktivismus, indem er nicht nur die Irrationalität bzw. Affektivität von Verschwörungsideologien, sondern von „Phantasiewissen“ insgesamt aufzuzeigen versucht. Die sozialpsychologische Funktion dieses Wissens sei die Aufwertung des Selbst oder einer Wir-Gruppe (S. 310ff.). Die Rückführung von Verschwörungstheorien auf (sozial-)psychologische Muster scheint – bei aller empirischer Evidenz – jedoch die in den vorangehenden Beiträgen herausgearbeitete wissenssoziologische Spezifik eben dieser gerade wieder zu unterlaufen. Ähnlich verhält es sich mit dem Beitrag von Kuhn, der Verschwörungstheorien im Modus spekulativer Kommunikation fasst und damit ausgerechnet ihrer charakteristischen Eigenschaften als Theorien über *Verschwörungen* beraubt. Dafür kann er jedoch

gute (formal-)logische Gründe anführen, Verschwörungsspekulationen, insofern sie sich bloß auf den infalliblen Charakter von „Nicht-Wissen“ (S. 338, S. 341f.) stützen, ablehnend zu begegnen.

Der Sammelband ist definitiv ein Meilenstein in der Verschwörungsforschung. Er emanzipiert sich weitgehend von dem skeptizistischen Ballast der rationalistischen Tradition, ohne dabei einseitig zu werden oder das Verschwörungsdenken zu fetischisieren. Er umreißt sowohl das Potenzial der Wissenssoziologie sowie ihre Grenzen für die Konspirologie. Trotz der unterschiedlichen Themen und Zugänge weist der Band eine starke innere Kohärenz auf. Insgesamt stellt er erst-

mals systematisch heraus, wie komplex das Verhältnis zwischen Verschwörungen und Verschwörungstheorien ist und wie dicht der Konspirationsdiskurs mit tiefer liegenden Fragen nach Normativität und Legitimierung sozialen Wissens verwoben ist.

ZUM AUTOR:

Alan Schink, 28, studiert Soziologie (Master) an der Technischen Universität Berlin. Zu seinen wissenschaftlichen Interessensgebieten gehören Wissens- und Religionssoziologie, Sozialkonstruktivismus, Phänomenologie sowie die Soziologie des Körpers.

Read and Feed

Füttere Buddie mit Deiner Buchbesprechung!



Buddie – der Bücherwurm
von budrich academic

- **Buch bestellen**
- **Rezension verfassen und veröffentlichen**
- **Buch kostenlos behalten**

Buddies Leibspeise sind Rezensionen. Unterstütze uns beim Füttern und verfasse eine Buchbesprechung. Zum Dank darfst Du das **Buch kostenlos** behalten.

Alle Infos hier:



budrich academic

Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
buddie@budrich.de

www.buddie.budrich-academic.de



Und was machst du so?

Über Stipendien, Berufseinstiege und biographische Übergänge – Interview mit Dr. Tobias Lasner



Dr. Tobias Lasner (32) studierte an der Philipps-Universität in Marburg Soziologie, Geschichte und Literatur (M.A.) und arbeitet zurzeit als Wissenschaftler am Johann Heinrich von Thünen-Institut sowie als freier Autor in Hamburg. Außerdem ist Tobias Alumnus der Heinrich-Böll-Stiftung und wir freuen uns, dass er uns

und euch an seinem Werdegang mit all seinen Höhen und Tiefen als Soziologieabsolvent und -promovend teilhaben lässt. Im November 2013 erschien seine innovationstheoretische Studie „Ecopreneurship in der Aquakultur - Zur Übernahme umweltgerechter Innovationen“ im oekom verlag.

95

SOZIOLOGIEMAGAZIN: *Zunächst mal würde uns dein beruflicher Werdegang mit allen Facetten, Höhen und Tiefen, Chancen und Hemmnissen interessieren.*

TOBIAS: 2006 machte ich meinen Abschluss (Magister Artium) an der Philipps-Universität in Marburg. In meiner Magisterarbeit untersuchte ich die soziale Lage von Fluss- und Seenfischer_innen in Deutschland. Eigentlich hatte ich mich mit meinem Studium sehr weit von meiner sozialen Herkunft, meinen Wurzeln entfernt, denn ich stamme aus einer traditionsreichen norddeutschen Seenfischerfamilie. Diese Distanz war beabsichtigt. Sie führte jedoch unbeabsichtigt dazu,

dass ich aus der lebensräumlichen Ferne meines Studiums in Hessen mich wieder mehr und mehr mit der Fischerei und dem ländlichen Raum auseinandersetzte, nun auch soziologisch. Meine Abschlussarbeit war schließlich der Versuch, meine akademische Vita mit der meines Elternhauses wieder zusammenzuführen.

Auch hatte ich erst einmal genug von der akademischen Schreibtischarbeit, sodass ich beschloss, nach dem Studium eine zweijährige Ausbildung zum Fischwirt zu absolvieren. Meine Magisterarbeit war dazu der textgewordene Brückenschlag. Neben begeistertem Zuspruch hörte ich in meinem Umfeld auch Stimmen der Warnung: „So eine Ausbildung verbaut dir

eine Rückkehr zu einem akademischen Broterwerb, überhaupt sollte jetzt das Geldverdienen an erster Stelle stehen und nicht so eine Art Selbstverwirklichung.“ Das Gegenteil traf (glücklicherweise) später ein. Doch zunächst durchlief ich nach meiner Ausbildung den Absolvent_innen der Kultur- und Geisteswissenschaften bekannten und frustrierenden Parcours der Stellensuche.

Wo sollte ein Soziologe, der die zwei vergangenen Jahre am großen Plöner See Fische gefangen hatte, statt sich im Auffangbecken der Marktforschung beruflich zu etablieren, hin?

Dank des Hinweises eines guten Freundes sah ich nach etlichen Bewerbungen und Absagen endlich eine reelle Chance: Die Universität Kassel suchte einen Mitarbeiter zur Erforschung des Marktes für Bio-Fisch. So kam ich an meine Promotionsstelle an der agrarwissenschaftlichen Fakultät der Uni Kassel in Witzenhausen, promovierte nach Ablauf des Projektes später mithilfe eines Stipendiums weiter und fand 2013 sehr schnell eine Anstellung am Thünen-Institut in Hamburg. Seither widme ich mich hier freudig der Erforschung von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fragen im Bereich Aquakultur (Fischzucht) und Fischerei. Im Nachhinein wirkt mei-

ne Aufzählung lebensläufiger Stationen recht geplant. Es zeigt sich auch hier der Gestalterschließungszwang, dem jede Erzählung unterliegt. Davon sollte sich aber niemand täuschen lassen. Tatsächlich ist das Leben ja viel unbeständiger, von Unsicherheiten und unlogischen Entscheidungen geprägt, denen nur im Nachhinein ein stringenter Sinn zugestanden werden

kann. Das einzig wirklich Stringente an meinen beruflichen Entscheidungen war, dass ich stets auf meine innere Stimme gehört habe.

Eben hast du ja dein Stipendium erwähnt. Wir hatten

*dazu mal einen **Blogbeitrag**, der auf reges Interesse gestoßen ist. Wie bist du denn damals zu deinem Promotionsstipendium gekommen?*

Lange Zeit war mir die Existenz von Förderwerken und Stipendien in Deutschland unbekannt. Selbst nach der Wahrnehmung solcher Institutionen wirkte allein der Terminus „Begabtenförderung“ eher abschreckend, da die Konnotation „elitär“ mitschwang. Eine Zuschreibung, mit der ich mich so gar nicht identifizieren konnte. Jedoch hatte meine damalige Freundin und jetzige Frau sich nie von solcherlei Zuschreibungen

Im Nachhinein wirkt meine Aufzählung lebensläufiger Stationen recht geplant. Es zeigt sich auch hier der Gestalterschließungszwang, dem jede Erzählung unterliegt.

beeindrucken lassen. Sie bewarb sich als Ethnologin erfolgreich um ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich hatte den Präzedenzfall des Möglicherwens also in meiner unmittelbaren Nähe. Dies war eine nicht zu unterschätzende Quelle für das eigene Selbstwertgefühl. Neben den formalen Kriterien, die erfüllt sein mussten (guter Abschluss, Vorarbeiten zur Promotion, Ausarbeiten eines Exposés etc.), war es vor allem der Glaube an das eigene Forschungsprojekt, der mich für die einzelnen Auswahlkriterien stärkte: Annahme der schriftlichen Bewerbung und des Exposés, zwei Monate später dann die Einladung zum Gespräch mit einem Vertrauensdozenten nach Stuttgart, anschließend die Einladung zum eintägigen Auswahlworkshop (einer Art grünes Assessment-Center) nach Berlin. Für alle Etappen habe ich mir noch einmal klar gemacht, wer ich bin, woher ich komme, was ich kann, was ich (forschungstechnisch) erreichen will und warum ich das Stipendium möchte. Kurz: Die reflektierte Auseinandersetzung mit mir selbst war meine wesentliche Vorbereitung und half mir wohl, überzeugend in diesen „Prüfungssituationen“ aufzutreten. Auch wenn es plakativ klingt: Seine eigene Rolle ausfüllen und keine andere annehmen, von der man glaubt, sie wäre anschlussfähiger, ist hier meines Erachtens sehr wichtig. Welche Kriterien die Entscheidung der Auswahlkommission am stärksten beeinflussten, ist schwer zu sagen. Sicherlich

spielte das Exposé eine tragende Rolle, flankiert mit dem Wunsch der Stiftung, Promovierende aus nicht-akademischen Familien stärker zu fördern, meinem sozialen Engagement (damals bei der Initiative ArbeiterKind.de) und meiner Offenheit gegenüber dem politisch grünen Profil der Stiftung.

Neben der finanziellen Unterstützung bieten Förderwerke ja auch eine sogenannte ideelle Förderung an. Was können sich unsere Leser_innen darunter genau vorstellen? Welche Erfahrungen hast du da gemacht?

„Ideelle Förderung“ klingt ein bisschen nach sozialistischem Unterricht über den Klassenfeind. Tatsächlich verbirgt sich das Nächstliegende dahinter: Menschen, die ähnliche Wirklichkeiten miteinander teilen, werden durch das Stipendium zusammengeführt und treten miteinander in Kontakt. Es werden gemeinsam Seminare zu ganz unterschiedlichen Themen (beispielsweise zu Menschenrechten) besucht und es wird viel politisch diskutiert. Daneben finden sich im jährlichen Veranstaltungsprogramm der Heinrich-Böll-Stiftung verschiedene Formate wie ein Lesekreis (natürlich zu Heinrich Böll), Vorlesungen zum Nahostkonflikt, Workshops zur sozialen Ungleichheit und vieles mehr. Der Besuch dieser Veranstaltungen ist freiwillig. Zudem gibt es eine ganze Reihe von Arbeitsgruppen (AG), die inhaltlich allein von und für

die Stipendiat_innen organisiert werden. In größeren Universitätsstädten gibt es dann noch einen regelmäßigen Stammtisch der Stipendiat_innen. Auf all diesen Veranstaltungen trifft man, wie gesagt, Menschen, vorwiegend im selben Alter und vorwiegend solche, mit denen man sich gut versteht.

Ich empfand jedes Zusammentreffen, jede Reise dahin als extrem bereichernd, da ich neue Menschen und ihre Lebensperspektiven kennenlernte, mich mit Themen beschäftigen konnte, die von meiner Promotion weit entfernt waren. Nicht zuletzt hat es auch riesigen Spaß gemacht, diesen Leuten zu begegnen und sich ungezwungen auszutauschen.

Gerade Promotionsstipendiat_innen fühlen sich manchmal als Doktorand_innen zweiter Klasse, weil ihnen die Anbindung an den Lehrstuhl fehlt. Wie war das für dich?

Ja, das stimmt. Es ist extrem abhängig von dem/der ersten Betreuer_in, ob der/die stipendiengeförderte Doktorand_in an den eigenen Lehrstuhl angebunden wird. Obwohl er/sie im Studienwerk selbst Teil des Stiftungsnetzwerkes ist, sind die am Lehrstuhl fließenden Informationen für die eigene Arbeit wichtiger (Ausschreibungen für Konferenzbeiträge, neue methodische Entwicklungen, inhaltlich relevante Wissenschaftsartikel). Mein Fall war durch die vorherige Anstellung an meinem Institut und einen verständ-

nisvollen Doktorvater in dieser Hinsicht glücklich: Auch nach dem Ende meines Arbeitsvertrages und dem Beginn des Stipendiums durfte ich die Infrastruktur des Lehrstuhls (Bibliothek, eigenes Büro, Teamsitzungen etc.) weiterhin nutzen. Andererseits bot mir das Stipendium große Freiräume hinsichtlich der Arbeitszeiten und der Option, auch mal am häuslichen Schreibtisch arbeiten zu können oder einen spannenden Artikel im Café zu lesen. Diese Kombination aus Freiheit und institutioneller Anbindung an einen Lehrstuhl empfand ich ideal für meine Promotion.

Hast du deine Promotion eigentlich innerhalb der Förderzeit abschließen können?

Meine Promotion, die ja aus der Anfertigung der Dissertation, der mündlichen Prüfung und der Veröffentlichung der Arbeit besteht, konnte ich während der Förderung abschließen. Mein Stipendium endete mit meiner Disputation im April 2013. Ich kam mit den drei Jahren Förderung gut zurecht, auch weil ich bereits einige Monate Vorarbeit geleistet hatte. Es hängt aber sehr vom eigenen Fachgebiet ab. Drei Jahre Förderung können für einen Historiker zu kurz und für eine Biologin gerade richtig sein. Das meine Dissertation dann erst im November 2013 veröffentlicht wurde, hängt mit der Publikation als Monografie zusammen, die noch einmal Extrazeit in Anspruch nimmt.

Gerade bei politischen Stiftungen besteht ja die Gefahr, dass man zu sehr mit der jeweiligen Partei identifiziert wird. Hast du damit irgendwann mal negative Erfahrungen gemacht?

Nein, das sehe ich nicht so. Klar, eine politische Stiftung steht einer Partei nahe. Diese stellt ursprünglich sogar die Existenzberechtigung der Stiftung dar. Die Stiftung ist aber nicht die Partei. Zwar gibt es Überschneidungen in den gemeinsamen Werten.

Vielmehr jedoch verfolgt die Stiftung auch eigene Ziele und tritt unter Umständen als

Kritikerin der jeweiligen Partei bzw. des aktuellen Parteiprogrammes auf. Von Außenstehenden in eine „grüne“ Kategorie eingeordnet zu werden, passiert natürlich genauso schnell wie bei allen anderen Zuschreibungen auch. So funktioniert die Reduktion von Komplexität im Alltag. Das empfinde ich in diesem Fall aber nicht als schlimm. Mir macht es vielmehr Spaß, zugeschriebene Rollen aufzubrechen und Rollenerwartungen gezielt zu enttäuschen. Nur durch Irritation wird das Fragile (und Wertvolle) unserer gesellschaftlichen Ordnung kurz sichtbar.

Würdest du sagen, dass sich das Stipendium positiv auf deine Berufseinstiegchancen auswirkte?

Ich würde sagen, dass sich mein Stipendium positiv auf meinen Berufseinstieg ausgewirkt hat.

Werden die oben genannten Auswahlkriterien für ein Stipendium berücksichtigt, dann ist klar, es erfordert einige Mühe, sich hierfür zu bewerben. Im Falle einer Förderung kann es durchaus als Auszeichnung für die eigene (Studien-) Leistung begriffen werden und bei politischen Stiftungen auch als Belohnung für das bisherige gesellschaftliche Engagement. Mein jetziger Arbeitgeber sah es zudem als erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln

für die eigene Forschung. Das ist auch eine Perspektive. Insofern: Ein lautes „Ja“ – ich würde sagen, dass sich mein Stipen-

dium positiv auf meinen Berufseinstieg ausgewirkt hat.

Auf der Habenseite dieser Förderwerke steht neben der finanziellen Unterstützung auch das Netzwerk, dass man sich durch die anderen Stipendiat_innen aufbauen kann. Hast du davon schon in irgendeiner Art und Weise beruflich profitiert oder gab es sonstige Effekte, die du für deinen Berufseinstieg produktiv nutzen konntest?

Nein, bisher nur indirekt, indem ich mir Bekannte untereinander in Kontakt brachte. Daraus hat sich die ein oder andere gute Zusammenarbeit für die Betroffenen ergeben.

Aber dennoch: Stipendien gleichen ein

kleines Stück soziale Ungleichheit im Bildungssektor aus und sind damit funktionsgleich mit dem BAföG für Studierende zu sehen. Dabei sind Stipendien auf einen wesentlich kleineren Teil der Studierenden ausgerichtet, was sie wiederum elitär werden lässt und ihren paritätischen Beitrag schmälert. Nichtsdestotrotz helfen sie, soziale Mobilität nach oben zu stimulieren – und das in einer Gesellschaft, die zunehmend ehemals seichte Unterschiede zwischen sozialen Milieus in härtere Klassengrenzen (rück-)transformiert. Ohne das Stipendium hätte ich es sicherlich weitaus schwerer gehabt, meine Promotion abzuschließen.

Siehst du eigentlich Geistes- und Sozialwissenschaftler_innen angemessen repräsentiert in den Förderwerken?

Seit einigen Jahren fährt unsere Bundesregierung einen Kurs in der Bildungsförderung, der recht planlos erscheint. Einerseits werden Konzepte aus dem angelsächsischen Raum scheinbar unbeachtet übernommen (Exzellenzinitiative, Deutschlandstipendium, Studiengebühren), andererseits werden alte Strukturen, die zu diesen Konzepten im Widerspruch stehen, nicht angepasst. Der wachsenden Zahl an Promovierenden stehen relativ wenige Finanzierungswe-

ge, und hier auch Stipendien, gegenüber. Das ist natürlich nur dann ein Problem, wenn es tatsächlich gewollt ist, mehr Doktor_innen auszubilden. Davon abgesehen sind in allen politischen Stiftungen Geistes- und Sozialwissenschaftler_innen gut repräsentiert, naturwissenschaftliche Kandidat_innen eher nicht. Das liegt ein bisschen in der Natur des Poli-

tischen, mit dem sich Gesellschaftswissenschaftler_innen auch als Forschungsgegenstand oft auseinandersetzen. Naturwissenschaftler_innen

haben vielleicht seltener ein politisch aufgeladenes Thema, aber meines Erachtens grundsätzlich eine größere Bandbreite an nicht-politischen Stiftungen (bspw. „Bayer Fellowship Program“), bei denen sie sich mit ihrer Qualifikation bewerben können.

Und zum Schluss: Welche Tipps kannst du unseren Leser_innen geben? Worauf sollte man in seiner Bewerbung auf ein Stipendium besonderen Wert legen?

Das eigene Thema sollte wissenschaftlich gut durchdacht sein. Gleichzeitig sollte gezeigt werden, dass man selbst die Kompetenz besitzt, das gewählte Thema erschöpfend bearbeiten zu können. Auch nicht schlecht ist es, die gesellschaftliche Relevanz des Themas herauszuarbeiten. Dies ist aber natürlich nicht immer und

Das eigene Thema sollte wissenschaftlich gut durchdacht sein.

in jedem Fach möglich. Auch sollte die Bewerberin in der Lage sein, Fachfremden ihr Projekt verständlich zu erläutern. Bei Bewerbungen um ein Promotionsstipendium zählt das wissenschaftliche Projekt viel. Dennoch spielen auch persönliche Fragen eine Rolle: Würde ich mich in der Stiftung wohl fühlen? Passe ich in das Profil der Stiftung? Bei einer politischen Stiftung wäre es auch nicht schlecht, politisch interessiert zu sein. Nicht falsch verstehen: Man muss kein_e eingefleischte_r „Grüne_r“ sein, um in der Heinrich-Böll-Stiftung Fuß zu fassen. War ich auch nicht. Trau' dich, dich in den Gesprächen nicht zu verbiegen, gebe Schwächen zu, diskutiere kontrovers, wenn du es ehrlich meinst. Nochmal: Aus meiner Sicht ist die Reflexion des eigenen Forschungsprojektes, der eigenen Vita und der eigenen Argumente die beste Vorbereitung für die Bewerbungsgespräche.

Wir bedanken uns für die Zeit, die du dir genommen hast, und wünschen dir weiterhin alles Gute.

Das Interview wurde geführt von **Anett Ring** und **Eva-Maria Bub**, Mitglieder der Soziologiemagazin-Redaktion.

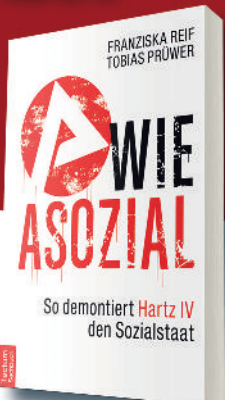
Seid ihr ebenfalls Absolvent_innen der Sozialwissenschaften?

Dann würden wir uns freuen, wenn ihr uns und unseren Leser_innen euren gewöhnlichen oder ungewöhnlichen Einstieg ins Berufsleben vorstellen möchtet. Meldet euch bei Anett und Eva-Maria:
interview@soziologiemagazin.de

101

ANZEIGE

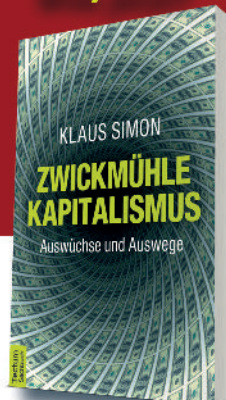
Ungerechtigkeit hat einen Namen: Hartz IV



Ein Streifzug durch das bürokratische Absurdistan: Tobias Prüwer und Franziska Reif berichten von unfassbaren und unwürdigen Vorkommnissen, die das radikale Regierungsprogramm Hartz IV als Komplex mit eigener Logik sichtbar machen.

ca. 200 Seiten, Klappenbroschur,
17,95 €
ISBN 978-3-8288-3282-4
Lieferbar ab 4.2014

Kapitalismus am Ende. Was jetzt?



Spätestens seit der aktuellen Finanzkrise spüren wir es alle: Mit diesem System stimmt etwas nicht. Anhand klarer Zahlen und verblüffender Fakten zeigt Klaus Simon, wie der globale Finanzmarkt-Kapitalismus abläuft – und warum er auf Dauer nicht funktioniert.

268 Seiten, Klappenbroschur,
17,95 €
ISBN 978-3-8288-3257-2

Tectum
Verlag

Lesetipp: Ecopreneurship in der Aquakultur

Die Übernahme umweltgerechter Innovationen
Lasner, Tobias (2013)

Nachhaltige Aquakultur ist möglich – das beweisen zahlreiche Pioniere der Teichwirtschaft, die mit Erfolg umweltgerechte Innovationen in ihren Betrieben umgesetzt haben. „Ecopreneurship in der Aquakultur“ stellt exemplarisch ausgewählte Pioniere vor und nimmt sich der Frage an, was solche Innovatoren in der Aquakultur charakterisiert. Wissenschaftlich untermauert skizziert der Autor Tobias Lasner im Rahmen seiner Dissertation gruppenspezifische Verhaltensmuster von Pionieren in der Teichwirtschaft während der oftmals schwierigen Phase der Gründung eines Be-

etriebes. Auf die vergleichende Fallanalyse von innovativ und konventionell wirtschaftenden Fischwirten aufbauend, formuliert der Autor schließlich eine soziologische Theorie zur umweltgerechten Unternehmensgründung (Ecopreneurship). Hierfür vermengt er die eigenen, empirischen Erkenntnisse mit klassischen Ansätzen der Soziologie und Ökonomie wie der Innovationstheorie Everett M. Rogers, der Theorie des kultu-

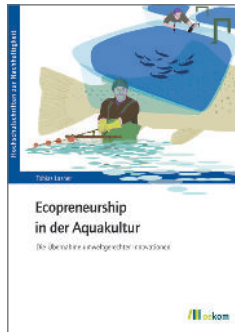
rellen Wandels William F. Ogburns oder Joseph A. Schumpeters Unternehmertum. Über den Beitrag dieses Werkes zur Wiedererstarkung einer Agrarsoziologie hinaus bleibt zu hoffen, dass die Studie

auch für sozialwissenschaftliche Ansätze in der Fischereiforschung sensibilisiert und werben kann. Denn im Gegensatz zur Fischereiforschung in Nordamerika und Japan sind solche Ansätze in Europa, insbesondere in Deutschland, noch selten. Dabei tragen gerade solche qualitativen Forschungsansätze zu einem ganzheitlichen Verständnis der Fischwirte und Fischer als Adressaten der europäischen Fischereipolitik bei

und liefern darüber hinaus wichtige Erkenntnisse für ein erfolgsversprechendes Fischermanagement.

ZUR AUTORIN:

Nina Weiler ist Ernährungswissenschaftlerin und Fachjournalistin. Zu ihren thematischen Schwerpunkten zählen: Ökolandbau, Biobranche, Lebensmittelqualität, Verbraucherschutz und Aquakultur.



Ecopreneurship in der Aquakultur. Die Übernahme umweltgerechter Innovationen.
von Tobias Lasner, oekom
verlag, München, 2013,
ISBN 978-3-86581-464-7,
34,95 Euro, 240 Seiten

Nachschlag

103

FACHTAGUNGEN UND TERMINE

24. BIS 25. APRIL 2014

① „Auf dem Weg zur Standardorganisation? Aktuelle Transformationsprozesse im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen.“

Frühjahrstagung der DGS-Sektion Organisationssoziologie an der Universität Kassel (Gießhaus):
http://www.soziologie.de/fileadmin/user_upload/DGS_Redaktion_BE_FM/Veranstaltungsdokumente/Sektionsveranstaltungen/2014/14-04_Organisationssoziologie_CfP.pdf

8. BIS 9. MAI 2014

② „States of Exceptionalism. Globalization, Difference, Power“.

Internationale Konferenz an der Justus-Liebig-Universität Gießen:
http://www.soziologie.de/fileadmin/user_upload/DGS_Redaktion_BE_FM/Veranstaltungsdokumente/Tagungen/2014/14-05_CfP_States_of_Exceptionalism.pdf

16. BIS 17. MAI 2014

③ „Healthy at Work“.

Internationale Konferenz an der Leuphana Universität Lüneburg:
http://www.soziologie.de/fileadmin/user_upload/DGS_Redaktion_BE_FM/Veranstaltungsdokumente/Tagungen/2014/14-05_CFA_Healthy_At_Work.pdf

23. BIS 24. MAI 2014

④ „Aufstieg und Niedergang von Nationen“.

Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Tutzing:
<http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&lfdnr=1977&part=detail>

4. BIS 6. JUNI 2014

⑤ „A New ‚Social Question‘ or ‚Crisis as Usual‘?

Historical and Sociological Perspectives on Inequalities“. Sechstes jährliches Seminar der Bielefeld Graduate School in History and Sociology (BGHS) an der Universität Bielefeld:
http://www.soziologie.de/fileadmin/user_upload/DGS_Redaktion_BE_FM/Veranstaltungsdokumente/Tagungen/2014/14-06_CFP_BGHS.pdf

APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER
1	2	5	2014		8	10
	3	6			9	
	4	7				

5. BIS 6. JUNI 2014

6 „Trust in the Time of (In-)Security. On the Relationship between the Phenomena of Security and Trust“.

Veranstaltung der Sektion Politische Soziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie an der Universität Trier:

http://www.soziologie.de/fileadmin/user_upload/DGS_Redaktion_BE_FM/Veranstaltungsdokumente/Sektionsveranstaltungen/2014/14-06_CfP_Trust_in_the_Time_of__In-_Security.pdf

20. BIS 21. JUNI 2014

7 „Soziale Beziehungen und soziales Kapital in kritischen Lebensphasen“.

Workshop des Fachbereichs Sozialökonomie der Universität Hamburg:

http://www.soziologie.de/fileadmin/user_upload/DGS_Redaktion_BE_FM/Veranstaltungsdokumente/Workshops/2014/14-06_cfp_sozialkapital.pdf

2. BIS 6. SEPTEMBER 2014

8 „Fourth International Conference on Degrowth for Ecological Sustainability and Social Equity“.

Veranstaltung des Research Degrowth Network (u.a.) an der Universität Leipzig:

<http://leipzig.degrowth.org/de/>

18. BIS 19. SEPTEMBER 2014

9 „Die Organisation des Notfalls. Handeln zwischen Notfallplan, Regelverletzung und Sicherheitsfassade“.

Veranstaltung am Institut für Soziologie der Universität Freiburg:

http://www.soziologie.de/fileadmin/user_upload/DGS_Redaktion_BE_FM/Veranstaltungsdokumente/Tagungen/2014/14-09_CfP_Organisation_des_Notfalls.pdf

6. BIS 10. OKTOBER 2014

10 „Routinen der Krise – Krise der Routinen“.

37. Kongress der DGS an der Universität Trier:

<http://www.soziologie.de/de/aktuell/kongress-2014.html>

Das Redaktionsteam



Nadja Boufeljah, 24, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie (B.A.) an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; Aufgaben im Verein: Öffentlichkeitsarbeit, Social Media und Anzeigenbetreuung.

nadja.boufeljah@soziologiemagazin.de



Nadine Jenke, 25, studiert Zeitgeschichte (M.A.) an der Universität Potsdam; Interessen: Gesellschafts- und Mentalitätsgeschichte, Mediensoziologie; Erinnerungskulturen und gesellschaftlicher Umgang mit Rechtsextremismus; Aufgaben im Verein: Koordination Lektorat, Autorenbetreuung.

nadine.jenke@soziologiemagazin.de



Eva-Maria Bub, 28, M.A. Soziologie, promoviert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main im Bereich Emotionssoziologie; Interessen: qualitative Sozialforschung, Kulturtheorie, Aufgaben im Verein: allgemeine Redaktionsarbeit.

eva-maria.bub@soziologiemagazin.de



Sarah Kaschuba, 23, studiert General History und Soziologie an der Universität Potsdam; Interessen: Militär- und Sozialgeschichte, Kriminalsoziologie. Aufgaben im Verein: Lektorat, Social Media und Integration neuer Redaktionsmitglieder.

sarah.kaschuba@soziologiemagazin.de



Katrin Glogengiesser, 48, geisteswissenschaftlich interessierte Kommunikationsdesignerin mit Schwerpunkt Editorial Design (print & digital); Aufgaben im Verein: Grafik, Bildredaktion und Konzept.

katrin.glogengiesser@soziologiemagazin.de



Benjamin Köhler, 29, ist Soziologe (B.A.) und studiert Europäische Kulturgeschichte (M.A.) an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder; Interessen: Vergleichende Kultur- und Gesellschaftsgeschichte, Technik- und Wissenssoziologie, Stadt- und Regionalentwicklung; Aufgaben im Verein: Vorstand, Heftkoordination, Öffentlichkeitsarbeit, Blog, Anzeigen, Social Media.

benjamin.koehler@soziologiemagazin.de



Beatrice Grossmann, 22, studiert Anglistik und Komparatistik (M.A.) an der Universität Leipzig; Interessen: Neue englischsprachige Literatur, Gender Studies, Vergleichende Kultur- und Gesellschaftsgeschichte; Aufgaben im Verein: Lektorat, Gutachterkoordination.

beatrice.grossmann@soziologiemagazin.de



Maik Krüger, 32, Magister Artium, studierte Soziologie, Politikwissenschaften und Psychologie an den Universitäten Rostock, Linz und Tübingen;

Interessen: Geschlechterforschung; Aufgaben im Verein: Vorstand, Finanzen.

maik.krueger@soziologiemagazin.de



Anett Ring, 29, Architektin (M.A.), Freie Fachjournalistin und wissenschaftliche Autorin (DFJV); www.stadtsatz.de.

Aufgaben im Verein: Redaktionelle Beiträge, allgemeine Redaktionsorganisation, Technik.

anett.ring@soziologiemagazin.de



Anja Liebig, 27, studiert Erziehungswissenschaften und Soziologie (B.A.) an der Universität Potsdam; Interessen: Qualitative Sozialforschung, organisations- und geschlechtersoziologische Theorien. Aufgaben im Verein: Social Media.

anja.liebig@soziologiemagazin.de



Markus Rudolfi, 24, studiert Soziologie und Psychologie (B.A.) an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena; Interessen: Soziologie von Raum und Zeit, Globalisierungstheorie, qualitative Sozialforschung und Wissenschaftstheorie. Aufgaben im Verein: allgemeine Redaktionsarbeit.

markus.rudolfi@soziologiemagazin.de



Claas Pollmanns, 26, studiert Soziologie (M.A.) an der Universität Leipzig; Interessen: Umwelt- und Stadtsoziologie sowie Modernisierungs- und Globalisierungsdiskurse; Aufgaben im Verein: allgemeine Redaktionsorganisation.

claas.pollmanns@soziologiemagazin.de



Franziska Stenzel, 25, studiert nach einem Master in Germanistik und Sonderpädagogik an der Humboldt Universität zu Berlin nun Editionswissenschaft an der Freien Universität Berlin; Interessen: die Werke Walter Benjamins und Hannah Arendts; Aufgaben im Verein: Lektorat.

franziska.stenzel@soziologiemagazin.de

107

Dank!

Für die Realisierung dieser Ausgabe danken wir dem Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für seine Unterstützung. Unser Dank gilt zudem unserem

Wissenschaftlichen Beirat, der uns bei der Sicherung der wissenschaftlichen Qualität mit kritischen Anmerkungen und Hinweisen stetig unterstützt.

Für ihre Unterstützung danken wir des Weiteren den folgenden Personen:

Stella Berglund, Daniel Ellwanger, Alexander Hellner, Birger Hoyer und Mandy Hyna. Nicht zuletzt sind wir all unseren Autor_innen und Leser_innen zu großem Dank verpflichtet, denn ohne sie wäre die Herausgabe unseres inzwischen neunten Heftes nicht möglich gewesen!

Impressum

HERAUSGEBER:

soziologiemagazin e.V., Institut für Soziologie,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
Adam-Kuckhoff-Str. 41, 06108 Halle (Saale)

GERICHTSSTAND: Halle (Saale)

VEREINSVORSTAND:

Benjamin Köhler (Vorsitzender),
Maik Krüger (stellvertretender Vorsitzender)
vorstand@soziologiemagazin.de

REDAKTION:

Nadja Boufeljah, Eva-Maria Bub, Katrin Glog-
gengiesser, Beatrice Grossmann, Nadine Jenke,
Sarah Kaschuba, Benjamin Köhler, Maik Krüger,
Anja Liebig, Claas Pollmanns, Anett Ring,
Markus Rudolf, Franziska Stenzel,

FRAGEN BITTE AN:

redaktion@soziologiemagazin.de

LAYOUT UND SATZ:

Katrin Gloggengiesser (www.frau-g.de)
Titelfoto © dmitrimaruta - Fotolia.com

ERSCHEINEN UND BEZUGSBEDINGUNGEN:

Jährlich zwei Hefte. Open Access

PREIS: Einzelheft Print EUR 7,90 (inkl. MwSt.,
zzgl. Versandkosten); E-JOURNAL: kostenlos

Das digitale Angebot finden Sie auf:

www.budrich-journals.de

und auf

www.soziologiemagazin.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 31.10.2012.

BESTELLUNGEN PRINT:

bitte an den Buchhandel oder an Verlag

Barbara Budrich

Stauffenbergstr. 7

D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel.: +49 (0)2171.344.594

Fax: +49 (0)2171.344.693

info@budrich.de

www.budrich-journals.de

www.budrich-verlag.de

www.budrich-academic.de

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT:

Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher

Prof. Dr. Birgit Blätzel-Mink

Prof. Dr. Ulrich Bröckling

Prof. Dr. Aldo Haesler

Prof. Dr. Ernst von Kardoff

Prof. Dr. Hubert Knoblauch

Prof. Dr. em. Reinhard Kreckel

Dr. Diana Lindner

Prof. Dr. Kurt Mühler

Dr. Yvonne Niekrenz

Dipl. Sozialwirt Harald Ritzau

Prof. Dr. Paula-Irene Villa

Prof. Dr. Georg Vobruba

Heft 9, Jg. 7, 2014

© 2014 Verlag Barbara Budrich:

Opladen | Berlin | Toronto

ISSN 2198-9826

Soziologiemagazin *online*

Mach mit!

... im Redaktionsteam!

Eine eMail genügt! Wir suchen stets neue Gesichter mit frischen Ideen. Aktuell brauchen wir Unterstützung insbesondere für das Lektorat, den Satz sowie für die Durchführung von Interviews für unseren YouTube-Channel. Wenn ihr nicht zum ständigen Redaktionsteam gehören wollt, gibt es die Möglichkeit, uns im Rahmen des Kuratoriums (bzw. Freundeskreises) mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

... als Autor_in im Magazin!

Schickt uns zu unserem aktuellen Call4Papers eure wissenschaftlichen Artikel zu. Außerdem nehmen wir in unserem Serviceteil „Teilnehmende Beobachtungen“ gerne auch Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder andere soziologische Inputs mit auf.

... als Blogger_in!

Registriert und meldet euch einfach an auf unserer Website in der Menüleiste rechts unter „Bloggen & RSS“ und schon könnt ihr eure soziologischen Beiträge veröffentlichen. Schreibt zur Freischaltung bitte auch eine eMail an:

benjamin.koehler@soziologiemagazin.de

Meldet euch bei uns oder leitet einen Hinweis auf uns in eurem soziologischen Umfeld weiter. Wir freuen uns!

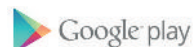
www.facebook.com/soziologiemagazin
<https://twitter.com/sozomag>
www.youtube.com/user/Soziologiemagazin



www.sozilogiemagazin.de

Unser Magazin als App

kostenlos für Tablets und Smartphones
(Ausgabe 1/2014 ab 30. April verfügbar)



Emotionen: Wie sozial sind unsere Gefühle?

Wie soziologisch relevant ist es eigentlich, wenn wir uns freuen, lachen, weinen oder wütend sind? Wenngleich sich bereits einige soziologische Klassiker wie Max Weber, Émile Durkheim, Georg Simmel, Norbert Elias und Erving Goffman mit Emotionen beschäftigt haben, kann dennoch von einer emotionssoziologischen Abstinenz bis in die 1970er Jahre gesprochen werden.

Die (Wieder-)Entdeckung des Themas, insbesondere im anglo-amerikanischen Sprachraum, ist einer Debatte in den Jahren 1978 und 1979 innerhalb der soziologischen Fachzeitschriften *The American Journal of Sociology* und *The American Sociologist* zwischen Theodore D. Kemper, Arlie Russell Hochschild und Susan Shott zu verdanken. Es folgten einige grundlegende Buchveröffentlichungen, die Gründung der International Society for Research on Emotions 1984 und die Etablierung der Sektion für die Soziologie der Emotionen bei der American Sociological Association 1986. Einige sprachen im Zuge dessen bereits von einem emotional turn, doch im Vergleich zu anderen Fragestellungen, wird das Thema innerhalb der Soziologie nach wie vor eher stiefmütterlich verhandelt. Dabei bietet deren Analyse wichtige Anknüpfungspunkte an andere soziologische Fragestellungen.

So verdeutlicht beispielsweise Sighard Neckel den Zusammenhang zwischen Kultursoziologie und Emotionsforschung. Er zeigt auf, dass die Erforschung von Emotionen einer Analyse von kulturell vermittelten Sinnzusammenhängen gleichkommt – schreiben sich doch Gesellschaftsstruktur und kulturelle Deutungsbestände in unsere Gefühle ein. Diesem Ansatz folgend, stellt sich die Frage wie repräsentiert sich also Kultur in unseren Emotionen aktuell? Gibt es so etwas wie kollektive Gefühle? Und wenn wir von Emotionskultur sprechen, was genau meinen wir damit gegenwärtig?

Spätestens seit Hochschilds viel beachteten Studien zu Emotionsarbeit in Beruf und Familie drängen sich immer mehr Fragen

zur Ökonomisierung von Gefühlen auf, durch welche Emotionen – ob authentisch, künstlich erzeugt oder verdrängt – immer mehr zum eigenen Kapital gezählt werden, das produktiv eingesetzt werden will. Muss also zu Pierre Bourdieus Kapitalarten noch das emotionale Kapital hinzugefügt werden? Und in welchem Kontext können Emotionen produktiv genutzt werden?

Auch gewinnt die Analyse von Emotionen auf der Handlungsebene zunehmend an Bedeutung. Gerade in Abgrenzung zu Rational-Choice-Theorien werden Emotionen heute als verleblichte Positionierungen verstanden, die dem Einzelnen als wichtige Handlungsorientierung dienen. Doch wie genau wirken sich Emotionen auf unser Handeln aus?

DARÜBER HINAUS INTERESSIERT UNS AUCH wie Emotionen überhaupt soziologisch adäquat ergründet werden können? Welche Forschungsmethoden bieten sich hierfür an? Gibt es so etwas wie abweichendes Fühlen? Und wenn ja, welchen Emotionsregeln unterliegen wir aktuell und wie entstehen diese? Welche interessanten Anknüpfungspunkte zu anderen soziologischen Fragestellungen lassen sich noch finden oder bleibt es bei einer einfachen Bindestrich-Soziologie?

Habt ihr euch bereits mit solchen oder ähnlichen Fragen in einer Seminararbeit, einem Vortrag, einem Forschungsprojekt oder einer Abschlussarbeit auseinandergesetzt? Möchtet ihr eure Ergebnisse in Form eines wissenschaftlichen Artikels einer breiteren soziologischen Öffentlichkeit vorstellen? Dann schickt uns eure Texte bis zum **31.05.2014** an:

einsendungen@soziologiemagazin.de.

Und zu guter Letzt sind wir auch immer – themenunabhängig – an Rezensionen, Interviews oder Tagungsberichten interessiert! Hilfestellungen für eure Artikel bekommt ihr auf unserer Website unter „Hinweise für Autor_innen“.